

Bonn, Montag 11. Juli 1966

Sprecher: Adenauer, Amrehn, Barzel, Blank, Blumenfeld, Burgbacher, Dübel, Erhard, Etsel, Even, Fera, Fricke, Gerstenmaier, Glup, Gurk, Heck, Katzer, Klepsch, Kohl, Kraske, Noltenius, Russe, Scheufelen, Schmücker, Schwarzhaupt, Seebohm, Stingl, Stoltenberg, Winkelheide.

Ergebnis der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen. Kooptierung von drei weiteren Mitgliedern des Bundesvorstands nach § 25 b. Bericht zur Lage. Bericht über die Arbeit des Präsidiums. Vorlage des Bundesausschusses für Sozialpolitik. Verschiedenes.

Beginn: 10.30 Uhr

Ende: 16.00 Uhr

ERGEBNIS DER LANDTAGSWAHLEN IN NORDRHEIN-WESTFALEN

Erhard: Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir haben allen Grund, unserer Enttäuschung Ausdruck zu geben über den Wahlausgang in Nordrhein-Westfalen.¹ Wie auch der einzelne stimmungsmäßig die Lage vorher beurteilt haben mag, sicher ist, daß die Wahl viel schlechter ausgefallen ist, als auch die pessimistischsten Voraussagen es erwarten ließen.

Ob wir heute Manöverkritik halten oder nicht, sei dahingestellt, aber ich möchte deutlich sagen, daß in Stadt und Land, in bäuerlichen Kreisen, in evangelischen und in katholischen Kreisen die Wähler durch die Bank einem Trend gefolgt sind. Es kann kein Unterschied mehr hier liegen, und alle Analysen, die gemacht worden sind, haben zum Schluß damit geendet: Es ist eine allgemeine Ermattung offenbar bei der CDU eingetreten. Ich glaube, es muß von der Partei aus unsere wichtigste Aufgabe sein, nun die Zügel energisch zu straffen und zwar in einem groß angelegten Plan wieder in die Offensive überzugehen; denn manche Müdigkeit in den Wahlkreisen und viele Äußerungen, die dazu gemacht worden sind, lassen darauf schließen, daß innerhalb der CDU gewisse Erscheinungen sichtbar geworden sind, die einen starken Gegensatz erkennen lassen, aber vor allen Dingen auch nicht mehr die Geschlossenheit und den Mut zeigen, nach außen hin sich zu bekennen und eine offensivere Politik zu treiben.

Ich darf aus meiner persönlichen Erfahrung etwas sagen. Ich habe mich ziemlich stark im Wahlkampf eingesetzt, obwohl Ministerpräsident Meyers in nobler Weise zum Ausdruck gebracht hat, daß er einen Landtagskampf führen wolle, aber Schützenhilfe habe ich ihm geleistet. Das ist ausgezeichnet gegangen bis zum letzten Donnerstag, obwohl ich auch bis dahin in ausgesprochenen Industrieorten gesprochen habe. Aber in

¹ Landtagswahlen am 10. Juli 1966: SPD 49,5% (99 Sitze), CDU 42,8% (86 Sitze), FDP 7,4% (15 Sitze). Vgl. LEXIKON S. 745.

Gelsenkirchen ist ganz ohne Zweifel der organisierte Mob losgelassen worden.² Man kann es nicht anders sagen. Schade, daß Herr Dufhues nicht da ist. Es waren 300 Leute, die zusammengerottet waren unter der Führung der Falken³ und zweifellos auch radikaler kommunistischer Elemente, die also 10.000 Zuhörer einfach mundtot machten. Die Sache war sicher schlecht organisiert. Man hatte die Leitungen vorher durchgeschnitten, den Lautsprecher zerstört; ein kleines Podium stand auf ebener Erde, und vor mir waren diese 300 Leute, die vorgedrungen waren bis ans Rednerpult, die nun mit ihren Stimmen randalierten. Es war niemand da, weder von der CDU die Ordner noch die Polizei, die hier hätten eingreifen können. Das Ganze hat dann die SPD umgemünzt in eine Beleidigung der Bergleute und der Arbeiter. Etwas Groteskeres gibt es überhaupt nicht. Im Gegenteil, es war eine grobe Beleidigung der Bergleute und der Arbeiter, mit diesen Rowdies identifiziert zu werden. Daraus hat man die Lüge geformt, ich hätte die deutschen Arbeiter und die deutschen Bergleute beschimpft. Aber das ist nur eine persönliche Erfahrung am Rande.

Ich habe es schon einmal gesagt, teils war die Organisation ausgezeichnet mit Lautsprechern und abgesichert, so daß man das Feld souverän beherrschte, woanders war es ganz schlecht organisiert, sowohl mit dem Lautsprecher wie mit der ganzen Ausrüstung. Das muß also alles systematisch in die Hand genommen werden. Ich glaube, daß der Föderalismus bis in die einzelnen Kreise hinein auch dazu geführt hat, daß auch Rüpeleien untereinander eine Rolle gespielt haben. Neben alledem, was wir dort auf der politischen Ebene zu besorgen haben, die Einigung, die Verständigung usw., ist es eine ganz dringende und wichtige Aufgabe, nun an die Parteiarbeit heranzugehen. Ich sage das zunächst ohne jeden Vorwurf, und zwar aus der Erfahrung in diesem Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen, daß wir die Dinge unter keinen Umständen so weiterlaufen lassen dürfen. Wir müssen auch vor uns selber, vor unserem eigenen Gewissen Zeugnis ablegen, was wir alles für Fehler gemacht haben, ob beim Bund oder bei den Ländern, das ist ganz egal, aber es sollte uns jedenfalls eine ernste Mahnung sein.

Ich bin nicht der Meinung, daß eine verlorene Wahl Anlaß zur Verzweiflung oder zur Hoffnungslosigkeit gibt, im Gegenteil, ich bin der Meinung, es müßte uns eigentlich allen zur Kräftigung dienen, wenn wir sehen, was auf dem Spiele steht; denn zweifellos fühlt sich die SPD von einer Woge getragen. Es war manchmal in der Vergangenheit auch so, sie ist aber wieder niedergegangen. Es ist bei dieser Wahl ein allgemeiner Trend sichtbar geworden, der doch zur Besorgnis und Beunruhigung Anlaß gibt, daß jetzt das als unsere wichtigste Aufgabe innerhalb der Partei betrachtet wird. (*Lebhafte Unruhe.*) Ich habe gestern nacht bis 1.00 Uhr mit den Herren Meyers, Dufhues und Grundmann gesprochen. Ich habe heute morgen schon wieder ein Gespräch mit Herrn Meyers gehabt. Wenn ich das Fazit dieser Gespräche ziehen soll, ist es das, daß man nicht eine Koalition mit der SPD eingehen soll. Bei der FDP ist die Haltung genauso.

2 In Gelsenkirchen wurde Erhard am 6. Juli 1966 bei einer Wahlveranstaltung von 300 Störern niedergeschrien, verlor die Fassung und schimpfte aufgebracht zurück. Vgl. HILDEBRAND S. 210; „General-Anzeiger“ vom 7. Juli 1966 „Erhard brach Rede ab“.

3 Jugendorganisation der SPD.

Das wurde mir heute früh noch einmal bestätigt. Das würde bedeuten, daß Herr Kühn⁴ 99 Stimmen von 200 hat und eine Minderheitenregierung bilden soll. Das ist keine leichte Sache, und es ist schwer zu regieren, aber die andere Alternative, die bisherige Koalition weiterzuführen mit 101:99 Mandaten, ist noch schwieriger. Obwohl es noch nicht abgeschrieben ist, glaube ich aber nicht, daß das die Lösung sein wird. – Bitte, Herr Seebohm!

Seebohm: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich möchte den Erfahrungen des Bundeskanzlers noch etwas hinzufügen. Ich habe doch den Eindruck gehabt, als ob insbesondere in evangelischen Kreisen die Tatsache, daß die Deutsche Friedens-Union⁵ sich so nachdrücklich für die SPD ausgesprochen hat, einen nicht abzuschätzenden Einfluß gehabt hat; denn die ganzen Gruppen um Heinemann⁶ und Niemöller⁷, die wir in bestimmten Bezirken von Nordrhein-Westfalen haben, haben sich sicherlich davon beeindruckt lassen.

Ich darf noch auf eines aufmerksam machen, Herr Bundeskanzler. Wir hatten keine gute Position bei den Heimatvertriebenen. Ich habe das in allen meinen Versammlungen zwar nicht offiziell, aber hinterher in den Gesprächen mit den Leuten gemerkt. Ich habe mit Nachdruck vertreten, daß die 19. Novelle⁸ nicht eine entscheidende Angelegenheit des Augenblicks ist. Trotzdem hat diese Sache auch einen negativen Einfluß gehabt. Das müssen wir berücksichtigen.

Ich glaube auch nicht, daß man sich auf den Standpunkt stellen sollte, daß alle diese Dinge ganz allgemein gleich sind. Wir haben im Nordosten Westfalens in den an Niedersachsen angrenzenden Gebieten an Stimmen gewonnen. Das ist doch bemerkenswert, und es ist die Frage, wie man die Sache ansetzt. Ich muß Ihnen sagen, ich habe meinen ganzen Wahlkreis in diesem Gebiet von Niedersachsen aus organisiert und nicht von Nordrhein-Westfalen. Die Organisation war nämlich dort keineswegs so, wie sie hätte sein sollen und sein müssen.

4 Heinz Kühn (1912–1992), Journalist; 1930 SPD, 1948–1954 und 1962–1979 MdL Nordrhein-Westfalen, 1953–1963 MdB, 1966–1978 Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, 1979–1984 MdEP. Memoiren: Aufbau und Bewährung. Die Jahre 1945–1978. Hamburg 1981; Dieter DÜDING: Heinz Kühn 1912–1992. Eine politische Biographie (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens 61). Essen 2002.

5 Vgl. Rolf SCHÖNFELDT: Die Deutsche Friedens-Union, in: Stöss S. 848–876.

6 Dr. Gustav Heinemann (1899–1976), Jurist; 1945 Mitgründer der CDU in Essen, 1945–1967 Mitglied des Rats und 1949–1955 Präses der Synode der EKD, 1946–1949 Oberbürgermeister von Essen, 1947–1950 MdL Nordrhein-Westfalen, 1947/48 Justizminister in Nordrhein-Westfalen, 1949/50 Bundesminister des Innern, 1952 Mitgründer der Gesamtdeutschen Volkspartei, 1957 SPD, 1957–1969 MdB, 1966–1969 Bundesminister der Justiz, 1969–1974 Bundespräsident. Vgl. LEXIKON S. 266–268.

7 Martin Niemöller (1892–1984), evangelischer Pfarrer; 1945–1956 Leiter des Kirchlichen Außenamtes der EKD, 1947–1964 Kirchenpräsident der Landeskirche von Hessen und Nassau. Vgl. James BENTLEY: Martin Niemöller. Eine Biographie. München 1985.

8 „19. Änderungsgesetz des Lastenausgleichsgesetzes“ vom 3. Mai 1967, BGBl 1967 I S. 509.

Erhard: Wenn man die Dinge analysiert, muß man natürlich auch die Äußerungen von Herrn Rehwinkel⁹ betrachten. Die gehören dazu. Das gilt auch für die Rede von Herrn Söhngen¹⁰ von Eisen und Stahl, also von der Arbeitgeberseite. Das ist alles schlecht gewesen.

Darf ich zur Geschäftsordnung mal etwas sagen. Wir haben die Möglichkeit, um 1.30 Uhr ein kaltes Frühstück zu nehmen. Wir haben also zu entscheiden, ob wir bis 1.30 Uhr fertig sein können. Wollen Sie das kalte Frühstück vorziehen? Was ist Ihre Meinung?

Noltenius: Das müssen doch die Herren sagen, wie Herr Minister Heck, ob sie das Programm bis 1.30 Uhr abwickeln können. Ich möchte das bezweifeln.

Heck: Wir haben beide Möglichkeiten vorgesehen. Ich persönlich bin der Meinung, daß die Wahlen gestern so ausgefallen sind, daß wir uns heute sehr sorgfältig und ausführlich damit befassen sollten, so daß dieser Punkt der Tagesordnung viel Zeit in Anspruch nehmen wird. Ich möchte also empfehlen, daß wir das Kalte Büffet bestellen.

Erhard: Das Wort hat Herr Even.

Even: Ich muß zur Geschäftsordnung zunächst fragen, ob wir zu dem Ergebnis der Landtagswahl unter Punkt 3 noch einmal ausdrücklich zurückkommen, oder ob das jetzt unter Punkt 1 „Bericht zur Lage“ behandelt werden soll, wobei diese Frage eine zentrale Rolle eingenommen hat. (*Erhard:* Zunächst die Wahlen!) Dann möchte ich dazu etwas sagen.

Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Da gleichzeitig die Landtagsfraktion der CDU in Düsseldorf tagt und die Mehrheit der führenden Landespolitiker, auch des Landesvorstands, in Düsseldorf ist, möchte ich als eines der wenigen Mitglieder des rheinischen Landesvorstands, die hier sind, etwas dazu sagen. Ich glaube, es ist notwendig, zunächst ein Wort des Dankes zu sagen an die zahlreichen Bundesredner, von den Bundesministern bis zu den Landesministern aus der ganzen Bundesrepublik und hin bis zu den zahlreichen Bundestagsabgeordneten, die sich in diesem Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen eingesetzt haben, so daß ich mich persönlich manchmal gefragt habe, ob hier nicht des Guten zuviel geschehen ist, indem man Bundesminister auf die Dörfer geschickt hat. Das ist natürlich auf der einen Seite gut, daß in vielen Dörfern zum erstenmal ein Minister leibhaftig gesehen worden ist, aber auf der anderen Seite hatte es doch eine gegenteilige Reaktion, indem man sagte: Jetzt lassen die sich sehen, jetzt geht es um die wichtigen Wahlen, und dann kommen sie.

9 Edmund Rehwinkel (1899–1977), Landwirt; 1947 Präsident des Niedersächsischen Landvolks, 1959–1969 Präsident des Deutschen Bauernverbands. Memoiren: Gegen den Strom. Erinnerungen eines niedersächsischen, deutschen und europäischen Bauernführers. Dorheim 1973. – Rehwinkel hatte der Bundesregierung Versagen vorgeworfen und die Marktwirtschaft als „einen Weg in die Irre“ bezeichnet, vgl. FAZ vom 7. Juli 1966 „Rehwinkel empfiehlt drei Jahre Lohn- und Preisstopp“, „Rheinische Post“ vom 7. Juli 1966 „Rehwinkel fordert Erhards Rücktritt“.

10 Werner Söhngen (1906–1978), Industriemanager; 1954–1968 Vorstandsvorsitzender und Generaldirektor der Rheinischen Stahlwerke. – Rede auf der Hauptversammlung der Rheinischen Stahlwerke, vgl. FAZ vom 5. Juli 1966.

Es ist immer eine zweischneidige Sache. Aber insgesamt ist ein herzlicher Dank erforderlich für diese sicher nicht leichten Einsätze gerade auch in kleinen und kleinsten Versammlungen. Auf der anderen Seite ist nicht zu leugnen, daß diese Wahlniederlage ganz ohne Zweifel die schwerste Niederlage der CDU seit ihrem Bestehen in Nordrhein-Westfalen ist. An diesem Faktum ist nicht vorbeizugehen. Es konnte auch nicht durch den sehr aktiv geführten Wahlkampf dieses Verhängnis abgewendet werden. Man muß vom Bund her auch zugestehen, daß dieses negative Votum der Mehrheit der Wähler in Rheinland und Westfalen der Bundespolitik gegolten hat und nicht der Landespolitik.

Wir waren, so glaube ich, sowohl personell wie auch sachlich landespolitisch vorne, wir hatten mit Abstand den populären Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten. Wir hatten eine bewährte Bedienungsmannschaft, das jüngste Kabinett Europas. Viele Namen sind bekannt, die als Persönlichkeiten gleichzeitig auch ein Programm verkörpern. Wir hatten auch sachlich zweifellos mehr gearbeitet als die SPD; trotzdem hat uns dies alles nichts genützt.

Die Frage nach den Gründen ist für uns die entscheidende. Da muß man zunächst feststellen, daß es der SPD gelungen ist, eine weitverbreitete Existenzangst zu erzeugen durch das Dramatisieren und künstliche Hochspielen gewisser kritischer Erscheinungen, insbesondere bei Kohle, bei Stahl, bei Textil, aber auch auf anderen Gebieten.¹¹ Dadurch ist es ihr gelungen, das Vertrauen bei der Mehrheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen in die CDU zu erschüttern und den Anschein zu erwecken, als ob die SPD es besser mache. Es wäre allerdings völlig verfehlt, wenn man nur die Montankrise als den Grund der SPD-Stimmengewinne und der CDU-Verluste ansähe; denn auch in Städten und Gemeinden, in denen nicht ein Gramm Kohle und nicht ein Gramm Stahl vorhanden sind, hat die SPD bemerkenswerte Gewinne erzielt und mußte die CDU bemerkenswerte Verluste in Kauf nehmen.

Das führt zu dem Ergebnis, daß diese Schwarzmalerei der SPD eine tiefere Ursache haben mußte. Ich glaube, daß dieser Zweckpessimismus der Sozialdemokraten bis hin zu einer gewissen Panikmache nicht so erfolgreich gewesen wäre, wenn er nicht auf einen vorbereiteten Boden gefallen wäre. Das ist der Punkt, den wir gerade auch vom Bunde her sehr ernst nehmen müssen. Ich habe in den ganzen letzten Monaten die Erfahrung gemacht, daß schon seit der Regierungsbildung im Herbst 1965 ein weit verbreitetes Unbehagen in der CDU-Bundespolitik festzustellen war, ja schon bei den Bundestagswahlen am 19. September 1965 hatte sich in Nordrhein-Westfalen bereits

¹¹ Die Bundesregierung hatte im November 1965 ihre Fördergarantie von 140 Mio. Jahrestonnen offiziell zurückgenommen und dem Bergbau empfohlen, sich den veränderten Absatzbedingungen (126 Mio. Jahrestonnen) anzupassen. Außerdem stagnierte nach der letzten Lohnerhöhung für Bergleute Anfang 1965 der Lohn für zwei Jahre, was real zu 8% Gehaltsverlust führte, vgl. ABELSHAUSER S. 113. Die Inflation stieg von 1965 auf 1966 von 133,9 auf 139,6 Punkte bei 1954=100 Punkte, vgl. STATISTISCHES JAHRBUCH 1969 S. 510.

ein gefährlicher Trend zur SPD hin gezeigt.¹² Er ist auch auf Bundesebene insgesamt vielleicht unterschätzt worden, jedenfalls nicht so in Erscheinung getreten durch die sehr günstigen Wahlergebnisse in Norddeutschland und in Süddeutschland, die das insgesamt aufgehoben haben. Aber der Trend war schon vor den Bundestagswahlen in Nordrhein-Westfalen vorhanden.

Dieses Unbehagen ist allerdings nach den Bundestagswahlen leider wesentlich verstärkt worden. So wurde beispielsweise das Haushaltssicherungsgesetz¹³ – das haben wir sofort in zahlreichen Versammlungen im November, im Dezember und im Januar schon gehört – als die Zurücknahme von Wahlgeschenken in breiten Bevölkerungsschichten aufgefaßt. Die Preissteigerungen¹⁴, die Gebührenerhöhungen usw. führten zu einer Situation, die man als Verfall der Währung bezeichnet hat, und man vermißte entschlossene Gegenmaßnahmen der Bundesregierung. Man warf ihr vor – ob das berechtigt ist oder nicht, aber wir müssen von dem Faktum der Volksmentalität ausgehen –, bloß zu reden und nicht zu handeln. Auch die Appelle, mehr zu arbeiten und maßzuhalten, haben nicht die beabsichtigte Wirkung gezeigt. Ich glaube auch, daß die Stabilisierungsgesetze, die nunmehr vom Kabinett verabschiedet worden sind, für Nordrhein-Westfalen zu spät gekommen sind. Sie hätten Anfang des Jahres eingebracht werden müssen mit den entsprechenden drastischen Maßnahmen. Sie konnten jetzt nicht mehr einen Meinungsumschwung herbeiführen.

Darin liegt auch – wir sollten das offen aussprechen – die Kritik, die vielfach dahingehend, die CDU sei in Wahrheit führungslos, sie leide an inneren Auseinandersetzungen. Und die öffentlichen Auseinandersetzungen, die wir in den letzten Monaten erlebt haben, haben jedenfalls nicht dazu beigetragen, das Bild der CDU bei der Mehrheit der Bevölkerung attraktiver erscheinen zu lassen. Dadurch sind viele zu dem Ergebnis gekommen, die heute eigentlich treibende dynamische Kraft in der deutschen Politik sei die Sozialdemokratie. Unter diesem Gesichtspunkt hat auch die SPD mit ihrer Deutschlandpolitik in bestimmten Bevölkerungsschichten den Eindruck erweckt, das sind endlich Leute, die sich etwas Neues einfallen lassen.¹⁵ Wenn wir auch wissen, daß das objektiv nicht zum Vorteil gereichen kann, es scheint aber doch in einem nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung diese Konsequenz daraus gezogen worden zu sein.

12 Vgl. „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 21. September 1965 „In NRW hat die CDU Sorgen“. Die Probleme wurden schon nach der Kommunalwahl 1964 deutlich, vgl. „Christ und Welt“ vom 2. Oktober 1964 „Eine bittere Niederlage. Die SPD im Vormarsch“; „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 29. September 1964 „CDU nennt Wahl in NRW ‚Denkzettel‘. Adenauer über Ergebnis ungehalten“; „Rheinischer Merkur“ vom 2. Oktober 1964 „Signale an Rhein und Ruhr. Der Erfolg der Sozialdemokraten beweist: Der Name Erhard allein ist noch keine Erfolgsgarantie“; Johannes GROSS: „Das große C wird kleiner. Auswertung einer Wahl“, in: „Christ und Welt“ vom 16. Oktober 1964.

13 „Gesetz zur Sicherung des Haushaltsausgleichs (Haushaltssicherungsgesetz)“ vom 20. Dezember 1965, BGBl 1965 I S. 2065; Berichtigung: BGBl 1965 I S. 2176.

14 Zwischen Mai 1965 und Mai 1966 betrug die Inflationsrate 4,5%.

15 Vgl. HILDEBRAND S. 170–187; MARCOWITZ S. 223–259; TASCHLER S. 46–54.

Ein sehr ernster Punkt sind die tiefen Einbrüche der SPD in die katholische Arbeitnehmerschaft. Das hat zur Folge, daß in den ausgesprochen ländlichen Gebieten die SPD gewaltige Stimmengewinne zu verzeichnen hat und wir Verluste zu verzeichnen haben. Es wird oftmals übersehen, daß auch in den Landkreisen, jedenfalls im rheinischen Raum, 80% der Erwerbstätigen Arbeitnehmer sind. Es ist ja nicht etwa so, als wenn 80% Bauern wären, sondern 80% sind Arbeitnehmer, davon überwiegend Pendler, die in sozialistischen und von den Gewerkschaften entsprechend bearbeiteten mittleren und Großbetrieben tätig sind. Hier sind tiefe Einbrüche zu verzeichnen; ein Trend, der sich schon seit 1962 abzeichnete über die Kommunalwahlen und die Bundestagswahlen hinweg. Ich sehe als einen der wichtigsten Gründe der SPD an, die geschickte Anpassung der SPD an die katholische Kirche, wobei sie mit gewissen Enzykliken der jüngeren Zeit¹⁶ operiert und sich auf das Konzil¹⁷ berufen kann. Sie hat es verstanden, obwohl sie einen Atheisten als Spitzenkandidat herausgestellt hat, die katholische Kirche mehr oder weniger zu neutralisieren. Sie hat auch am Ort gläubige Katholiken herausgestellt, die dann das ihre zur Verwirrung beigetragen haben. Das hatte zweifellos die Folge, daß sich in der Tat die katholische Kirche in ein etwas distanzierteres Verhältnis zur CDU begeben hat, und zwar ein Verhältnis, das in der evangelischen Kirche seit jeher stattgefunden hat, ist nunmehr aber auch innerhalb der katholischen Kirche zum Zuge gekommen.

Ich sage ganz offen, daß das Hirtenschreiben, das die katholischen Bischöfe zur Landtagswahl in unserem Lande verfaßt haben, das Windelweicheste ist, was ich nicht nur jemals gelesen habe, sondern was ich mir überhaupt vorstellen kann.¹⁸ Es mußte tatsächlich aus der Entwicklung heraus als indirekte Wahlhilfe für die SPD wirken. Herr Brandt hat das ja ganz offen erklärt.¹⁹

Daneben haben eine Reihe von anderen Fragen eine Rolle gespielt. Sie sind z. T. schon angeführt worden. Die Lastenausgleichsnovelle, der Amoklauf von Herrn Rehwinkel usw. gehören dazu. Es war ein Amoklauf gegen sich selbst, denn wem konnte er eigentlich damit nutzen als nur der SPD. Es gehören weiter dazu die Probleme des

16 *Pacem in Terris* (11. April 1963), *Ecclesiam Suam* (6. August 1964), *Mense Maio* (29. April 1965), *Mysterium Fidei* (3. September 1965).

17 2. Vatikanisches Konzil vom 11. Oktober 1962 bis 8. Dezember 1965 in Rom. – Zum Verhältnis katholische Kirche–SPD vgl. Heinz KORNETZKI: „Die SPD und die Kirchen“, in: SPD-Pressedienst vom 6. Januar 1966; Heinz Theo RISSE: „Mauern werden niedergelegt. Bilanz des Vatikanischen Konzils“, in: „Vorwärts“ vom 22. Dezember 1965. Vgl. auch Thomas GAULY: *Kirche und Politik in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1976*. Stuttgart 1990 S. 199–205, 225–235.

18 Vgl. „Verlautbarung der Bischöfe des Landes Nordrhein-Westfalen zur Landtagswahl am 10. Juli 1966“, in: *Kirchlicher Anzeiger für die Erzdiözese Köln* 106 (1966) S. 223 f.

19 Vgl. Michael RENSMANN: „Rote Fahne und Soutane – SPD und Kirche“, in: „Die Glocke“ vom 23. Juni 1966; „Welt“ vom 6. Juli 1966 „Die Sozialdemokraten werben zum erstenmal mit einem Hirtenwort“; „Frankfurter Rundschau“ vom 5. Juli 1966 „Die Kirche läßt diesmal die Christdemokraten allein“.

Wohnungsbaus, des Mittelstands, der Kriegsofper usw. Das hat eine gewisse Rolle gespielt.

Eine gewisse Rolle hat in Nordrhein-Westfalen auch die Landschulreform gespielt, die in einer Reihe von Landkreisen mit kleinen Gemeinden zweifellos gegen die CDU geschlagen ist.²⁰ Wir haben den stärksten Widerstand in den Dörfern, wohin nicht die Mittelpunktschulen kommen sollen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß viele SPD gewählt haben oder zu Hause geblieben sind, die bisher unsere Wähler waren. Das ist deswegen so bedauerlich, weil bisher in allen Landtagswahlkämpfen die Kulturpolitik eine Trumpfkarte der CDU gewesen ist. Das war sie diesmal jedenfalls nicht in den katholischen ländlichen Gebieten. Infolgedessen kam das auch der Sozialdemokratie zugute.

Ich glaube, das genügt, was ich aus meiner persönlichen Sicht dazu vortragen kann. Ich pflichte dem Herrn Bundeskanzler völlig bei, daß wir jetzt die Konsequenzen daraus ziehen müssen. Es liegt keine Veranlassung vor, zu resignieren. Ich bin der Auffassung, daß die CDU noch ganz andere Schläge aushalten kann, (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.*) aber es wäre gefährlich, die Angelegenheit zu bagatellisieren. Wir werden uns gerade auch von der Bundespolitik und von der Bundesorganisation her sehr ernsthaft bemühen und genau überlegen müssen, wie wir dem bedrohlichen Trend, es ist ja ein permanenter Trend der langsamen Überschwemmung der CDU-Wählerschichten in Nordrhein-Westfalen, erfolgreich begegnen können. Das wird sorgfältiger Analysen bedürfen. Ich bin der Meinung, diese landespolitische Entscheidung war gleichzeitig auch ein bundespolitischer Alarmruf, den wir beherzigen sollten. (*Lebhafter Beifall.*)

Erhard: Bitte sehr, Herr Stingl!

Stingl: Ich meine, jeder, der als Bundesredner im nordrhein-westfälischen Wahlkampf war, wird bestätigen können, daß die Wahl als eine Bundeswahl empfunden wurde. Auch draußen in der Bevölkerung ist der voraussichtliche Wahlausgang als eine Bestätigung der Bundespolitik aufgefaßt worden. In landespolitischen Angelegenheiten war man in einer guten Position, wenn man darauf zu sprechen kam. Bei der Bundespolitik bekam man eine ganze Reihe von Angriffen, insbesondere bei der Gesellschaftspolitik.

Wir haben immer wieder feststellen müssen, daß draußen das Vertrauen in die Zukunft weisende Gesellschaftspolitik nicht mehr so sicher ist, wie wir uns das gedacht haben. Das Haushaltssicherungsgesetz hat uns in zwei Bereichen, im Krankenversicherungswesen die Nichtübernahme der Vorsorgeuntersuchung und im Bereich der Familienpolitik, geschadet. Hier haben auch ihre häufig wiedergegebenen Äußerungen, Herr Bundeskanzler, daß man das Kindergeld nicht an alle, sondern nur an Bedürftige geben

²⁰ Kultusminister Paul Mikat hatte 1964 die Denkschrift „Neuordnung des ländlichen Volks- und Sonderschulwesens im Lande Nordrhein-Westfalen“ vorgelegt, die u. a. die Zusammenlegung der oberen Klassen mehrerer ländlicher Volksschulen in Mittelpunktschulen empfahl, vgl. DUD Nr. 248 vom 28. Dezember 1965 S. 3–5; „Welt“ vom 3. Januar 1966 „Mikat gegen weitere Zwergschulen in Nordrhein-Westfalen“.

soll²¹, gerade in den katholischen Kreisen, von denen Herr Dr. Even gesprochen hat, uns immer wieder Schwierigkeiten gemacht. Dann wurde in der letzten Woche ein energischer Einbruch bei den Vertriebenen dadurch für die Sozialdemokraten möglich gemacht, daß Sie, Herr Bundeskanzler, am Mittwoch die 19. Novelle im Kabinett kappgemacht haben; (*Unruhe und Bewegung. Widerspruch des Bundeskanzlers.*) am Tage vorher, Herr Bundeskanzler, hat der engste Fraktionsvorstand in Anwesenheit des zuständigen Ministers und Staatssekretärs dem BdV-Präsidium gesagt, am nächsten Tage würde die 19. Novelle verabschiedet werden im Kabinett, und ohne jeden Vorwand wurde dann diese Zusage am nächsten Tage nicht gehalten.²² Es war damit Herrn Jaksch²³ die Gelegenheit gegeben, in Vertriebenenkreisen immer wieder zu sagen: Der Kanzler ist nur stark gegen Schwache. Weil sich die Vertriebenen vernünftig benommen haben, wird jetzt auch so mit ihnen umgegangen. – Im Bereich der Flüchtlingsgesetzgebung ist überhaupt nichts erfolgt. Das Währungsausgleichsgesetz ist zwar vorgelegt worden,²⁴ aber nach einer Absprache sind, obwohl 60 Mio. DM da sind, nur 15 Mio. ausgegeben worden.

Alle diese Dinge spielen unterschwellig eine Rolle. Dazu kommt Ihre persönliche Haltung bei Versammlungen in den Fragen der Vertriebenenpolitik. Herr Minister Heck wird sicher bestätigen, daß er sehr gut ankam, wenn er vor diesen Leuten sprach, z. B. bei den Sudetendeutschen in München²⁵, daß aber doch immer wieder gesagt wurde, wie kann man einfach schlechthin so etwas erklären wie: zerrissen oder ähnliche Dinge. Wir selber müssen beklagen, daß diese ganzen Meldungen natürlich sehr stark weiterwirken durch diese Ausstreuung. Unterschätzen Sie das nicht. Ich meine die kleinen Monatsblätter, die wir früher nur gesehen haben als Organ, das den Leuten Berichte von der Heimat gab. Aber jetzt bringen sie mehr und mehr politische Tendenzen. Es wird z. B. gesagt, das Briefporto wird teurer, wir können auch die Nachrichten nicht mehr geben usw. Man stellt fest, daß für Ihre Interessen bei der obersten Spitze kein Ver-

21 Derartige Äußerungen Erhards sind nicht zu ermitteln. – Vgl. Presseerklärung der CDU/CSU-Fraktion vom 8. März 1966. Familienminister Heck erklärte dazu im Deutschen Bundestag, der Familienlastenausgleich sollte nicht abgebaut werden, vgl. Sten.Ber. 5.WP 25. Sitzung vom 3. März 1966 S. 1149.

22 Zur Aussprache zwischen der Führung der CDU/CSU-Fraktion, dem Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, Johann Baptist Gradl, und Vertretern des BdV Ende Juni 1966 vgl. UiD Nr. 28 vom 15. Juli 1966 S. 7. – Zur Kritik an der Vertagung der Verabschiedung der 19. Novelle des Lastenausgleichsgesetzes vgl. „Welt“ vom 6. Juli 1966 „Jaksch: Erhard stark nur gegen Schwache“; dpa vom 6. Juli 1966 „Bundesregierung weist Vorwürfe der Vertriebenen zurück“.

23 Wenzel Jaksch (1896–1966), leitender Angestellter; 1913 SPÖ, 1939 Emigration, 1950–1953 Leiter des hessischen Landesamts für Vertriebene, Flüchtlinge und Evakuierte, 1951–1966 MdB (SPD), 1964–1966 Präsident des BdV.

24 „Gesetz über einen Währungsausgleich für Sparguthaben Vertriebener“ vom 27. März 1952, BGBl 1952 I S. 213.

25 In der Vorlage: Nürnberg. – Der Sudetendeutsche Tag fand vom 17.–19. Juni 1966 statt. Heck sprach am 17. Juni, vgl. ACDP 01–022–006/1.

ständnis da ist. Ich kann für meinen Arbeitskreis²⁶ sagen, daß ein Einbruch auch darin zu sehen ist, daß die Vertriebenen sich bei der CDU häufig erst dann gut aufgehoben fühlen, wenn man sie ausdrücklich danach gefragt hat. (*Sehr starke Unruhe.*)

Erhard: Herr Gurk!

Gurk: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Es steht mir nicht zu, über den Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen etwas zu sagen, aber einen mildernden Umstand möchte ich doch anführen. Der Verlust an Stimmen war 3,6%, und der Verlust an Mandaten betrug 11%. Da liegt ohne Zweifel im Wahlrecht eine Ursache für den Sturz an Mandaten, und zwar offenbar deshalb, weil sich die Verhältniswahl nur auf 50 Sitze erstreckt. (*Adenauer:* Darauf kommt es doch an! – *Lebhafte Unruhe und Bewegung.*) Nun, ich könnte mir auch ein anderes Wahlrecht denken. (*Adenauer:* Das wird doch nach dem Proporz verteilt.) Ich stelle jedenfalls fest, daß der Verlust an Stimmen nicht so groß war wie der Verlust an Mandaten.

Mir wäre erwünscht, die eine oder andere spezielle Analyse zu bekommen, z. B. über die Frage, wie war es möglich, daß der in Deutschland so weit bekannte Kultusminister Professor Mikat untergegangen ist. Ich höre, daß er nicht gewählt worden ist.²⁷ Liegen da tiefere Gründe vor, etwa in der Beurteilung unserer ganzen Schul- und Kulturpolitik in der Bevölkerung? Es könnte ja sein, daß man die Kulturpolitik irgendwie ... (*Adenauer:* Das ist doch Schulpolitik und keine Kulturpolitik, die der Herr Mikat macht!) Ich darf doch fragen, mehr will ich ja nicht. Wir wollen ja lernen. Wir haben zwar einige Beobachter dort gehabt, um von den Dingen zu lernen, aber wir wollen uns doch heute gewissenhaft miteinander darüber unterhalten, was nun an Folgen und Konsequenzen daraus zu ziehen sind.

Eine Bitte möchte ich vortragen, die einzelnen Persönlichkeiten in Bund und Ländern sollten sich zusammensetzen und ihre Meinungsverschiedenheiten im internen Kreis austragen. Das darf nicht mehr wie bisher an die Öffentlichkeit gelangen. (*Lebhafter Beifall.*) Es ist eine gewisse Unsicherheit da. Das war auch bemerkbar nach dem Urteil unserer Beobachter, indem die SPD den Eindruck erweckt hat, sie habe eine stärkere Aktivität, und zwar bis zur Brutalität. Ein Hauptanliegen ist aber das, alle sachlichen Auseinandersetzungen in den Führungskreisen nicht in der Öffentlichkeit, sondern wie bei der SPD im engeren Kreise zu führen, damit die Führungsspitze das Bild einer Geschlossenheit zeigt, die wir dringend gebrauchen. (*Lauter Beifall.*)

Erhard: Das Wort hat Herr Kraske.

Kraske: Ich möchte nur zur sachlichen Aufklärung sagen, Herr Mikat hat zum erstenmal in dieser Landtagswahl kandidiert. Er war vorher nicht Mitglied des Landtags. Er hat bewußt einen höchst unsicheren Wahlkreis in Essen übernommen, der von der SPD zu gewinnen war. Herr Mikat sagte, einen sicheren Wahlkreis kann jeder holen, ich gehe aber in einen schwierigen Wahlkreis, so daß also dieser Durchfall bei ihm nicht speziell aus der Reihe tanzt [sic!].

²⁶ Stingl war von 1964–1969 Vorsitzender des LV Oder/Neiße.

²⁷ Mikat kandidierte bei der Landtagswahl im Wahlkreis 67 (Essen V) gegen Heinrich Strathmann; er erreichte 41,9%, der SPD-Kandidat 50,9% der Stimmen.

Erhard: Das Wort hat Herr Seebohm.

Seebohm: Herr Professor Mikat hat ausgezeichnete Versammlungen gehabt. Er hat dort über sein Ressort referiert. Er hat keine parteipolitischen Versammlungen gehalten. Er hat die SPD nicht angegriffen. Wir sind in mancher Beziehung viel zu vornehm gewesen. (*Beifall.*)

Erhard: Bitte sehr, Herr Etzel!

Etzel: Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich noch etwas sagen als ein Mann, der aus dem Lande Nordrhein-Westfalen kommt und der im Wahlkampf mitgewirkt hat. Ich glaube, daß Herr Kollege Even die Analyse im großen und ganzen – mit der ich allerdings nicht in allen Nuancen übereinstimme – richtig wiedergegeben hat. Ich möchte zunächst ganz klar und eindeutig sagen, daß die Niederlage in Nordrhein-Westfalen nicht im wesentlichen eine Angelegenheit des Landes gewesen ist. Das ist völlig klar und eindeutig. Herr Meyers hat eine viel strahlendere Figur gemacht als Herr Kühn. Ich kann nur sagen, daß die Kabinettskollegen in Düsseldorf junge und energische, beliebte und angesehene Männer gewesen sind. Herr Mikat ist im Lande, wohin Sie auch hören, ein angesehener Minister. Man mag nicht mit allen Einzelheiten der Kulturpolitik einverstanden sein, aber das Gesamtansehen von ihm ist groß.

Herr Grundmann, der Landesvorsitzende, ist auch ein angesehener Mann. Das kann man nicht leugnen. Wenn ich zu wählen hätte, würde ich ihn sofort freiwillig wählen. Herr Lemmer²⁸ hat in Solingen kandidiert, einem Kreis, der nicht zu holen ist. Ich kenne diesen Wahlkreis besonders aus meiner Zeit als Bundestagsabgeordneter. Ich glaube also nicht, daß die Männer die Schuld haben. Im Lande war es sicherlich auch ein Teil der besonderen Strukturpolitik; denn sicherlich haben Kohle und Stahl eine Rolle gespielt. Wir haben Wesentliches hier geleistet, aber vielleicht ist diese Hilfe nicht schnell und energisch genug durchgeführt worden. Ich selbst habe mich an den Aussprachen beteiligt. Es war alles etwas mühselig und langsam. Es kam zu dem, was wir allgemein feststellen mußten. Herr Lemmer hat es damit charakterisiert, daß er gesagt hat, das Vertrauen in die CDU ist dort erschüttert. Leider stimmt das. Wo Sie auchanhören in Gesprächen – ich habe viele tausende geführt –, kommt das Gefühl einer Malaise heraus, einer Unsicherheit, ob denn die CDU noch die dynamische Kraft, mit der sie einmal angetreten ist und mit der sie auch Erfolge errungen hat, hat. Nun wird in den Gesprächen zunächst darauf verwiesen, es wird ja alles teurer. Herr Stingl, die Probleme, die Sie aufgezeigt haben, haben natürlich zwei Seiten. Ob das, was teurer wird, nicht sehr viel schlimmer ist, als daß die eine oder andere Gruppe etwas verprellt wird, ist eine Frage, die man sich ernsthaft überlegen muß. Das Gefühl zur allgemeinen Sicherheit

28 Gerd Lemmer (geb. 1925), Jurist; 1947–1949 Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Studentengruppe an der Universität Göttingen, 1958–1966 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU), 1962–1966 Minister für Bundesangelegenheiten des Landes Nordrhein-Westfalen, 1967–1969 Staatssekretär im Ministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, April bis November 1969 Staatssekretär im Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen, 1979–1994 MdEP.

ist bei uns nach zwei Inflationen sehr groß. Wir sind eine inflationsempfindliche Gesellschaft geworden. Hier muß die zentrale Behandlung unserer Wahlpolitik ansetzen.

Ich kann Ihnen ein paar Beispiele sagen. Im Jahre 1960 [sic!] habe ich im Bundestag eine Anleihe des Bundes vertreten und gesagt, wir sind ein guter Schuldner, wer uns Geld gibt, der ist gesichert, wir werden einen entsprechenden Kurs finden.²⁹ Diese Anleihe von 1960 ist aber heute nur noch 80% wert. Das bleibt nicht unbekannt. Wir haben diesen exorbitanten hohen Zinssatz von 10%. Wir haben Preissteigerungen überall, auch bei den Mieten.

Zu alledem sagen die Leute, was ist denn eigentlich los. Es wird alles teurer. Dazu kommt im Hintergrunde die Kohlen- und Stahlkrise. Es kommt das allgemeine Unlustgefühl in der Wirtschaft usw. Meine Damen und Herren! Wenn wir es nicht fertigbringen, mit einer ganz klaren Führungsvorstellung auf die Wahl im Jahre 1969 zu marschieren, können wir einpacken. Schon in der Wahl 1962 hat dieses Land ein Schwächezeichen³⁰ gegeben. Es war nicht so, daß wir die Stärke zeigten, die die anderen Landesverbände hatten. Und daran waren wir schuld. Ich glaube also in der Tat, wir müssen sehr klar zeigen, daß dieses Gefühl der Unsicherheit wegkommt.

Herr Bundeskanzler, ich habe Ihnen ja z. B. zur Frage der Geldwertstabilität einen Vorschlag gemacht³¹, wonach sehr konkret führungsmäßig gesagt werden muß: Wir nehmen die schwierigen Probleme auf. (*Lebhafte Unruhe. – Schmücker: Man muß es tun!*) Doch, Herr Schmücker, das ist so. (*Schmücker: Ich widerspreche Ihnen ja gar nicht, man muß es nur selber tun!*) Ich tue es doch. Ich tue es sehr stark und sehr energisch. Ich führe in diesem Raum, den wir heute besprechen, mehr Gespräche als die meisten anderen.

Über das nächste, was wir in Düsseldorf tun werden, werden wir wahrscheinlich hier nicht entscheiden. Ich habe gestern abend zahlreiche Anrufe bekommen, wobei klar gesagt wurde: Laßt doch die SPD jetzt mal an die Verantwortung, damit sie zeigen kann, ob sie es wirklich besser macht nach der großen Strukturkrise, die wir im Lande haben. (*Beifall.*)

Erhard: Herr Kollege Schmücker!

Schmücker: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Solange ich der CDU anhöre, ist es nach Wahlniederlagen der Brauch, daß man diese Niederlage damit begründet, daß die eigenen Vorschläge nicht durchgeführt oder zu wenig respektiert worden sind. Daß dieses Verfahren falsch ist, ergibt sich schon aus der Vielzahl der Vorschläge, die schon mangels Masse nicht alle verwirklicht werden können; das ergibt sich auch daraus, daß viele Vorschläge sich gegenseitig widersprechen. Sie können also nicht alle durchgeführt werden.

²⁹ Vgl. Sten.Ber. 3. WP 93. Sitzung vom 10. Dezember 1959 S. 5122.

³⁰ 1958 hatte die CDU in Nordrhein-Westfalen 50,5%, 1962 nur 46,4% erreicht.

³¹ Vgl. DUD Nr. 22 vom 1. Februar 1966 S. 1–6 „Empfehlungen zur Wirtschafts- und Finanzpolitik“.

Zweitens ist man geneigt, auf Ereignisse, die kurz vor der Wahl liegen, das Augenmerk zu richten. Es ist uns allen bekannt, daß Herr Wildenmann³² schon zehn oder 14 Tage vorher das Ergebnis genannt hat, so daß ich die letzten Ereignisse allenfalls als Kommentierung des vorhandenen Trends ansehen muß. Ich gehe damit einig, daß es eine Vielzahl von Gründen ist, die zu diesem Ergebnis geführt haben. Ich will nur noch einige anfügen. Es ist natürlich, daß die Preisentwicklung eine erhebliche Rolle gespielt hat. Bei dieser Frage fühlt sich sicher der Herr Bundeskanzler und nach ihm der Wirtschaftsminister angesprochen. Ich möchte aber noch einmal sagen, die beiden sind allein völlig ohnmächtig. Die Preisentwicklung kommt aus anderen Bereichen. Wenn aus Bequemlichkeit immer wieder auf die Wirtschaft geschaut wird, meine Damen und Herren, so muß ich sagen, das ist ein Drumherum-Reden, das kommt also aus anderen Bereichen.

Das zweite ist die Innenpolitik. Herr Kollege Etzel, ich bin mit Ihnen der Meinung, daß die Innenpolitik als Teil eines größeren Problems eine Hauptrolle spielt, aber die Versammlungserfahrung hat mir gezeigt, daß man für das Ruhrgebiet viel zu wenig getan hat, in anderen Bereichen aber zuviel. Das, was ich als Tadel – weil es zu wenig ist – im Ruhrgebiet bekommen habe, habe ich als Tadel weitab vom Ruhrgebiet auch bekommen, weil viel zu viel getan worden ist. Ich bitte also, diese beiden Aspekte zu sehen.

Ich glaube, daß es sich um ein Teilprogramm eines größeren handelt, nämlich um die Sorge und Sicherung des Arbeitsplatzes. (*Sehr starke Unruhe.*) Meine Herren! Ich habe schon bei früherer Gelegenheit darauf hingewiesen, man möchte einmal die Stimmergebnisse von Nordrhein-Westfalen mit der Zuwanderung in Beziehung setzen. Sie werden dabei feststellen, daß die Fluktuation, die zu einer Zuwanderung in Nordrhein-Westfalen geführt hat, identisch ist mit dem Stimmenzuwachs der SPD. Sie müssen die absoluten Zahlen nehmen, weil die Bevölkerung – (*Adenauer: Die hat doch abgenommen in Nordrhein-Westfalen!*) nein, im Ganzen nicht, sondern nur in einzelnen Städten hat sie abgenommen, Herr Bundeskanzler. Ich komme doch aus dem Gebiete, wo jährlich tausende von Menschen abgehen nach Nordrhein-Westfalen. Das spielt eine erhebliche Rolle im Zusammenhang mit der Überlegung um die Sicherheit des Arbeitsplatzes. Ich glaube, Herr Bundeskanzler, wir müssen diesem strukturellen Wandel große Aufmerksamkeit widmen und dafür sorgen, daß mehr Sicherheitsgefühl bei der Bevölkerung entsteht; denn diese Marktwirtschaft, die sich doch danach richtet, daß das erzeugt werden muß, was am Markt verlangt wird, führt zu erheblichem Berufswechsel. Das Handwerk hat jetzt eine Statistik herausgebracht, daß im Handwerksbereich je-

32 Prof. Dr. Rudolf Wildenmann (1921–1993), Politikwissenschaftler; 1952 Redakteur der „Deutschen Zeitung und Wirtschaftszeitung“, 1956–1959 Studienleiter des Ostkollegs der Bundeszentrale für Politische Bildung, ab 1964 Ordinarius für Politische Wissenschaft an der Universität Mannheim, 1963–1969 Mitglied des wissenschaftlichen Beraterstabs im Kanzleramt, 1964–1974 Leiter der Wahlberichterstattung im ZDF, 1974–1980 Mitgründer und Vorsitzender des Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA).

der zweite zeitlebens einmal den Beruf wechselt.³³ Das ist ein Phänomen, dem wir noch nicht beigegeben sind.

Ich will noch sagen, daß eine Kommunalpolitik in diesem Lande getrieben wird, meine Damen und Herren, bei der man sich nur wundern kann, daß die CDU überhaupt noch lebt. Die kommunalpolitische Arbeit ist wirklich die Basis, aber sie wird nicht mehr als solche von uns behandelt.

Es ist ein Wort über die Kirchen gesagt worden. Man sollte auch ergänzend etwas über die Gewerkschaften sagen, die von der verkündeten Neutralität viel weiter entfernt sind als jemals zuvor. Wenn schon eine solche Vielzahl von Punkten da ist, dann ist es notwendig, daß wir uns in der Politik mehr auf das Wesentliche konzentrieren und nicht zu viele Dinge anpacken. Bei diesem Zuviel entstehen dann unnötige Reibungsverluste. Das ist nach meiner Meinung der springende Punkt bei der ganzen Sache.

Wir haben in der CDU zu viele Reibungsverluste; nicht nur durch persönliche Auseinandersetzungen, sondern auch durch den langwierigen Gesetzgebungsweg innerhalb der Regierung im Verhältnis zum Bundestag, zu den Fraktionen und zum Bundesrat. Das dauert alles zu lange. Bei diesem zu langen Weg entstehen persönliche Auseinandersetzungen mit Reibungsverlusten, die wir nicht verkraften können. Die Bevölkerung hat nicht mehr den Eindruck, daß wir in der Geschlossenheit dastehen, wie das früher einmal der Fall gewesen ist. Jeder, der an diesen Reibungsverlusten teilgenommen oder sie hervorgerufen hat, sollte dies nicht übersehen bei aller sachlichen Kritik, die an einzelnen gesetzlichen Maßnahmen möglich sind. (*Beifall.*)

Erhard: Herr Klepsch!

Klepsch: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich bin zwar der Meinung meines Freundes Even, daß wir unter Umständen noch schlimmere Dinge überstehen müssen. (*Even:* „Können“, nicht „müssen“. – *Adenauer:* „Können“ ist nicht dasselbe. – *Heiterkeit.*) Das mag richtig sein, daß das nicht dasselbe ist, aber beides muß eventuell ins Auge gefaßt werden. Bei der Ausgangslage der Wahl müssen wir uns über eines klar sein, wenn wir die Wahlergebnisse von 1966 mit denen von 1962 vergleichen, dann müssen wir in Rechnung stellen, daß die Deutsche Friedensunion die Parole ausgegeben hat, für die Sozialdemokratische Partei zu stimmen, und daß es sich deshalb nicht um 43,3%, sondern ungefähr um dasselbe Stimmenpotential handelt, das wir 1962 besaßen.³⁴ Leider ist dieser Gedanke in der Publizistik überhaupt außer acht gelassen worden. Im Wahlkampf ist das auch nicht sichtbar geworden, sondern die Sozialdemokratische Partei hat eben diesen Stimmenzufluß erhalten. Daran kann kein Zweifel bestehen; wenn vielleicht auch die Möglichkeit besteht, daß der eine oder andere aus dieser Gruppierung auch FDP gewählt hat.

³³ Vermutlich bezieht sich Schmücker auf ein Gutachten des Forschungsinstituts für Handwerkswirtschaft in Frankfurt (vgl. „General-Anzeiger“ vom 5. Juli 1966).

³⁴ 1962 hatte die SPD 43,3% erreicht, 1966 49,5%. Das DFU-Ergebnis bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen betrug 1962 164.333 Stimmen (=2%), 1966 ist die Partei nicht angetreten.

Ich möchte drei Dinge unterstreichen: Erstens zur Analyse, die Herr Even hier gegeben hat, muß ich mich der Formel von Herrn Etzel anschließen, die weitgehend von mir geteilt wird, allerdings möchte ich zweierlei dabei hervorheben; das eine ist die Frage der Deutschlandpolitik. Hier ist uns am bösesten zu Buch geschlagen, daß wir keine klare Haltung gezeigt haben, sondern daß wir, wenigstens in der Meinung der Bevölkerung, den Eindruck erweckt haben, Initiativen der SPD würden von uns mit halbem Herzen geteilt. Wenn ich mir den Artikel des Sonntagsblattes zu dem freien Geleitgesetz betrachte mit der Überschrift „Opportunismus“³⁵, so war das der Gegenstand mancher Beiträge, daß wir uns gewissermaßen anpassen an Entwicklungen, die uns aufgezungen werden, und daß wir deshalb den Eindruck hervorgerufen haben, daß das, was bei uns früher völlig klar in der Aussage war, jetzt nicht mehr so klar sei, und daß die Sozialdemokratische Partei mit einem neuen dynamischen Konzept – auch wenn man vergeblich sucht, worin das bestehen soll – aufgewartet hätte, so daß man denen eben mehr zutrauen könnte als uns, die wir nicht mehr so eine klare Position beziehen.

Ich bin der Meinung, daß es vornehmlich eine Frage der Auseinandersetzung über die wirtschaftliche Lage durch die Bevölkerung gewesen ist. Das wirkt sich in den Diskussionen nicht so aus, aber Fragen wie das Haushaltssicherungsgesetz und alle diese Dinge bedürfen ja hier einer Erläuterung. Ich habe festgestellt, daß es ziemlich eingehender Ausführungen bedarf, um die notwendige Information der Zuhörer vorzunehmen, warum etwas in diesen Fragen unternommen wird, um überhaupt die Zustimmung und das Verständnis zu finden. Wenn ich also mit einem Wunsch mich anschließen darf, so ist es dieser, daß wir nach dieser Wahl nach außen viel stärker den Eindruck der Geschlossenheit hervorrufen müssen. (*Zurufe*: Nicht nur den Eindruck!) Mir geht es darum, daß wir wirklich geschlossen sind. Aber was wir nach außen ausstrahlen, muß doch sein, daß die Öffentlichkeit den Eindruck gewinnt, daß wir auch tatsächlich geschlossen sind. Es gibt manche Fragen, wo wir ziemlich geschlossen sind, aber die Öffentlichkeit annimmt, daß es nicht so sei. Dieses nach außen als eine geschlossene Größe zu zeigen, ist jedenfalls der Sozialdemokratischen Partei zu Buche geschlagen. Trotz aller internen Auseinandersetzungen, die dort stattfinden, herrscht bei der Wählerschaft der Eindruck vor, daß die Sozialdemokratische Partei eine geschlossene Größe sei, die zu allen Fragen eine Auffassung habe, die sie dann auch durchsetze – es gibt eine Fülle von Argumenten, die man dagegen vortragen kann –, und daß bei uns dieser Eindruck im gleichen Umfange bei weitem seit langem nicht mehr besteht. Er bestand aber früher einmal.

Das hat natürlich auch zu Abnutzungserscheinungen beigetragen. Eines sollten wir bei der Analyse noch bedenken, nämlich das Abschneiden der Freien Demokratischen Partei. Die Freien Demokraten haben sich in dieser Wahl gekräftigt. Natürlich ist ihnen

35 Verabschiedung des „Gesetzes über die befristete Befreiung von der deutschen Gerichtsbarkeit“ (Drs. V/690 vom 14. Juni 1966) am 23. Juni 1966 (Sten.Ber. 5. WP 50. Sitzung S. 2435–2441; Gesetz vom 29. Juli 1966, BGBl 1966 I S. 453). Etwa 50 bis 60 Abgeordnete der CDU/CSU stimmten dagegen, u. a. Egon Klepsch, vgl. „Welt“ und „Frankfurter Rundschau“ vom 24. Juni 1966.

zugute gekommen, daß die Befürchtungen hinsichtlich der 5%-Klausel nicht nur gegenstandslos sind, sondern daß sie ihren Besitzstand haben halten können. Die Freien Demokraten werden deshalb in der Auseinandersetzung dadurch wieder Auftrieb bei einer Wählergruppe erhalten, die sich auf uns zubewegte. Die Auffassung von Professor Wildenmann, daß ein gewisser Austausch von Wählergruppen zwischen den großen Parteien stattfindet, ist sicher richtig, daß sich also Wählergruppen auf die CDU zubewegt haben und Wählergruppen, die sich von uns wegbewegen. Das ist eine Sache, gegen die wir wahrscheinlich auch nicht sehr viel unternehmen können. Bei der Bundestagswahl hat ein solcher Austausch von Wählergruppen auch stattgefunden.

Bei der Landtagswahl scheint mir das hervorstechendste Merkmal zu sein, daß der Austausch nach allen Richtungen vorgenommen wurde, sonst wären bei der FDP stärkere Abnutzungserscheinungen zutage getreten. Dieser Prozentsatz ist zum Stillstand gekommen. (*Adenauer*: Woher kommt das?) Das ist eine Frage, Herr Bundeskanzler, die mich außerordentlich stark bewegt, so daß wir eine ganz sorgfältige Analyse dieser Wahl anstellen müssen.³⁶ Es geht weniger darum, heute alle Gründe zu finden, als vielmehr darum, daß ohne eine gewisse Verhaltensweise der christlichen Demokraten wir in der Zukunft in allen Wahlen große Schwierigkeiten haben werden. Die SPD hat eines geschafft, den Durchbruch. Sie hat bewiesen, daß sie auch siegen kann, was ihr bisher nicht möglich war. Und das ist ein neues Erlebnis für die Wählerschaft, das auch zu Buche schlagen wird.

Meine verehrten Parteifreunde! Eines scheint mir für die Wahlbeteiligten zu sagen zu sein. An der Einsatzbereitschaft unserer führenden Freunde in Nordrhein-Westfalen hat es nicht gelegen. Ich muß das ganz offen sagen. Der Herr Ministerpräsident Meyers hat gestern im Rundfunk und Fernsehen eine ganz vorzügliche Figur gemacht. (*Lebhafte Beifall.*) Wir sollten auch sehen, daß die Ausgangslage in Nordrhein-Westfalen für unsere Freunde sehr schlecht war. Natürlich ist die Qualität der Kandidaten unterschiedlich gewesen. Es gab in Nordrhein-Westfalen Ecken, wo dieser Wildenmannsche Trend sich noch ausgewirkt hat, das war in Ostwestfalen, wo wir mehr zugenommen haben als die Sozialdemokratische Partei, wo die CDU nicht nur zugenommen hat – es sind die vier Wahlkreise 147 bis 150³⁷ –, sondern mehr als die SPD. Im übrigen würde ich sagen, wir wollen hoffen, daß uns die Fußballweltmeisterschaft leichter einen Übergang schafft³⁸, damit wir uns unserer neuen energischen Politik zuwenden können. (*Unruhe und Bewegung.*)

Erhard: Herr Kollege Adenauer!

Adenauer: Meine Damen und Herren! Es ist gut, daß wir heute zusammengekommen sind, damit derjenige, der das will, seinen Sorgen Luft machen kann. Aber ich glaube, daß wir die Analyse, die sehr sorgfältig gemacht werden muß, zunächst in einem kleinen Kreis, hier nicht besprechen können. Deswegen möchte ich mich auf einige Bemerkungen beschränken.

³⁶ Wahlanalysen in ACDP 07-003-035/3.

³⁷ Wahlkreis 147 war Minden I, 148 Minden II, 149 Detmold, 150 Lemgo.

³⁸ Die Fußballweltmeisterschaft fand vom 11.-30. Juli 1966 in England statt.

Ich möchte zunächst davor warnen, diese Vorgänge bei der Wahl von Nordrhein-Westfalen, nämlich unseren Rückfall, als eine vorübergehende Erscheinung zu betrachten. Ich bin der Auffassung, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse mit der Kohle usw. sicher eine Rolle dabei gespielt haben, wobei mir ein Gespräch in den Sinn kommt, das ich mit dem Ministerpräsidenten Röder über die Saarkohle am Sonntag vor acht Tagen gehabt habe, wo er mir auseinandergesetzt hat, wie die Saar doch gearbeitet hat im Abbau der Belegschaften, die sie nämlich übergeleitet hat in andere Berufszweige, so daß sie jetzt keine Schwierigkeiten mehr haben. Aber er setzte hinzu – ich muß das auch sagen –, die Leute an der Ruhr, die sind zu stolz und zu eingebildet. Da steckt auch etwas drin. Meine verehrten Damen und Herren, die hatten doch früher alles zu sagen. Daran kam man nicht vorbei. Das haben sie noch etwas geerbt und wollen jetzt nicht nachgeben. Das wird ihnen also noch beigebracht werden müssen.

Es wäre aber falsch, nun diesen Rückfall, den wir erlitten haben, mit den besonderen Schwierigkeiten der Industrie zu begründen. Das ist nicht der Fall. Damit können Sie das nicht begründen; denn Sie werden sehen, ich folge nur den Notizen vom gestrigen Fernsehen, daß der Rückgang auf dem Lande ebenfalls sehr beträchtlich gewesen ist, und zwar namentlich in den katholischen Gegenden. Damit aber kommen wir in eine sehr ernste Frage hinein, die wir heute nicht regeln können, die wir nur berühren können. Vergessen wir aber nicht, daß wir mit unserer Partei ins Leben getreten sind als eine christliche Partei. Meine Damen und Herren! Wie das jetzt mit dem „Christlichen“ bei uns ist, will ich einmal dahingestellt sein lassen, aber ich glaube, ich gehe nicht zu weit, wenn ich sage, mancher ist von der Entwicklung gerade als Christ enttäuscht.

Nehmen Sie das Hirtenschreiben der Bischöfe – das ist eben von Ihnen sehr richtig gekennzeichnet worden – von Nordrhein-Westfalen. Nach meiner Meinung hätte man mit aller Entschiedenheit bei den Bischöfen dagegen Protest einlegen sollen. Ich weiß einen Bischof von Nordrhein-Westfalen, der diesen Hirtenbrief nicht hat verlesen lassen. Dann hat die SPD den Hirtenbrief als Anzeige in den Zeitungen der betreffenden Diözese – Münster ist das – veröffentlicht.³⁹ Aber, meine Herren, es ist doch interessant, daß ein Bischof, nämlich der Bischof von Münster, dem wir dafür nicht genug dankbar sein können, aus Protest gegen diesen Hirtenbrief ihn nicht in seinen Kirchen hat verlesen lassen. (*Russe*: Aber er steht im Kirchenblatt auf der ersten Seite, Herr Bundeskanzler!) Er hat ihn aber nicht verlesen lassen. Sie werden wahrscheinlich Kirchgänger sein, aber ich weiß nicht, ob Sie auf das Kirchenblatt abonniert sind. (*Lebhafte Unruhe*.) Meine Damen und Herren! Ich will noch etwas hinzufügen. Ich hatte vor geraumer Zeit, vor Jahren, gehört, daß sich nach dem Kardinal Döpfner⁴⁰ das Verhältnis zwischen der katholischen Kirche und unserer Partei abgekühlt habe. Ich habe dann die

39 Bischof von Münster war Prof. Dr. Joseph Höffner (1906–1987), katholischer Theologe; 1962–1969 Bischof von Münster, 1969–1987 Erzbischof von Köln, 1969 Ernennung zum Kardinal, 1976–1987 Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz.

40 Dr. Julius Döpfner (1913–1976), katholischer Theologe; 1948–1956 Bischof von Würzburg, 1957–1961 Bischof von Berlin, 1958 Ernennung zum Kardinal, 1961–1976 Erzbischof von München-Freising, 1965–1976 Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz.

erste Gelegenheit benutzt, Herrn Kardinal Döpfner anzusprechen und zu fragen, ob das richtig sei und seine Ansicht wäre. Er sagte mir, er erinnere sich nicht, das irgendwo gesagt zu haben. Meine Damen und Herren, wenn man sagt „ich erinnere mich nicht“, dann ist das noch keine Notlüge, (*Lebhafte Heiterkeit.*) sondern das rückt doch näher an das Wahrheitssagen heran. Ich glaube, gerade wegen der Wahl im Jahre 1969 müssen wir diese Fragen: 1. Warum sind die Leute auf dem Lande von uns weggegangen? 2. Hängt das zusammen mit dem Abkühlen des Verhältnisses zwischen den beiden Kirchen und uns oder nicht?, sehr genau prüfen und untersuchen. Eine dritte Frage – die kann man aber erst beantworten, wenn man die Analyse hat – ist die, der Hauptteil unserer Wähler waren immer die Frauen. Wie ist das jetzt? Ich weiß es nicht. (*Mehrere Zurufe: Es ist schlimmer geworden!*⁴¹ – *Lebhafte Unruhe und Bewegung.*) Wenn das schlimmer geworden ist, dann ist das ein sehr ernstes Zeichen für unsere Partei. (*Anhaltende Unruhe.* – *Klepsch: Friedliche Verhältnisse!*) Also, lieber Freund, ich muß Ihnen ja sagen, die friedlichen Verhältnisse, die Sie im allgemeinen haben, können Sie mit den hiesigen Verhältnissen nicht vergleichen. (*Heiterkeit.*) Deswegen sollten Sie froh sein, daß Sie eine friedliche Entwicklung da haben, aber glauben Sie nicht, daß deswegen uns eine friedliche Entwicklung in der Zukunft beschieden sein wird.

Was sich hier abspielt jetzt, das ist ein Kampf gegen unsere Partei auf der ganzen Linie. Es zeigt sich darin ein sehr viel geringeres Interesse bei der Jugend an unseren Prinzipien. Auch das müssen wir sehen. Also, meine Bitte an Sie lautet – ich fasse es in wenigen Worten zusammen –, warten wir die Analyse ab. Es wäre vielleicht ganz gut, wenn sie fertig ist, daß wir dann noch einmal in diesem großen Kreis zusammenkämen, aber dann muß ein kleiner Kreis bestimmt werden, diese Analyse, nachdem wir unsere Gedanken darüber gemacht haben, zu besprechen, und dann müssen wir wieder zusammenkommen, um zu sehen, was zu machen ist.

Es klingt ja paradox, wenn ich sage, Gott sei Dank, daß die Landtagswahl von Nordrhein-Westfalen so weit von der Bundestagswahl entfernt ist und wir noch Zeit haben. Stellen Sie sich vor, dieses Menetekel wäre ein halbes Jahr vor der nächsten Bundestagswahl gekommen. Das wäre furchtbar für uns gewesen. Das ist etwas, was mir geradezu wie ein Schrecken vor den Augen steht.

Wenn ich daran denke, daß die auswärtige Politik in die Hände der Sozialdemokraten kommt, dann Gnade uns Gott! Ich glaube, das ist etwas, was uns antreiben muß, unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß unsere Partei die führende bleibt in der gesamten deutschen Politik; denn auf unserer Partei beruht doch in starkem Maße unser Ansehen im Ausland, das wir uns wieder erworben haben und auch behalten müssen.

Damit möchte ich schließen. Ich denke, wir bekommen die Analyse in einigen Wochen, denn so ganz schnell wird das nicht gehen. (*Erhard: Wir wollen eine kleine Kommission bilden.*) Wollen Sie nicht warten, bis die Analyse da ist? Ich denke mir die Sache so. Darf ich es noch einmal sagen. Wir sind heute in diesem Kreis zusammengetreten. Wir können hier ganz gute Gedanken äußern, aber ein Gesamtbild haben wir alle

41 Vgl. FISCHER 2 S. 845, 847 und 811.

noch nicht, das haben wir uns noch nicht bilden können. Ich glaube, daß der Parteivorstand in die Lage versetzt werden muß, sich ein wirkliches Bild zu machen, wenn die Analyse vorliegt. Dann würde die kleine Kommission gebildet werden. Aber ich würde nicht drängen. Wenn die Analyse hier vorliegt, werden sich die Mitglieder der kleinen Kommission das eine oder andere daraus merken und dann verwerten. Man sollte diesem Gremium nicht die Prüfung und Besprechung der Analyse entziehen. (Kohl: So war es auch gedacht!)

Erhard: Das Wort hat Herr Heck.

Heck: Herr Bundeskanzler! Die Analyse muß selbstverständlich die Bundesgeschäftsstelle zusammen mit den beiden Landesgeschäftsstellen vorbereiten, mit den Leuten, die die Wahl vorbereitet und mitgemacht haben. Dann muß diese Analyse zunächst dem Präsidium vorgetragen und dort besprochen werden. Dann bespricht sie der Bundesvorstand. Dann kann sie weiter bearbeitet werden, und zwar etwas schneller als in Hamburg, Herr Blumenfeld! (*Lebhafte Heiterkeit.*)

Adenauer: Ich bin zunächst nicht der Auffassung, daß wir die Analyse nur besprechen sollten mit den Landesvorsitzenden von Nordrhein- und von Rheinland-Westfalen, denn es handelt sich um eine Angelegenheit der Gesamtpartei. Das möchte ich sehr nachdrücklich betonen. Wenn Sie sie vorbesprechen wollen, dann aber mit allen Landesvorsitzenden! (*Klepsch:* Er hat gesagt, sie sollte von den beiden Landesgeschäftsstellen mit der Bundesgeschäftsstelle angefertigt werden.) Nein, er hat gesagt – Herr Klepsch, Sie sind ein hilfsbereiter Mensch, (*Heiterkeit.*) wenn Sie jemand Wohlwollen erweisen. Aber er hat etwas anderes gesagt, nämlich, wir wollen die Analyse besprechen mit den beiden Landesvorsitzenden. (*Zuruf:* Nein, erarbeiten! – *Heck:* Mit den beiden Landesgeschäftsstellen; dann kommt sie in das Präsidium und dann in den Parteivorstand. So wollte ich es wenigstens zum Ausdruck bringen!) Das Wort „erarbeiten“ ist eines der sehr schönen Worte, die man so irgendwie im Laufe der Zeit gefunden hat, aber ich weiß nicht, ob das ausreicht. Wir glauben ja, daß die Wahlen gut geführt worden sind; sie sind in einem Tempo geführt worden, wie im allgemeinen Landtagswahlen nicht geführt werden, nämlich mit wirklich großem Elan und großer Begeisterung. Aber ich will Ihnen z. B. eines sagen, darüber können Sie nicht allein mit den beiden Landesvorsitzenden und Geschäftsführern entscheiden. Es hieß auf einmal: Große Versammlungen abhalten hat gar keinen Zweck. Die Leute kommen nicht. – Dann habe ich zwei Fahrten durchs Land gemacht, wobei man einen sehr herzlichen Empfang bekam, das muß ich ohne weiteres zugeben. Die eine Fahrt ging nach Neuss, Mönchengladbach, Düsseldorf, wo dann etwa eine halbe Stunde gesprochen wurde, nachdem man vorher schon an zehn Orten ein paar Worte geredet hatte. Die zweite Fahrt war ähnlich angelegt für Köln. Ob das ein richtiges Prinzip ist, weiß ich nicht. Ob sich das bewährt hat – wir haben das zum erstenmal gemacht –, weiß ich nicht.

Das ist eine Frage, die geht an Bedeutung über dieses Gebiet weit hinaus. Deswegen glaube ich, Herr Kollege Heck, Sie sollte sich einmal überlegen, ob Sie die Erfahrungen der anderen mit hinzunehmen, wie die anderen es beurteilen. Auf alle Fälle muß eine

gründliche Nachprüfung erfolgen und, was die Hauptsache ist, es müssen die nötigen Konsequenzen daraus gezogen werden.

Erhard: Herr Burgbacher!

Burgbacher: Meine lieben Parteifreunde! Ich möchte zunächst, da ich auch das Vergnügen habe, Mitglied des Landesvorstands zu sein, mich in allen wesentlichen Punkten unserem Freund Even anschließen. Ich glaube, daß das Wahlergebnis zu einem Teil auf einer mißverständlichen Auslegung der Konzilsresultate beruht. Die Konzilsresultate haben z. B. in der Beurteilung der Schulfrage ganz besonders bedeutsame Veränderungen bei der Wählerschaft in Nordrhein-Westfalen herbeigeführt. (*Kohl:* Nicht nur in Nordrhein-Westfalen!) Weiter ist aufgrund des Hirtenbriefes der Bischöfe – vom Volke gesehen auf dem Hintergrund des Konzils – der Damm, der noch zwischen uns und der SPD aus weltanschaulichen Gründen bestand und an dem sich Unzufriedenheit unserer Wähler über Sachvorgänge bisher gebrochen hat, nicht mehr da. (*Kohl:* Oder nicht mehr so hoch!) Das ist psychologisch von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Ich möchte an einem Beispiel – ich bedaure, daß der Bundeskanzler nicht da ist – sagen, daß wir in unserer politischen Selbstdarstellung zu sehr von rationalen Vorgängen und Überlegungen ausgehen und zu wenig uns über massenpsychologische Vorgänge klar werden, die die deutsche Wissenschaft bereits vor 150 Jahren beschäftigt hat, die wir jetzt der rationalen Überlegung vollkommen unterordnen. Ich nenne zwei Beispiele, wobei ich nicht gegen die Sache dieser beiden Beispiele spreche, sondern wegen der Wirkung auf die Wählerschaft, die nicht identisch ist mit unserer Vorstellung über die Wirkung auf die Wählerschaft.

Das eine ist das Haushaltssicherungsgesetz. Unsere Wählerschaft hat aus dem Haushaltssicherungsgesetz den Schluß gezogen, daß die gleiche Partei vor der Wahl Beschlüsse gefaßt hat, die sie nach der Wahl widerrufen hat, daß das also kein Zeichen von Kontinuität und Zuverlässigkeit ist. (*Etzel:* Stimmt das denn nicht?) Ja, Freund Etzel, dann müssen wir auch dafür bezahlen! (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.*) Das ist die eine Sache. Unterschätzen wir sie nicht!

Jetzt sage ich etwas – ich bedaure, daß der Herr Bundeskanzler nicht da ist – über das Stabilisierungsgesetz.⁴² Unsere Meinung über die Wirkung bei der Wählerschaft hinsichtlich des Stabilisierungsgesetzes ist nicht die Meinung der Wähler. (*Heiterkeit und Bewegung.*) Die Wähler sagen, wer ein Stabilisierungsgesetz nach 14jähriger Regierung notwendig hat, der hat miserabel regiert. Ich übertreibe jetzt etwas. (*Adenauer:* Na, na, dann gehöre ich auch dazu? – *Heiterkeit.*) Aber bitte, unterschätzen wir nicht die massenpsychologischen Vorgänge. Wir meinen oft aufgrund unserer rational berechtigten Darstellung der Dinge, so würde auch der normale Bürger reagieren. Das ist grundfalsch. Es ist auch grundfalsch – ich bitte um Entschuldigung –, daß wir zu bereitwillig auf das Inflationsgerede eingegangen sind. Das ist geradezu die moderne Pest.

⁴² „Gesetz zur Sicherung des Haushaltsausgleichs (Haushaltssicherungsgesetz)“ vom 20. Dezember 1965, BGBl 1965 I S. 2065.

Ich habe x-mal davor gewarnt. Was sich im übrigen der Herr Nordhoff⁴³ vor einigen Tagen geleistet hat, ist geradezu eine Waffenhilfe für die SPD, und zwar unmittelbar vor der Wahl in Nordrhein-Westfalen, gewesen. (*Zuruf*: So war es auch! – *Adenauer*: Das war bestimmt so gedacht!) Bei dem Interview war die letzte Frage an ihn: Was halten Sie von einer Inflation? Befürchten Sie die?, soll er geantwortet haben: Befürchten? Wir sind mitten drin! (*Lebhafte Unruhe und Bewegung*. – *Zurufe*: Hat er gesagt!) Wenn ich mir vorstelle, ich wäre jetzt ein Arbeitnehmer oder ein Landwirt und würde mich mit dem Haushaltssicherungsgesetz, dem Stabilisierungsgesetz und der Inflation befassen, dann könnte ich nur sagen, es ist geradezu ein Wunder, daß wir mit den 3,6% davongekommen sind.

Adenauer: Darf ich dazu noch etwas sagen. Herr Nordhoff hat auf irgendeiner Tagung gesprochen. Dann haben die Sozialdemokraten Leute zu ihm geschickt und gefragt, haben Sie das und das gesagt, worauf er es dann noch einmal nachträglich erklärte. (*Stingl*: Im „Report“⁴⁴ hat er es zwei Tage vor der Wahl gesagt. – *Lebhafte Unruhe*.)

Burgbacher: Wir sollten also auf Vorgänge, die außerhalb des Politischen liegen, wie das Konzil, mit allen Folgen auf die massenpsychologische Wirkung an sich berechtigter Gesetze mehr Bedacht nehmen, als wir bisher Bedacht genommen haben. (*Lebhafter Beifall*.)

Erhard: Herr Stoltenberg!

Stoltenberg: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Wir stehen noch unter dem Eindruck des großen Wahlerfolges vom vergangenen Herbst, der größer war als unsere Erwartungen aufgrund der Demoskopie. Nun haben wir eine Wahlniederlage acht Monate später im größten Bundesland. Das ist der Kontrast, der die öffentliche Diskussion bestimmen wird. Wenn auch in Nordrhein-Westfalen sicher schon im vergangenen Herbst eine Abweichung erkennbar war, so sind wir doch mit klarem Vorsprung die stärkste Partei bei der Bundestagswahl geblieben. Es ist interessant, daß die Demoskopie zweimal eine Niederlage erlitten hat. Das hängt damit zusammen, daß der Prozentsatz der Wähler, die an sich unentschieden oder nicht festgelegt sind, gewachsen ist. Wir müssen uns in Zukunft darauf einstellen, daß ein großer Prozentsatz der Wähler aus den Gründen, die hier klar genannt worden sind, seine Entscheidung von Fall zu Fall trifft, und zwar manchmal auch verhältnismäßig kurz vor der Wahl.

Ich glaube auch, daß die einzelnen Gesetze, wie das Haushaltssicherungsgesetz, das Stabilisierungsgesetz usw., einen gewissen Einfluß ausgeübt haben, aber letzten Endes nicht die Erklärung für diese Sache geben. Ich möchte darauf hinweisen, Herr Kollege Burgbacher, daß nach dem Haushaltssicherungsgesetz unter dem frischen Eindruck dieses Gesetzes vier Wochen später in Schleswig-Holstein die Kommunalwahlen waren.⁴⁵

43 Heinz Nordhoff (1899–1968), Diplom-Ingenieur; 1948–1968 Generaldirektor des Volkswagenwerks. – Vgl. FAZ vom 30. Juni 1966 „Nordhoff: Kapazitätserweiterung nicht mehr oberstes Ziel“.

44 Politisches Magazin der ARD seit dem 25. April 1966.

45 Am 13. März 1966 fanden Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein (CDU 45,1%, SPD 39,8%, FDP 9,8%, SSW 2,2%) und Bayern (CSU 40,2%, SPD 34,8%, FDP 2,9%, GDP 2%, BP 1,4%, NPD 1,4%) statt, vgl. AdG 1966 S. 12387.

Sie waren für uns ein großer Erfolg, vor allem in der Arbeitnehmerschaft in Hamburg und in der Gegend. Hier haben wir den Erfolg der Bundestagswahl noch ausweiten können, so daß man diese Dinge etwas differenziert sehen muß. Im Grunde konnte man also dieses Haushaltssicherungsgesetz vertreten.

Wir sind natürlich in einer schwierigen Lage; denn wir haben den schwierigeren Teil der Stabilisierungspolitik noch vor uns. Der Ausgangspunkt ist leider eine zu großzügige Ausgabenpolitik in den Jahren vor der letzten Bundestagswahl gewesen. Diese Hypotheken sind noch nicht abgetragen. Wie immer man den Haushaltsrahmen für das nächste Jahr setzen wird, ob man ihn etwas höher oder etwas geringer setzt, es ist bekannt geworden, daß es eben Milliarden nicht gedeckter Ausgaben oder unabweisbarer Forderungen gibt. Ich glaube, daß die Ungewißheit, die dadurch kommt, auch die Wahlentscheidung beeinflußt hat. Ich wäre glücklicher gewesen, wenn wir schon im Frühjahr weiter vorangekommen wären mit diesen Dingen. Das ist aus einer Reihe von Gründen nicht erfolgt. Dies hat man als eine gewisse Hypothek empfunden. Wir haben auch in den Bereichen, in denen wir trotz dieser schlechten Haushaltslage und der nicht gelösten Finanzprobleme auf Drängen unserer Freunde von Nordrhein-Westfalen zusätzlich Ausgaben in sehr großem Umfang beschlossen haben, nicht den Wahlerfolg errungen.

Man muß das klar sehen, wenn man hier vom Haushaltssicherungsgesetz oder von irgendwelchen Kürzungen spricht. Ich glaube, daß eine solche Politik, die ja leider in ihrem Hauptteil noch nicht abgeschlossen ist, dann von der Wählerschaft akzeptiert wird, wenn sie den Eindruck hat, daß sie einem klaren Ziel und einer konsequent folgerichtigen Aktion entspricht, nämlich mit dem entscheidenden Ziel der Stabilität.

Ich bin auch der Auffassung, daß das beherrschende soziale Thema die Stabilität des Geldes ist, die Erhaltung der Kaufkraft; jedenfalls eine starke Reduzierung dieser Entwicklung, die im letzten Jahr so rasch vorangegangen ist. Das ist das primäre soziale Problem der Innenpolitik. Wenn wir den Eindruck erwecken, daß in schwierigen Einzelentscheidungen diese Sache wirklich gefördert wird, werden wir auch zu einem Ergebnis kommen. Dazu gehört auch die personelle Solidarität. Man kann eine solche in vielen Punkten zunächst nicht populäre Politik eben nur durchziehen, wenn wir die personelle Solidarität im größeren Bereich bewahren. Das gilt auch für die CSU, wo wir einige Äußerungen mitten im Wahlkampf hatten, die uns die Sache nicht erleichtert haben.⁴⁶

Wenn der Herr Bundeskanzler mit Recht gesagt hat, daß die Organisation der Versammlungen unterschiedlich war, so kann ich aufgrund vieler Gespräche sagen, daß unsere Freunde, die ehrenamtlich zum großen Teil und ohne Staatsämter die Arbeit gemacht haben, die Lust verlieren, wenn dann in der entscheidenden Zeit eines solchen Wahlkampfes aus anderen Richtungen immer wieder erhebliche Störungen und Erschwerungen kommen. Das muß man auch hier einmal ganz deutlich sagen.

46 Strauß hatte verschiedentlich heftige Kritik an der Frankreich-Politik Erhards, u. a. in der Frage der Stationierung französischer Truppen in Deutschland geübt, vgl. „Welt“ vom 16. Mai 1966, „Weltwoche“ vom 24. Juni 1966.

Zum letzten! Gerade weil wir durch die sehr starken Vorbelastungen der früheren Jahre und die nicht gelösten Probleme unserer Finanz- und Ausgabenpolitik noch eine sehr schwere Wegstrecke in der Innenpolitik vor uns haben, ist die Frage, wie wir diese Politik der Wählerschaft verdeutlichen und glaubwürdig machen, der entscheidende Punkt. Da haben wir nach meiner Überzeugung drei entscheidende Handicaps, die sich ausgewirkt haben.

Erstens, daß unser energischer Einsatz überspielt wurde durch die Massenkommunikationsmittel, die überwiegend gegen uns gearbeitet haben. Diese ganze Politik der Stabilisierung ist nicht in das öffentliche Bewußtsein hineingekommen als eine entscheidende Politik, weil von den Massenkommunikationsmitteln gegen uns gearbeitet wurde und wird. Was nützt es uns, wenn wir in einer Stadt 100 oder, wenn es gut geht, 500 Zuhörer haben, aber in der gleichen Stadt sitzen 50.000 und mehr Leute vor dem Bildschirm und beziehen ihr Wissen aus „Panorama“ oder „Report“ und „Monitor“.⁴⁷ Dagegen kommen wir auf die Dauer nicht an.

Wenn ich einen ersten Vorwurf – ich bedaure, daß die Herren nicht hier sind – gegen unsere Leute in Nordrhein-Westfalen zu machen habe, dann ist es die Tatsache, daß wir trotz einer CDU/FDP-Regierung nicht die entsprechenden Mehrheitsverhältnisse in Rundfunk und Verwaltung haben. Der Westdeutsche Rundfunk ist ebenso schlecht geworden wie der Norddeutsche Rundfunk, wo wir eine rote Mehrheit haben.

Meine Damen und Herren! Wie lange wir das noch ertragen sollen, daß Woche für Woche in diesen Magazinsendungen von „Panorama“, „Monitor“ und leider auch „Report“ 60 Minuten lang diese Art der Meinungsbildung über das deutsche Volk niedergeht, dabei mindestens 20 bis 30 Minuten gegen die Bundesregierung und die CDU, und zwar in einer Zeit, wo die Politik schwieriger geworden ist, ist mir sowieso schleierhaft. Wir müssen in der Auswertung dieses Wahlergebnisses intern uns eine Meinung zu diesen Dingen bilden; denn es hat keinen Sinn, daß wir die Leute pauschal angreifen. Damit verbessern wir gar nichts. Wir müssen uns also intern eine Meinung bilden, wie wir die Situation in den Massenkommunikationsmitteln verbessern können.

Das zweite, was damit zusammenhängt, ist, daß die SPD die stärkere Parteiorganisation hat und vor allen Dingen im Ruhrgebiet eine unerhört starke Wirkung der Gewerkschaftspropaganda gegen uns zu verzeichnen gewesen ist. Diese Dinge sind in dem Prozeß der Meinungsbildung die Handicaps, die wir haben: Massenkommunikationsmittel, die stärkere Parteiorganisation der SPD und die unerhört starke Arbeit der gewerkschaftlichen Organisationen in den Betrieben gegen uns, die wir nicht mehr in genügendem Maße zu durchbrechen vermögen, und zwar in einer Zeit, in der die Politik objektiv schwieriger geworden ist. Das wird in den nächsten Monaten in der Innen- und Finanzpolitik noch verstärkt werden, wenn die Entscheidungen fallen. Darüber werden wir uns unterhalten müssen. Das gilt auch für die Deutschlandpolitik und andere Fragen. Deshalb sind Solidarität und vertrauliche und intime Zusammenarbeit unter uns das Ent-

⁴⁷ Magazinsendungen der ARD.

scheidende, damit wir aus dieser ständigen kontroversen Situation in der öffentlichen Diskussion herauskommen. (*Beifall.*)

Erhard: Herr Glup!

Glup: Meine Damen und Herren! Die Landespolitiker standen in den Augen der Wähler von Nordrhein-Westfalen gut da, aber die Bundespolitiker waren schlechter angesehen. Sind Sie der Meinung, daß man die Landtagswahlen in Zukunft vorwiegend als Landespolitiker bestreiten und die Bundespolitik ausklammern sollte? (*Lebhafte Unruhe und Zuruf:* Man kann es nicht!) Eines ist sicher: Wir werden auch in ländlichen Ländern wie Niedersachsen ein blaues Wunder erleben in der Landwirtschaft, wenn nicht die Industrie abgehalten wird, die industrielle Großveredelung an sich zu reißen. Das können Sie mir glauben. Betroffen sind hier die Masse der kleinen Betriebe. (*Anhaltende Unruhe.*) Was hier von seiten der Großindustrie angewandt wird, führt zu niederschmetternden Auswirkungen im Vertrauen auf die CDU. Glauben Sie mir das wortwörtlich. Wenn der Herr Rehwinkel hier seine Stimme sehr laut erhoben hat, dann war es einer dieser Gründe. Er kann nicht anders als Vertreter des Bauernverbandes, hier mahnend zu wirken. Wir müssen unbedingt nach Möglichkeiten suchen, um hier Abhilfe zu schaffen. Sie laufen Amok in den Reihen der Bauern, wenn das nicht aufhört. Wie Sie es machen, vermag ich nicht zu sagen. Ich bin nicht der Meinung, daß der Entwurf des Bundesagrarausschusses sehr glücklich ist in seinen Dimensionen.⁴⁸ Er ist nach meiner Meinung viel zu groß. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Wenn das verwirklicht würde, käme dabei nichts anderes heraus als ein großer Wasserkopf. Es würden einige wenige den Mut aufbringen, Kapital zu investieren.

Ich will weiter sagen, es hat hier angeklungen, daß die SPD von langer Hand den Boden vorbereitet hat. Wir haben im nächsten Jahr in Niedersachsen Landtagswahlen.⁴⁹ Den Boden bereiten, heißt Kleinarbeit leisten, um den Boden aufnahmefähig zu machen für den Wahlkampf. Wie ich beobachtet habe, hat sich das System im Wahlkampf geändert. Wir sollten uns jetzt schon daran machen, die Parteiarbeit zu straffen. Wir wollen klar andeuten und hier nicht in Disziplinlosigkeit verfallen, der eine nach links und der andere nach rechts. Wir sollten gut vorbereitet in den niedersächsischen Wahlkampf gehen. Dazu gehört, daß die Persönlichkeiten aus dem Bund und den Ländern auch Zeit haben für diese unerhört mühselige Arbeit. Wir können auf der unteren Ebene unsere Leute nicht mehr zusammenbringen, wenn der Faden nach oben nicht deutlicher gemacht wird. Wir gebrauchen in den Ländern eine intensivere Kleinarbeit, zuerst in der Landesspitze, dann aber auch in den Kreisen und in den Ortsverbänden. Da muß die Arbeit geleistet werden. Die Ortsvorstände müssen das Gefühl haben, daß sie das ganze Jahr hindurch gefragt sind. Beachten Sie das, was Herr Rehwinkel vielleicht übertrieben dargestellt hat, aber es ist das Grundanliegen der CDU. (*Anhaltende starke Unruhe.*)

48 Das Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesausschusses für Agrarpolitik am 25. März 1966 und die „Agrarpolitischen Empfehlungen der CDU“ in ACDP 07-001-405/4. Zur Agrarpolitik der Regierung Erhard vgl. KLUGE S. 15-33.

49 Am 4. Juni 1967.

Erhard: Herr Gerstenmaier!

Gerstenmaier: Meine verehrten Damen und Herren! Es ist natürlich nicht sehr einfach, nach geschlagener Schlacht nun in eine Diskussion einzutreten. Das meiste, was gesagt wurde, ist richtig, aber es ist doch eine Summe von Einzelheiten. Wenn ich mich bemühe, diese Einzelheiten zusammenzufassen oder wenigstens einen roten Faden in ihnen zu finden, dann scheinen mir zwei Punkte, die der Herr Altbundeskanzler in die Diskussion gebracht hat, von großer Bedeutung zu sein. Ich werde mir erlauben, noch einen dritten hinzuzufügen.

Meine Damen und Herren! Ich habe in eigentlich sehr friedfertig und anregend verlaufenden Wahlversammlungen gesehen, daß eine ziemlich große Ratlosigkeit des Bundesbürgers einem gegenübertritt, wenn man die Leute auf gleich und gleich anspricht, d. h. wenn man nicht als Lehrmeister aus Bonn kommt oder als Mann, der à tout prix die Macht nach Hause schleppen will, aber wenn man versucht, sich mit ihnen solidarisch zu machen insofern, daß man sich in ihre meist verschwiegenen – in Wanne offen zum Ausbruch gekommenen⁵⁰ – Existenzängste hineinstellt. Hierbei habe ich die Beobachtung gemacht, daß eine Ahnung davon besteht, daß auch in diesem Land große Strukturveränderungen unvermeidlich sind und daß man auch den guten Willen hat, diese Strukturveränderungen anzuerkennen, nachdem wir versucht haben, dies so human wie möglich zu machen. Ich denke z. B. an die Kohlenhilfe⁵¹ usw. Das wird bis zu einem gewissen Grade honoriert, aber es ist doch der Zweifel im Wachsen, ob die CDU in ihrer derzeitigen Verfassung an Haupt und Gliedern in der Lage ist – meist halbbewußt oder unterbewußt und nur wenigen nur ganz klar bewußt –, das Grundproblem der großen Strukturveränderungen der Wirtschaft zu lösen. Jedenfalls ist das Bewußtsein da, daß die Strukturveränderungen unvermeidlich sind. Das kann doch auch der Herr Rehwinkel überhaupt nicht in Frage stellen. Kein Bergarbeiter, der noch für 5 Pfennig denkt, kann in Zweifel ziehen, daß man einfach Kohle auf Halden schüttet und von vornherein draufzahlt. Das wissen doch die Leute, nur sehen sie nicht ganz klar, ob sie nun die ganze Zeche schließlich und endlich bezahlen müssen, oder ob es eine hinreichende Solidarität der Nation gibt und ob diese Solidarität, wenn es sie gibt und wenn das gut gemeint ist, sich auch praktisch, technisch, politisch, wirtschaftlich durchgreifend und haltbar in die

50 Auch die Wahlkundgebung Erhards in Wanne-Eickel wurde durch pausenlose Sprechchöre gestört, vgl. „Iserlohner Kreisanzeiger“ vom 7. Juli 1966 „Erhard brach Wahlrede ab“; Interview der „Westfalenpost“ (Hagen) vom 8. Juli 1966 mit Erhard zu den Störaktionen im Verlauf seiner Wahlreise durch Nordrhein-Westfalen: „Die Grundlagen sind unerschütterte“; dpa vom 8. Juli 1966 „Kontroverse zwischen Kanzler und SPD um Störaktion bei Wahlkundgebung“. Zum Verlauf des Wahlkampfs vgl. HENTSCHEL S. 620f.

51 Durch die wachsende Einfuhr preiswerten Erdöls war bereits seit 1958 der Steinkohleabsatz rückläufig, was im Ruhrgebiet zu erheblicher Unruhe, zu Struktur Anpassungsbeihilfen und Subventionsmaßnahmen führte. Die erste direkte öffentliche Subventionierung erfolgte durch die Gründung des „Rationalisierungsverbandes“ zum 1. September 1963 (vgl. ABELSHAUER S. 106). Von 1958 bis 1968 erhielt der Bergbau 10,5 Mrd. DM nicht näher spezifizierte Subventionen, vgl. Wolfhard WEBER: Energiewirtschaft in Nordrhein-Westfalen. Landesgeschichte im Lexikon. Düsseldorf 1993 S. 102–104.

Zukunft hinein verwirklichen läßt, und zwar geht es darum, ob sie von uns verwirklicht werden kann, oder ob das am Ende die anderen besser machen.

In dieser Wahl ist zum erstenmal klar geworden, daß viele von denen, die 20 Jahre lang CDU gewählt haben, bereit sind, von der Parole, die ihr Verhalten an der Wahlurne mit bestimmt hat, abzurücken beginnen von der Meinung, daß die SPD eine Katastrophe sei. Sie sagen jetzt, anscheinend ist also die SPD am Ende doch nicht bloß eine Katastrophe, sondern eine Alternative, und wir wollen es einmal mit ihr probieren. Das ist doch exakt die Situation. Das ist keine Beschönigung, meine Damen und Herren, ich trete weder für die Dramatisierung noch für die Banalisierung oder Verharmlosung dieses Ereignisses von gestern ein. Aber ich glaube, daß viele dieser Arbeiterstimmen, die uns gestern verloren gingen – hier muß ich auch ein Wort der Entschuldigung für die katholische Kirche sagen –, die jetzt „Sozis“ wählten, sich gesagt haben, deshalb sind wir noch lange nicht „Sozis“ und noch lange nicht eingeschworen auf die SPD, aber wir wollen denen in Bonn und in Düsseldorf sagen, ihr müßt euch mehr anstrengen, ihr müßt produktiver sein oder, wenn ihr schon produktiv seid, müßt ihr es schneller machen. Wenn ihr spurt und wenn wir sehen, daß ihr doch die stärkere Kraft seid bei der Bewältigung der vor uns stehenden großen Aufgaben, dann kehren wir wieder zu euch zurück.

Ich glaube, meine Damen und Herren, daß das auch in diesem Wahlergebnis noch drin ist, daß nämlich bei einem nicht geringen Teil dieser mehr als 6% soundso viele sind, die eine Art Versuchsinvestition bei der SPD gemacht haben, aber einstweilen nur eine Versuchsinvestition. Ich bringe diesen Punkt deshalb, weil der nach meiner Überzeugung von den Freunden in Düsseldorf auf das genaueste überlegt und berechnet werden muß bei der Frage, was sie denn nachher tun sollen in der Regierungsbildung.

Der Herr Altbundeskanzler hat noch einen anderen Punkt angesprochen, der mir wichtig erscheint. Das ist eine Frage, die bei uns seit Jahren politisch im argen liegt. Nicht prinzipiell, nicht programmatisch, aber praktisch hat sich diese Partei, so wie sie ist, auf den Weg der Säkularisierung wie selbstverständlich und harmonisch mitnehmen lassen. Wir sind in einer Weise konformistisch geworden, daß ich manchmal sagen muß, sehr viel Respekt können wir dabei vor uns selber nicht haben. Dieser Konformismus, dieses Konformgehen mit allen und jeden Säkularisierungstendenzen ohne profilierten und erkennbaren Widerstand bis ins Irrationale hinein, hat also nun wirklich viele Leute beeinflußt, die sich sagen, vielleicht wären wir mit unserer Interessenlage bei der SPD besser aufgehoben; aber wir werden nie SPD wählen, weil wir – wie man im katholischen Bereich sagt – weltanschaulich fest orientiert und klar gebunden sind, wie man im evangelischen Bereich sagt, weil wir wissen, daß der Christ aus dem Glauben lebt und sich in dieser Welt bewähren muß. Das sind zwar zwei verschiedene Vokabeln, sie meinen aber praktisch das gleiche. Kurz und gut, wir haben diese Kräfte, die dergestalt sich über die Interessengegensätze hinaus auch im politischen Raum rational, irrational, jedenfalls über soziologische Impulse hinaus an uns orientieren, in den letzten Jahren nicht besonders produktiv angesprochen, im Gegenteil, wir sind der Gesamtoffensive des Säkularismus weithin begegnet mit Konformismus statt mit einem klaren und präzise formulierten Widerstand.

Das Ergebnis war, daß wir in unserer eigenen Partei in zunehmenden Maße – das hat sich auch in der Fraktion gezeigt – Schwierigkeiten bekommen haben. Ich denke daran, welche großen inneren Schwierigkeiten, Herr Bundeskanzler, wir in den Jahren von 1949 bis 1953/54 gehabt haben, als wir noch nicht selber ganz sicher waren und wir uns fragten – erlauben Sie mir, daß ich es etwas salopp sage –, hat denn nun der Ludwig Erhard mit seiner großen Wirtschaftsentscheidung recht oder unrecht. Aber wir haben dann schließlich gesagt, wir riskieren es, ihm zu folgen mit seinem Risiko der Sozialen Marktwirtschaft. Warum haben wir das getan? Weil wir sicher waren, daß es so und soviel irrationale Kräfte in dieser Fraktion und Partei gibt, die über virulente Interessengegensätze und Meinungsverschiedenheiten hinaus von solch verbindender Kraft sind, daß wir auch immer wieder mit diesen großen sachlichen Meinungsverschiedenheiten fertig wurden und auch fertig geworden sind.

Meine Damen und Herren! Ich erinnere daran, daß Herr Brandt erklärt hat: Der Barzel sagt in Washington hü⁵², der Strauß sagt in London hott⁵³, und in Bonn haben sie einen, der heißt Hase⁵⁴ und weiß von nichts. Nun wird es endlich Zeit, daß wir der Welt sagen, was Deutschland will. – Es hat jeder einmal eine schwache Stunde, aber diese schwache Stunde war sehr schwach für den Oppositionschef. Ich habe den Spieß umgedreht und gesagt, wenn die Opposition aufhört, Alternativen vorzulegen, dann werden wir unsere Kraft dahin beweisen, daß wir kräftig genug sind, alternativ zu denken und selber im Interesse der Sache vorzustoßen.

Aber kurz und gut, ich warne davor, hier auf billige Harmonisierung zu gehen. Ich denke, daß eine sich christlich nennende Partei allen Anlaß hat, unablässig daran zu arbeiten, um diese rein rationalen Interessengegensätze zu überwinden und somit die konstruktive Grundgesinnung zu pflegen und zu stärken. Das brauchen wir, solange wir CDU heißen. Das ist eine große Chance, die die anderen Parteien nicht haben. Wir sind aber in den letzten Jahren an diesem Punkt nicht gerade besonders konstruktiv gewesen. Ich glaube, daß wir da ziemlich konformistisch geworden sind gegenüber den anderen Parteien. Das ist wohl auch eines der Geheimnisse, warum sich die Frauen stärker haben mitnehmen lassen in dieser Landtagswahl von der SPD, als dies eigentlich von uns erwartet werden konnte. Sicher hat auch die unbegründete Dramatisierung der Exi-

52 Barzel hielt am 16. Juni vor Angehörigen der deutschen Botschaft in Washington und am 17. Juni 1966 vor Mitgliedern des „American Council on Germany“ in New York eine deutschlandpolitische Rede, vgl. AAPD 1966 Nr. 198. – Zur Diskussion über die Auswirkungen der Rede Barzels in der Fraktionssitzung am 21. Juni 1966, vgl. CDU/CSU-FRAKTIONSprotokolle S. 1845–1869. Vgl. auch TASCHLER S. 48 f.; SPD-FRAKTIONSprotokolle S. 905 Anm. 2. Vgl. auch Anm. 101.

53 Strauß hielt am 17. Juni 1966 eine Rede vor dem „Royal Institute of International Affairs“ über Wiedervereinigungspolitik unter gesamteuropäischen Aspekten, vgl. EUROPA-ARCHIV 1966 D 396–403.

54 Karl-Günther von Hase (geb. 1917), Diplomat; 1951 Auswärtiges Amt, 1962–1967 Staatssekretär und Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 1967–1969 Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, 1970–1977 Botschafter in London, 1977–1982 Intendant des ZDF.

stenzangst durch die SPD dazu beigetragen. Aber sicher hat auch dazu beigetragen, daß die Frauen sich nicht mehr so ohne weiteres und so selbstverständlich durch das Bewußtsein angesprochen fühlen, in der CDU ist ein irrationales, kräftiges innerlich verbindendes Element vorhanden. Die Frauen haben bis jetzt dieses Element in seiner wirklich humanen Bedeutung spontaner erfaßt, als es die Männer im allgemeinen getan haben. Es gibt Leute bei uns, die halten das für eine Schwäche. Ich halte es für eine Dummheit. Die Frauen haben hier vollkommen erfaßt, daß eine so strukturierte Partei, die auf irrationale Quellen zurückgreifen kann, ein humanes Element von konstruktiver Bedeutung hat, und zwar viel mehr als die anderen Parteien. Ich frage, was hat man an diesem Punkt getan?

Nun ist der Vorschlag gemacht worden, eine Analyse zu machen. Ich habe nichts dagegen; ich bin dafür, aber, meine Damen und Herren, wie wir uns selber verstehen und wie wir die Realität sehen, wird sich auch bei dieser Analyse erweisen, wie wir dann diese irrationalen Bezirke ausleuchten, um sie politisch wieder in Form und Griff zu bekommen.

Deshalb bleibt uns bloß vom Halse mit einer sozusagen flachen und soziologischen Wahlanalyse herkömmlicher Prägung. Hier ist bei der Betrachtung von uns selbst, bei der Untersuchung unseres Selbstverständnisses, wie wir uns also selber verstehen, etwas mehr verlangt und etwas mehr gefordert. Deshalb wäre ich dankbar dafür, wenn bei dieser Analyse diese Hintergründe und dieses Selbstverständnis und Selbstbewußtsein unserer Partei genau durchexerziert würden. Ich halte dafür, daß in unserem „C“ und in der CDU nicht nur ihrem Herkommen nach, sondern auch in dem, was immer noch lebendig ist, ein Plus, eine Kraft und ein Mehr liegt als das, worüber alle anderen Parteien verfügen. Warum sollen wir uns nicht stellen? Warum sollen wir nicht den Versuch machen, jedenfalls etwas mehr damit anzufangen als in den vergangenen Jahren? (*Lebhafte Beifall.*)

Erhard: Frau Kollegin Schwarzhaupt!

Schwarzhaupt: Meine Damen und Herren! Wir haben in Hessen im November Landtagswahlen.⁵⁵ Ich halte etwas von der Analyse, die gemacht werden soll. Ich bitte Sie, diese möglichst so frühzeitig vorzulegen, damit wir sie für unsere Wahl in Hessen benutzen können. Dabei bitte ich, einen Punkt zu beachten, nämlich die Nichtwähler. Ich glaube, daß die Gruppe der Nichtwähler das Ergebnis in Nordrhein-Westfalen dadurch verschleiert, daß frühere Nichtwähler wie die Deutsche Friedensunion und die versteckten Kommunisten, die jetzt gewählt haben, zu einer Erhöhung der Wahlbeteiligung beigetragen haben, während wahrscheinlich eine ganze Gruppe von Leuten, die uns bisher gewählt haben, nicht zur SPD, sondern zu den Nichtwählern gegangen sind.

Diese Frage halte ich für wichtig und interessant. Ich bitte, auf diese Frage bei der Wahlanalyse etwas abzuheben. Immerhin ist es leichter, die Nichtwähler, die aus Resignation nicht gewählt haben, wiederzugewinnen, wenn sie im Prinzip zu uns gehören,

⁵⁵ Am 6. November 1966.

als solche, die sich in etwa prinzipiell für die SPD entschlossen haben, was ich aber gar nicht bei sehr vielen glaube.

Der zweite wichtige Punkt für die hessische Wahl wäre der, daß etwas über eine Prüfung der Wahlkampfmethodik vorliegt. Dabei bitte ich zu differenzieren zwischen Frauenveranstaltungen und anderen. Wenn gesagt worden ist, daß allgemeine Veranstaltungen und Versammlungen weniger sinnvoll sind, so möchte ich das doch ein bißchen bezweifeln. Ich halte Versammlungen gar nicht für so schlecht. Ich bin der Meinung, daß Frauenveranstaltungen wirksam sind, ob da nun ein Mann oder eine Frau redet. Ich bitte, bei der Analyse auch auf diese Frage einzugehen.

Es wäre für den hessischen Wahlkampf sehr wichtig, wenn es gelänge, die Sparpolitik der Bundesregierung von ihrer positiven Seite zu zeigen, was beim Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen offenbar nicht genügend gelungen ist. Gerade in Hessen, wo wir schon seit Jahren in der Opposition sind, ist es mit landespolitischen Problemen außerordentlich schwer, einen Wahlkampf zu machen, aber wir können gerade die hessische Landesregierung, die sich in bezug auf Sparsamkeit und Geldausgabe sowohl im Lande wie in den Gemeinden vieles geleistet hat, angreifen, wenn es uns gelingt, die Sparpolitik der Bundesregierung von ihrer positiven Seite her aufzuzeigen.

Das wird auch z. T. daran liegen, wie sich das in den nächsten Monaten in der Bundespolitik entwickelt. Ich glaube, daß das sehr entscheidend für die hessischen Landtagswahlen sein wird. Gerade in der besonderen Situation, in der die CDU dort steht, die schon so lange Zeit in der Opposition ist, wird die Bundespolitik wichtiger sein als in Nordrhein-Westfalen.

Erhard: Herr Kollege Katzer!

Katzer: Meine Damen und Herren! Wir dürfen dieses Ergebnis nicht bagatellisieren. Das Beängstigende dieses Ergebnisses ist der Tatbestand, daß wir in keiner Großstadt, sei es Köln, Düsseldorf, Essen usw., ein Direktmandat bekommen haben. Ebenso beängstigend ist der zweite Tatbestand, daß wir nicht nur in den Großstädten verloren haben, sondern auch auf dem flachen Land zurückgegangen sind. Das sind Dinge, denen wir nachgehen müssen. Es ist sehr wichtig, daß von dieser heutigen Sitzung nach draußen ein klares Kommuniqué nach vorn hin gerichtet herausgeht. Unsere Konsequenzen sind nach meiner Meinung die: Die SPD baut auf auf der Kommunalpolitik. Das, was die SPD im kommunalpolitischen Raum vor vier Jahren errungen hat, war so, daß sie dazu erklärte: Probieren wir es mal. Es ist gutgegangen, und bums, jetzt sind aus dem Flugsand von gestern direkte Stammwähler von heute und morgen geworden. Deshalb müssen wir der Kommunalpolitik eine ganz besondere Bedeutung beimessen. Ich möchte das hier anregen.

Zur Wahlanalyse möchte ich Herrn Präsidenten Gerstenmaier beipflichten. Daß wir wieder ein dickes Buch bekommen, erfordert zwar viel Arbeit, aber das langt nicht. Es muß hinzukommen die Klarlegung unseres eigenen Standpunktes. Wenn ich richtig sehe, ist es so, daß wir uns davor immer wieder herumgedrückt haben, indem wir erklärten, was heißt hier Programm, wir haben unsere Leistungen. Wir brauchen kein Programm, und wer das noch nicht begriffen hat, der soll nach Hause gehen. So ungefähr

war es doch. Ich glaube, daran werden wir auf die Dauer nicht vorbeikommen, dies mit der Wahlanalyse zu verbinden.

Wenn die Wahlanalyse erstellt ist, müssen wir ein Gremium haben, das sie sorgfältig durcharbeitet. Hierbei sollten drei Punkte besonders beachtet werden.

Erstens die Frauen. In Köln wird von den Männern und Frauen getrennt gewählt. Ich habe aus einigen Stimmbezirken einen beängstigenden Anstieg der SPD-Wähler auch bei den Frauen gehört; sogar im Bereich von Klettenberg, wo ich dies nicht für möglich gehalten hätte. Hier gab es bei den Frauen nur noch eine ganz schwache Mehrheit. Dasselbe gilt für die Siedlung Stegerwald im rechtsrheinischen Köln. Auch dort ist nur noch eine ganz schwache Frauenmehrheit vorhanden. Das ist natürlich ein Punkt, der beängstigend ist; denn wir wissen alle, die Frauen waren bisher immer unsere besten Wähler.

Wir müssen zweitens auf die katholischen Wähler sehen. Wir müssen drittens sehen auf die katholischen Arbeiterwähler. Es ist gar kein Zweifel, daß wir in der Arbeiterschaft Verluste hingenommen haben. Ich stimme Herrn Kollegen Schmücker zu. Die Gewerkschaften sind nicht gerade unsere Wahlhelfer, (*Zuruf*: Waren sie noch nie!) waren sie noch nie, aber wir werden gewerkschaftspolitisch auch einige Konsequenzen zu ziehen haben, und es ist gut, unsere Position hier zu stärken, als daß wir uns gegenseitig zerfleischen und den anderen noch die Kühe in den Stall treiben. (*Unruhe und Bewegung und Heiterkeit*.) Das zweite, Herr Kollege Schmücker, muß man auch einmal sagen. Die Haltung verschiedener führender Unternehmer innerhalb dieser Wahlauseinandersetzungen, die kann doch nicht mit Dummheit gedeutet werden, sondern die muß doch so gedeutet werden, daß man daran denkt, was Herr Nordhoff gesagt hat. Das ist doch bewußt zu diesem Zeitpunkt hineingeworfen worden in die große Panikmache der SPD. Dasselbe gilt für die Söhngen-Rede; das gleiche gilt auch für die Entlassungen bei Krupp.⁵⁶ Es hat kaum ein Bergwerk gegeben, wo ich nicht gesprochen habe, und es gibt kaum eine Auseinandersetzung dort, wo die Unternehmer nicht durch solche Machenschaften genau in dieses empfindliche Instrument, nämlich in die Existenzangst, hineingeblasen haben.

Mit der Kohle allein wären wir fertig geworden. Das soziale Strukturprogramm ist gut angekommen. Unsere Maßnahmen sind gut gewesen.⁵⁷ Aber was schwierig war, ist doch, daß zur gleichen Stunde die Geschichte mit dem Stahl hineingeblasen und eine Art Weltuntergangsstimmung gemacht wurde. Wenn einer arbeitslos wurde, dann wurde so getan, als ob die ganze Welt unterginge. Ich beurteile, Herr Kollege Stoltenberg, die Frage des Stabilisierungsgesetzes und des Haushaltssicherungsgesetzes anders als

56 Von der Kohlekrise war auch die Stahlindustrie massiv betroffen, was auch bei Krupp zu Entlassungen führte. Die Stahlindustrie war in Schwierigkeiten geraten, da sie – bedingt durch die Maßnahmen zum Schutz der deutschen Steinkohle – keine billigere amerikanische Koks-kohle beziehen durfte, vgl. „Bonner Rundschau“ vom 16. Juli 1966 „Bonner Planspiele mit der Koks-kohle“.

57 Der Bundestag hatte das „Gesetz zur Sicherung des Kohleeinsatzes in der Elektrizitätswirtschaft“ verabschiedet, vgl. BULLETIN Nr. 90 vom 8. Juli 1966 S. 717–720.

Sie. Ich neige da mehr Herrn Professor Burgbacher zu. Für Sparen ist sicher jeder, aber das Empfindliche bei unserem Haushaltssicherungsgesetz war doch – und das ist mir in jeder Versammlung entgegengebracht worden –, daß man unmittelbar vor den Wahlen etwas versprochen hat, was man unmittelbar nachher wieder korrigiert hat. Das hat zu einem Vertrauensschwund geführt, zu einem ganz erheblichen Vertrauensschwund. Ich sage das deshalb, weil das Kabinett jetzt wiederum dabei ist, solche Experimente vorzulegen.

Ich möchte hier sagen, wir sollten uns sehr überlegen, daß wir uns nicht zu Tode sparen und dann der nachfolgenden SPD-Regierung einen ausgeglichenen Haushalt in die Tasche geben. Ich bitte tausendmal um Entschuldigung, ich sage das nicht nur nach dem Wahlergebnis, sondern habe es schon vorher erklärt.

Es ist meine Meinung seit eh und je, daß wir herauskommen müssen aus dieser Stagnation, daß man dem Volke draußen zeigen muß, es wird jetzt nicht nur abgebaut, sondern es wird eine Linie nach vorn gegeben. Diese zwei Dinge sollten heute hier angesprochen werden.

Wir sollten klar bekennen, daß wir diese Wahl verloren haben und nicht mehr einen Schuldigen suchen, sei es in Düsseldorf oder hier oder wo auch immer. Ich halte auch nichts davon, daß man durch die Reihen in Nordrhein-Westfalen geht und sagt, die Bundesregierung hat die Wahl verloren. Warum hat man uns denn gebeten? Wir hätten doch unsere Gesundheit schonen können und dem Lande zugleich einen Dienst erwiesen, wenn wir weggeblieben wären. Das kann man also nicht hinterdrein interpretieren. Dann wären wir doch besser zu Hause geblieben. Wir sollten uns also diesen Schwarzen Peter nicht gegenseitig zuschieben.

Wir sollten, ohne daß wir diese Niederlage zu vertuschen suchen, klar sagen, daß der Mehrzuwachs der SPD auf die DFU-Stimmen zurückzuführen ist. Das ist ein Punkt, der zu wenig in der Diskussion und in der Öffentlichkeit hervorgehoben wird. Die große Presse sowie Rundfunk und Fernsehen verschweigen dies.

Ich möchte einen letzten und entscheidenden Punkt sagen. Es war in der Vergangenheit so, daß wir fast alle Wahlen entscheidend mit der Außenpolitik gewonnen haben. Das bedeutet für uns, daß die Unsicherheit über unsere außenpolitische Haltung endgültig beigelegt werden muß, wenn wir nicht die nachfolgenden Wahlen verlieren wollen. Die Geschichte zwischen Gaullisten und Atlantikern muß heraus!⁵⁸ Ich weiß zwar nicht, wie wir das machen, dann müssen wir uns eben einmauern oder weiß der Kuckuck was, aber wir müssen eine ganz klare außenpolitische Grundlage haben, sonst fängt das Vertrauen des Wählers zu uns an, so zu zerreißen, daß wir 1969 bei der Wahl gar nicht mehr anzutreten brauchen. Ich würde mich freuen, wenn man diesen vorgetragenen Punkten entgegenkäme, indem wir mit dem Blick nach vorn unseren Wählern sagten, daß wir begriffen haben, was die Stunde geschlagen hat. (*Lebhafter Beifall.*)

Erhard: Bitte sehr, Herr Scheufelen!

Scheufelen: Meine Damen und Herren! Bei den Kommunalwahlen in Baden-Würt-

⁵⁸ Vgl. MARCOWITZ S. 177–222; TASCHLER S. 32–45; Günter BUCHSTAB: Zwischen „Zauber und Donner“. Die CDU/CSU und de Gaulle, in: LOTH/PICHT S. 95–107.

temberg⁵⁹ hat sich herausgestellt, daß unsere Methoden in der Erfassung des Wählers in den Städten bis zu 150.000 Einwohnern noch ausreicht. Dort konnten wir unsere Position weiterhin verstärken. Aber wir sind keineswegs an die Großstädte herangekommen. In Nordrhein-Westfalen sind die Großstädte derartig massiert, daß die Landkreise dazwischen vielfach nicht mehr als Landkreise anzusprechen sind. Und hier kommen wir einfach gegen die Massenpublikationsmittel nicht an; wir sind glücklich, wenn wir in einer Großstadt eine Versammlung von 50 Leuten zusammenkriegen, auch wenn ein Bundesminister spricht. Es ist eine Erscheinung, die wir schon bei den vorhergehenden Wahlen feststellen mußten. Deswegen muß uns etwas einfallen, wie wir wieder an die Großstädte herankommen.

Ein wirklicher Grund der schlechten Wahlbeteiligung für uns liegt beim Kaufkraftschwund, der bei den Hausfrauen sehr stark zu Buche schlägt. (*Sehr starke Unruhe.*) In den Großstädten erfassen wir einfach die Bevölkerung nicht; was die Frauen angeht, müssen wir wieder zu einer besseren Kaufkraft kommen. Wenn wir das nicht schaffen, sehe ich schwarz für uns.

Erhard: Herr Blank!

Blank: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich zum Wort gemeldet, weil ich doch einiges, das aus den Ausführungen meines Freundes Gerstenmaier herauszuklingen schien, mir nicht zu eigen machen kann. Das ist die vorübergehende politische Investition. Ich begrüße die Analyse, aber allzuviel erwarte ich mir davon nicht. Es kann ja nicht mehr sein, als daß man das ganze statistische Zahlenmaterial aufarbeitet, um es dann leichter lesen zu können. Aber schon das, was heute vorliegt, ist immerhin in einer groben Analyse sehr leicht darzutun. Darf ich das mal tun?

In unseren früheren Hochburgen im gesamten Aachener Land und Umgebung mit einem klaren konfessionellen Gebiet sind die Verluste 5% und mehr. Sie haben keinen direkten Abgeordneten mehr im ganzen Kölner Bereich, nicht in Krefeld, in Moers, in Düsseldorf, im Landkreis Düsseldorf-Mettmann, in Wuppertal, Remscheid, Solingen, Essen – mit der einen Ausnahme –, in Duisburg, in Recklinghausen über Gladbeck, Bottrop, Gelsenkirchen, ganz Dortmund, Castrop-Rauxel, Unna, Hamm über Iserlohn bis nach Altena. Und was bleibt uns übrig? Das will ich Ihnen darlegen.

Meine Damen und Herren! Wir haben Glück gehabt; denn wir haben einen Rückgang von 3,6% an Wählerstimmen. Aber wir haben ein Minus an Kandidaten von 10,4%. Das hängt mit folgendem zusammen: Wir wählen 150 Abgeordnete direkt und lassen zur Geltung kommen die Reservestimmen in einem Bereich von 50 Abgeordneten. So kam es, daß die SPD 99 direkt gewählte Abgeordnete hat, keinen Reservemann; wir haben 51 direkt gewählte Kandidaten, 35 Reserveleute; die FDP hat 15 Reserveleute. Wenn ich mir jetzt vorstelle, daß das noch ein wenig mehr eingeengt würde, oder wenn ich ins Extrem gehe, rein mathematisch gesehen, und wir hätten nur das absolute Mehrheitswahlrecht, dann wären wir am Boden zerstört. (*Gerstenmaier:* So war es nicht!) Das habe ich auch gar nicht behauptet. Du hast gesprochen von einer vorüberge-

⁵⁹ Vgl. Nr. 2 Anm. 68.

henden Investition. Nun stellen wir einmal ganz nüchtern fest, was war los. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Ich habe Dutzende von althergebrachten Wahlversammlungen abgehalten, wo die Leute sich freuten und sagten, nun ist endlich mal einer da, nun muß er Zeit haben, um mit uns zu diskutieren. Ich kann sagen, mit einer einzigen Ausnahme, wo ein paar FDP-Leute waren, ist das im wesentlichen sehr positiv verlaufen. Aber was wollten die Leute? Denen ging es nicht um die Landespolitik, mit einer Ausnahme im Münsterland, wo in den kleinen Dörfern wegen der Aufhebung der Schulen und unter Umständen lokale Dinge eine Rolle spielten, haben die anwesenden Kollegen, die Landtagskandidaten, ihr Können und Wissen gar nicht an den Mann bringen können. Schon von der Größenordnung her ist es so: 30% der gesamten Bevölkerung der Bundesrepublik wohnen in Nordrhein-Westfalen. Fast ein Drittel des Sozialprodukts wird dort erarbeitet. Da wird auch der Gutwilligste nicht behaupten können – ich suche jetzt gar nicht nach einem Schuldigen –, daß, wenn es z. B. eine Kohlenkrise gibt, dies eine Landesangelegenheit wäre oder daß der Kaufkraftschwund eine Landesangelegenheit wäre, sondern für die Männer und Frauen da draußen stellt sich das so dar, sie sind im Augenblick – das stelle ich ganz nüchtern fest – unzufrieden mit der Politik. Und das ist für sie im Lande Nordrhein-Westfalen nach seiner ganzen Struktur schlechthin Bundespolitik. Das ist sie sogar dann, wenn sie in einem Detailfall ihnen erklären: Lieber Freund, was willst du eigentlich, mit der Frage haben wir gar nichts zu tun.

Und hier denke ich nach vorn. In drei Jahren haben wir Bundestagswahl. Nun übertragen Sie einmal diese Zahlen. Solche Trends setzen sich bekanntlich noch eine Zeit lang fort. Wie sehr Du unrecht hast, Eugen, will ich Dir an folgendem dartun. Der Kollege Winkelheide⁶⁰ kann mich Lügen strafen. Wir haben gegenwärtig einen erstaunlichen Rückgang bei einer der festgefügtesten politischen Gruppe, die wir je in Deutschland gehabt haben, die in der Weimarer Republik und in der Nazizeit kaum angeknabbert war, nämlich bei den Mitgliedern der Katholischen Arbeitervereinsbewegung. Ich will jetzt gar nicht versuchen, im einzelnen darzustellen, woher das kommt, aber das erklärt mir die Tatsache, daß wir in den ganzen Städten überhaupt keine Abgeordneten mehr bekommen, weil wir diese Wähler, die uns früher trugen, nicht mehr haben.

Meine Damen und Herren! Man soll nicht prophezeien, aber ich hatte Ihnen gesagt, Herr Bundeskanzler, daß die Wahl verlorengehe. Wir haben 1958 zum erstenmal zu tun gehabt mit der sogenannten Kohlenkrise.⁶¹ Wir haben dann etwas getan und die Sache aufgeschoben. Wir haben 1962 just zur Landtagswahl die Kohlenkrise gehabt. Wir haben etwas getan und die Sache aufgeschoben. Wir haben 1966 denselben Vorgang gehabt. Dankenswerterweise haben sich viele Leute bemüht, und wir haben den Streik verhindert, aber was wir nicht verhindern konnten, war, daß wir uns seit 1958 mit ei-

60 Bernhard Winkelheide (1908–1988), Maschinenschlosser; 1929–1935 Jugendsekretär der Katholischen Arbeiterbewegung (KAB) in der Diözese Münster, 1946 Diözesansekretär für die Arbeitervereine im Bistum Münster, 1946 CDU, 1949–1972 MdB, 1955 Mitgründer und 1959–1962 Vorsitzender der Christlichen Gewerkschaftsbewegung Deutschlands, 1965–1972 Verbandsvorsitzender der KAB. Vgl. LEXIKON S. 403.

61 Vgl. Anm. 51.

nem Problem herumschlagen, das sich sehr wohl in seiner Schwere hätte in acht langen Jahren wesentlich mindern lassen. Das beweist doch z. B. die Tatsache, daß es gelungen ist, im Bochumer Raum bei der Stilllegung von Zechen dieses Problem zu lösen. Das alles ist gekommen, weil wir die Leute acht Jahre lang durch einen solchen Unsicherheitsprozeß gezogen haben. Sind das keine Menetekel gewesen, daß katholische Pfarrer sich an Protestmärschen beteiligen, und dann der Bischof ausdrücklich erklärt⁶², er billige das Verhalten seiner Pfarrer?

Die Leute – das weiß ich aus den Versammlungen – haben das Gefühl, daß wir sowohl in der Außenpolitik als auch in der Innenpolitik – ich meine alles global – nicht mehr den Führungswillen entwickeln, den wir früher einmal gehabt haben. Und dafür machen die Leute uns verantwortlich. Das ist der Grund der Malaise.

In dem Wahllokal, in dem ich abstimmen muß, hier in Plittersdorf bei Godesberg⁶³ hat sich folgendes abgespielt. In Plittersdorf gibt es eine bodenständige Bevölkerung, aber das ist nur noch ein kleiner Kreis. Hier wohnen viele Bundesbedienstete in einer Riesensiedlung. Ich wohne da auch. In diesem Wahllokal waren wahlberechtigt – ich habe die Zahlen im Kopf – 1.500 Leute. Gekommen sind rund 1.000. Davon haben gewählt rund 500 CDU, rund 380 SPD – alles Bundesbedienstete – und 120 FDP. Das, meine Damen und Herren, ist die nackte Situation.

Nun möchte ich ein Wort zur Wirtschaft sagen. Etzel wird mir wahrscheinlich recht geben. Warum haben die Leute sich in dieser Weise an der Sache beteiligt? Weil sie aus diesen Kreditrestriktionen herauswollen. Herr Nordhoff hat uns doch gesagt, was er in Zukunft alles noch investieren will. Es ist ein hübscher Kaufkraftschwund von beiläufig 4% im Jahr für Großanleihen, die man aufgenommen hat, die man verzinsen und amortisieren muß. Das ist eine ganz hübsche Angelegenheit. Nur der kleine Mann, den wir veranlaßt haben, auch Pfandbriefe und ähnliches zu kaufen, stellt fest, sein Pfandbrief von 100 ist nur noch 80 wert; d. h., daß er für die Katz gespart hat. Das ist die Situation, in der wir uns befinden.

Vieles, was Katzer gesagt hat, möchte ich Wort für Wort unterstreichen. Wir haben nur eines zu tun, nicht zu viel Zahlen zu analysieren, das ist relativ schnell gemacht, aber wir müssen die unterschiedliche Darstellung unserer Außenpolitik nach draußen bereinigen. Das muß doch möglich sein, daß wir hier eine zusammenhängende Meinung haben. Die haben wir doch auch von 1949 bis 1960 gehabt.

Zweitens müssen wir die Fragen der Innenpolitik bereinigen. Wir müssen eine einheitliche Sprache sprechen. Das ist meine feste Überzeugung. Wenn uns das nicht gelingt, setzt sich dieser Trend – vielleicht mit einer Ausnahme von Bayern, denn dort liegen die Dinge etwas anders, weil man mit dem Staatsbewußtsein und ähnlichem arbeitet – der SPD fort. Sie wissen doch, wenn man einmal Erfolg hat, hat man immer mehr Erfolg. Mit Sicherheit werden wir dann 1969 einen solch riesengroßen Verlust erleiden, daß wir in der Minderheit sind.

62 Bochum gehört zum Ruhrbistum Essen, Bischof war Franz Hengsbach. Vgl. Nr. 4 Anm. 23.
63 Heute ein Stadtteil von Bonn.

Was ich jetzt sage, nehmen Sie bitte nicht als Konfessionalismus hin, davon bin ich ganz weit entfernt, aber ich sage Ihnen, wenn erst einmal die Masse der katholischen Arbeiter SPD gewählt hat, und wenn sie das nicht mehr empfindet, was sie früher empfunden hat, daß nämlich damit die ewige Seligkeit verspielt sei, dann sage ich Ihnen, ist es mit der Mehrheit der CDU für alle Zeiten aus. (*Beifall.*)

Erhard: Herr Blumenfeld!

Blumenfeld: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil nach meiner Meinung zwei Punkte hier in der Diskussion zu kurz gekommen sind. Zunächst ein Wort zur Analyse! Ich halte auch Analysen für wichtig und wesentlich, aber bei der CDU ist es üblich, von solchen Analysen nachher keine Kenntnis zu nehmen. Wir haben eine sehr gute Analyse über die letzte Bundestagswahl vor acht Wochen bekommen. Ich habe sie genau gelesen und durchstudiert.⁶⁴ Ich besinne mich nicht, daß dieser Bundesvorstand zu diesem oder zu irgendeinem anderen Zeitpunkt in den vergangenen Jahren einmal genau die Ergebnisse von Analysen studiert hätte.

Die Bundesgeschäftsstelle hat in einem kleineren Kreis aus der Analyse gewisse Konsequenzen gezogen, die dann auch z. T. erfolgreich angewendet worden sind. Ich will nicht gegen die Analyse sprechen. Es ist aber in der Diskussion deutlich geworden, daß die Analyse, die wir anfertigen werden, nur einige Dinge bestätigen wird, die hier in der Diskussion mit aller Deutlichkeit ausgesprochen worden sind.

Es ist merkwürdig, daß die FDP in Nordrhein-Westfalen zugenommen hat, obwohl sie mit in der Regierung war. Das können Sie nicht allein damit erklären, daß Herr Weyer ein volkstümlicher Minister ist; denn Franz Meyers ist auch ein populärer Ministerpräsident gewesen. Außerdem haben wir eine populäre junge Regierungsmannschaft gehabt. Dieses Phänomen, warum die FDP nicht abgenommen, sondern zugenommen hat, ist heute hier noch nicht genügend erörtert worden. Ich meine, es bedarf einer Erörterung, weil es Rückschlüsse auf unser eigenes Potential zuläßt.

Ich stimme dem, was Kollege Blank gesagt hat, zu. Ich bin auch nicht der Meinung, Herr Präsident Gerstenmaier, daß es eine Investition für eine bestimmte Zeit ist, die die Wähler vorgenommen haben, sondern hier handelt es sich um einen echten Trend, der sich überall so lange fortsetzen wird, bis wir die Konsequenzen daraus gezogen haben in der ganzen Bundesrepublik. (*Gerstenmaier:* Das ist doch unlogisch, was Sie sagen!) Ich möchte einen Punkt hervorheben, den wir seit Jahr und Tag immer wieder in unserem Bundesvorstand diskutieren, nämlich daß wir sehr viel mehr Aufmerksamkeit, sehr viel mehr Arbeit und Kontaktpflege in den großen Städten des Bundesgebietes zeigen und durchführen müssen. Wir haben zwar darüber geredet, aber getan haben wir nichts. Bei vielen Menschen ist eine politische Vereinsamung eingetreten, die in den Städten nicht mehr CDU wählen. Dazu gehört die katholische Arbeiterschaft, dazu gehören die alten protestantischen Menschen, die sich von uns nicht mehr angesprochen fühlen. Wir sehen uns jetzt bei allen Landtagswahlen vor die Aufgabe gestellt, daß diese letzten En-

⁶⁴ Vgl. Nr. 1 Anm. 20.

des doch von der Bundespolitik entschieden werden. Jedenfalls spielt die Bundespolitik hierbei die größte Rolle. Da frage ich, ob wir es uns noch leisten können, von der Gesetzgebungsinitiative her ständig vor Landtagswahlen entweder überstürzt gewisse finanzielle Dinge zu verabschieden, die in Wirklichkeit unserer Konzeption nicht entsprechen, oder daß wir angesichts dieser Landtagswahlen überhaupt nicht zur konsequenten Durchführung der Politik kommen, die wir uns zum Ziel gesetzt haben, indem wir uns irremachen lassen. Bereits im Jahre 1959 hat sich Eugen Gerstenmaier für eine Initiative ausgesprochen, nämlich die Landtagswahlen zusammenzulegen. Das heißt, wir müssen einmal mit dem Bundesrat und allen Ländern darüber sprechen. Können wir uns als CDU es leisten zu sehen, wie jede Landtagswahl bis 1969 von der Bundesrepublik beeinflußt wird, aber wir ziehen daraus nicht die entsprechenden Konsequenzen? Wir sollten daraus, Herr Bundeskanzler, die Konsequenzen ziehen und einmal ganz ernsthaft diese Idee aufgreifen, die schon vor vielen Jahren von der CDU ergriffen worden ist, von der wir nur hoffen können, daß die Landtagswahlen günstiger beeinflußt werden. Es kommt auf eine Zusammenfassung unserer Kräfte im Bund an, damit eine konsequente Politik gerade auf dem gesellschaftlichen, dem politischen und wirtschaftlichen Leben durchgeführt wird. Alle diese Dinge hängen zusammen.

Lassen Sie mich noch etwas sagen. Es ist von der Außenpolitik gesprochen worden in dem Sinne, daß sie eine außerordentlich große Rolle bei der Entscheidung der Wählerschaft spiele. Meine Freunde, ich halte das für übertrieben, auch wenn der Eindruck entstanden sein sollte, als ob die außenpolitischen Auseinandersetzungen innerhalb der CDU und CSU so schlimm seien, so bedauerlich sie sind, nämlich wegen des personellen Affektes, der damit verbunden ist, der persönlichen Streitigkeiten in höchst unchristlicher Art und Weise, wie wir dabei miteinander umzugehen pflegen. Ich halte die außenpolitischen Fragen jedenfalls in diesem Jahre und auch wahrscheinlich später für sekundär. Primär im Raum stehen die Fragen des Kaufkraftschwundes, der Geldwertstabilität, der finanziellen Auswirkungen, der Preissteigerungen usw., wie sie sich für den Normalbürger darstellen.

Es steht auch im Vordergrund die Beeinflussung durch die Massenmedien. Jeder CDU-Ministerpräsident glaubt, er hätte da einen Regionalsender für seine eigenen Zwecke zur Verfügung. Herr Meyers hat das geglaubt, er könne das wunderbar machen. Er hat sich gesträubt gegen eine Reihe von Vorschlägen, die wir in der Bundestagsfraktion vor 1½ Jahren gemacht haben.⁶⁵ Herr Bundeskanzler Dr. Adenauer hat sogar einmal versucht, das Fernsehen in den Griff zu bekommen.⁶⁶ Was sich hier entwickelt hat, die Monopolstellung mit „Report“ und Herr Nordhoff, aufgenommen einen Tag nach der Generalversammlung des VW-Werkes und gesendet fünf Tage vor der Wahl, das kann

65 Zur Diskussion im Februar/März 1965 über den CDU/CSU-FDP-Gesetzentwurf über Werbesendungen im Rundfunk und Fernsehen, vgl. CDU/CSU-FRAKTIONSPROTOKOLLE S. 1364, 1377 f., 1385, 1402 (Drs. IV/3156 vom 8. März 1965); vgl. auch Beratung im Februar 1965 über den FDP-CDU/CSU-Antrag zur Neuverteilung der Fernsehgebühren EBD. S. 1361 (Drs. IV/3169 vom 10. März 1965).

66 Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 747–776.

sich eben nur eine Monopolanstalt erlauben, die keine Konkurrenz auf diesem Gebiet hat.

Wir sind schlecht beraten, wenn wir glauben, wir könnten als CDU diese ganze Sache verkraften, nur weil unsere Ministerpräsidenten und die Landtagsabgeordneten meinen, daß sie mit ihren regionalen Sondern Politik machen könnten. Politik machen diese Anstalten mit ihren linksgerichteten Kommentatoren, Reportern und Redakteuren, die in der Überzahl in diesen Anstalten sitzen; und wir stehen vor dem Bildschirm und haben die Hände gefaltet und beten, daß es noch gerade gut geht.

Erhard: Herr Gerstenmaier!

Gerstenmaier: Nur eine Korrektur mit zwei Sätzen! Ich muß leider gehen, weil ich in dieser fabelhaften Stimmung Herrn Wehner ein Frühstück geben muß zu seinem 60. Geburtstag. (*Barzel:* Bei Wehner ist die Stimmung gut!) Und bei mir ist sie ganz angemessen.

Ich will nur zwei Sätze sagen, damit wir uns nicht in einem grauenhaften Mißverständnis bewegen. Meine lieben Freunde Theo Blank und Erik Blumenfeld! Entweder ist nach Ihrer Analyse dieser Trend, der in dieser Wahl sichtbar geworden ist – den ich nicht bestreite –, korrigierbar oder er ist unaufhaltsam. (*Blank:* Natürlich ist er korrigierbar!) Das besagt doch genau das gleiche; dann kommt er in der Analyse genau zu meinem Ergebnis; denn wie soll er korrigierbar sein, als daß zunächst die Leute, die nicht schon seit vielen Jahren „Sozi“ gewählt haben, sondern – wie ich gesagt habe – einmal eine Probeinvestition bei der SPD machen, anhand einer überzeugenden Leistung wieder zu einer besseren Überzeugung gebracht werden. So wird doch der Trend korrigiert und auf keinem anderen Weg.

Wenn er korrigierbar ist, um so besser. Ich sage das, damit hier keinerlei Mißverständnis unter uns besteht. Wenn wir uns dem Fatalismus ergeben, daß das etwa ein unaufhaltsamer Trend in Bund und Ländern sei, dann haben wir uns doch selber zur Resignation verurteilt. Nur deshalb habe ich hier noch einmal das Wort genommen. Also insofern, Theo Blank und Erik Blumenfeld, brauchen wir uns überhaupt nicht mißzuverstehen. (*Blank:* Wie ist das mit der Großen Koalition?) Ach, Große Koalition! Jetzt will ich Dir mal etwas sagen. Gestern Abend hat mich Duffhues angerufen. Ich habe ihm gesagt: Jetzt lassen Sie die mal schmoren! – Auf Wiedersehen! (*Heiterkeit.*)

Heck: Herr Bundeskanzler! Zu dem Thema Rundfunkanstalt einige Worte! Vor einigen Tagen wurde zwischen der SPD und den Rundfunkanstalten vereinbart, daß die für Chemnitz vorgesehenen, aber dort nicht gehaltenen Reden über das Fernsehen am 14. Juli ausgestrahlt werden sollen.⁶⁷ Mit uns wurde überhaupt nicht verhandelt. Ich habe von der Sache eigentlich erst per Zufall erfahren und mich dann von mir aus eingeschaltet und mir bestätigen lassen, daß die Gerüchte, die an mein Ohr gedrungen waren, stimmten. Mir wurde bestätigt, es sei vorgesehen, daß die SPD dreimal zehn Minuten

⁶⁷ SPD und SED hatten sich am 25. Mai 1966 über einen Redneraustausch in Chemnitz – Karl-Marx-Stadt – am 17. Juli und Hannover am 21. Juli verständigt. Die SED sagte den Redneraustausch am 29. Juni 1966 ab, vgl. AdG 1966 S. 12518, 12571 f.; AAPD Nr. 212; SPD-FRAKTIONSPROTOKOLLE S. 916 Anm. 13. Vgl. auch Nr. 6 Anm. 5.

Sendezeit für jeden ihrer drei Redner bekommen solle. Dann sei vorgesehen, der CDU 15 Minuten und auch der FDP 15 Minuten anzubieten. Ich habe dem Intendanten Bausch⁶⁸ gegenüber erklärt, daß das überhaupt nicht diskutabel sei und daß selbstverständlich die Sendezeit entsprechend den bisherigen Gepflogenheiten zwischen den Parteien aufgeteilt werden müsse.

Nun bekomme ich eben ein Fernschreiben, das ich vorlesen möchte: „Sehr geehrte Herren! Namens und im Auftrage der Intendantenkonferenz der ARD darf ich Sie offiziell davon in Kenntnis setzen, daß das Deutsche Fernsehen in Zusammenarbeit mit dem Zweiten Deutschen Fernsehen am Donnerstag abend, dem 14. Juli, um 20.15 Uhr eine gesamtdeutsche Sendung ausstrahlt, an dem Tage also, an dem die Diskussion in Chemnitz hätte stattfinden sollen. Ich darf Sie herzlich bitten, sich an dieser Sendung zu beteiligen und dafür Vertreter Ihrer Partei zu nominieren. Aufgrund des Beschlusses der Intendantenkonferenz ist vorgesehen, daß in der Sendung auftreten sollen drei Redner der SPD mit je 10 Minuten, ein Vertreter der CDU/CSU in einer Länge von 10–15 Minuten und ein Vertreter der FDP ebenfalls in einer Länge von 10–15 Minuten. Eingeleitet und kommentiert wird die Sendung durch Journalisten usw.“⁶⁹

Die Sache ist nicht sonderlich interessant für uns. Ich habe eben mit Herrn Bausch gesprochen und ihm erneut gesagt, daß das Angebot für uns überhaupt nicht diskutabel sei. Der Einwand von der anderen Seite ist der, man könne nicht 1½ Stunden hintereinander Reden übertragen. Mit diesem Einwand kann man sich auseinandersetzen. Wir wären schlecht beraten, wenn wir darauf beständen, unbedingt am gleichen Tag zu sprechen, weil natürlich die SPD zuerst spräche und wir als die zweite Partei in Erscheinung träten. Aber ich habe Herrn Bausch gesagt, ich von meiner Person aus würde dem Vorstand vorschlagen, daß am 14. Juli die SPD ihre halbe Stunde bekommen soll, aber daß wir zu einem späteren Zeitpunkt, den wir mit ihnen vereinbaren, mindestens genau die gleiche Zeit bekämen wie die SPD. Mit der FDP solle er selber verhandeln. Ich wollte das hier ergänzend vortragen. (*Beifall, Bewegung und Unruhe.*)

Erhard: Frau Fera!

Fera: Als Begründung der schlechten Wahl der Frauen wurde gesagt, es seien die Preissteigerungen und zum anderen unser unbewußtes, aber bereitwilliges Eingehen auf den Säkularisierungsprozeß. Beides stimmt sicher, aber das allein erklärt bei weitem nicht alles, sondern wir müssen wissen, daß die Frau sich heute in einem Strukturwandel befindet. Sicher ist, daß die SPD nach der letzten Bundestagswahl erkannt hat, daß die CDU immer ihre Wahlen mit den Stimmen der Frauen gewonnen hat, vor allen

68 Dr. Hans Bausch (1921–1991), Redakteur; 1952–1956 Hörfunkkorrespondent des Südwestfunks Stuttgart, 1956–1958 MdL Baden-Württemberg (CDU), 1958–1986 Intendant des Süd-deutschen Rundfunks Stuttgart, ab 1971 Honorarprofessor an der Universität Hohenheim. Vgl. Hans BAUSCH: Rundfunkpolitik in Deutschland. 4 Bde. München 1980.

69 Vgl. ppp Nr. 129 vom 8. Juli 1966 „Ersatz für Chemnitz“. Am 14. Juli hielten Brandt, Wehner und Erler die Reden, die sie für ihren Auftritt in Chemnitz vorgesehen hatten, im Fernsehen, vgl. DzD IV/12 S. 1125–1134. Vgl. auch CDU Presse Mitteilungen vom 13. Juli 1966. Erhard, Barzel, Strauß und Mischnick erhielten am 27. Juli zum Ausgleich von ARD und ZDF Redezeit im Fernsehen eingeräumt, vgl. DzD IV/12 S. 1169–1179.

Dingen aber mit den Stimmen der älteren Frauen, weil sie aus ihrer Lebensweisheit heraus dieses Gefühl für Sicherheit und Ordnung haben.

Sicher ist aber auch, daß wir uns heute nicht mehr auf die Stimme der Frauen verlassen können; d. h. also, daß wir heute stärker als bisher um die Stimme der Frauen kämpfen müssen. Herr Wehner hat bereits nach der letzten Bundestagswahl erklärt, daß sich die SPD in Zukunft um die Frauen stärker bekümmern werde.⁷⁰ Das hat sie bereits in Hamburg getan.

Ich möchte die Gelegenheit heute benutzen, an diese Gruppe zu appellieren, daß die Einrichtungen, die genannt worden sind, stärker berücksichtigt werden. Wir müssen einen ganz konkreten Werbefeldzug in den nächsten drei Jahren für die Frauen führen. Darum bitten wir sehr herzlich. Bisher wurde doch alles das, was die Frauen betrifft, so ein bißchen am Rande behandelt. Wenn wir hier nicht besser und mehr arbeiten, können Sie sicher sein, daß wir die Wahl 1969 nicht gewinnen werden. Das wird auch Geld kosten, darüber müssen wir uns klar sein; denn ohne Geld geht es nicht. (*Etzel*: Man muß es aber haben!) Natürlich, aber die Frage ist, wie man das Geld verteilt. Wir sind der Meinung, daß man es in einer vernünftigen Weise für die Frauen ausgeben sollte, d. h. nicht irrational, sondern wirklichkeitsnah. (*Beifall*.)

Erhard: Herr Winkelheide!

Winkelheide: Herr Blank hat eben eine Zahl genannt, die ich korrigieren möchte. Es ist nicht so, daß 10.000 ausgetreten sind, um SPD zu wählen, sondern das hängt zusammen mit einer strafferen Organisation und einer Beitragsregulierung. Aber ich möchte dann doch das unterstreichen, was die Kollegen Blank und Katzer gesagt haben, daß auf dem flachen Land, besonders in den Dörfern, die großen Pendlergruppen sitzen. Ich bin in einem Dorf gewesen und habe eine Versammlung mit 60 Leuten abgehalten, davon waren 40 Pendler. Da sagten mir der Pfarrer und der Vorsitzende, diese Leute tragen in unser Dorf die sozialistische Auffassung hinein.

Das ist ein Problem, das man analysieren muß. Ich bin nicht gegen die Analyse, die hier aufgestellt werden soll. Die Zahlen kennen wir. Ich wäre vielmehr dankbar, Herr Bundeskanzler, und ich richte die Worte an das Präsidium insgesamt, wenn man die Praxis vor der Bundestagswahl jetzt aufgriffe, damit man nicht unter Zeitdruck Kontaktgespräche mit den vorparlamentarischen Gruppen führen muß. Wir müssen Hilfstuppen haben für die CDU, um das zu korrigieren, was sich gestern entladen hat, nämlich einen Stau des Unmutes und des Unwillens auch in unseren katholischen Verbänden aufgrund der freiheitlichen Meinungsäußerungen, die durch das Konzil da hineingebracht worden sind. Das muß hier ausgetragen und auch eine gesellschaftspolitische Konzeption mit diesen Verbänden abgesprochen werden.

Da hat sich etwas angestaut, das sich gestern als Schuß vor den Bug entladen hat. Man kann das noch in richtiger Stunde korrigieren. Herr Bundeskanzler, Sie müssen dabeisein und Zeit haben. (*Zuruf*: Das ist gut!) In vielen Versammlungen habe ich immer wieder Partei für Sie ergreifen und Sie verteidigen müssen, weil manche Aussage

⁷⁰ Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 19. Februar 1966 „Wehner analysiert Bundestagswahl“.

falsch dargestellt wird, und zwar in den Betrieben und in den Omnibussen, wo ja diese Dinge geradezu hochgespielt werden. Und dagegen müssen wir eine brauchbare Waffe schaffen. Das scheint mir wichtiger zu sein als die Analyse, so wichtig sie auch mit ihren Zahlen ist.

Ich möchte das unterstreichen, was der Herr Altbundeskanzler gesagt hat. Wir müssen auch in unserer Partei wieder stärker zum „C“ hinabsteigen. (*Lebhafte Heiterkeit und Zuruf: Hinauf!*) Ich meine, in die Tiefe des „C“ hineinsteigen. (*Erneute Heiterkeit.*) Damit wir wirklich wieder die Unterschiede aufzeigen können zum Menschen bis hin zum Familienbild und zu allen diesen gesellschaftspolitischen Vorstellungen. Das scheint mir wichtiger zu sein. Aber die Arbeit muß unverzüglich aufgenommen werden.

Erhard: Herr Kollege Barzel!

Barzel: Meine Damen und Herren! Es ist so viel Gutes gesagt worden, daß ich mich ganz kurz fassen möchte. Aber ich meine, es ist auch richtig zu sagen, diese Wahl hat die Politik verloren und nicht die Organisation. Nach meinem Eindruck – ich bin in über 50 Veranstaltungen gewesen – war die technische Organisation besser als beim Bundestagswahlkampf. Wenn wir sagen „die Politik“, dann müssen wir fairerweise einräumen, mehr der Bund als das Land. Es ist ein langfristiger Trend in Nordrhein-Westfalen, der schon vor der Bundestagswahl sichtbar war. Wir alle haben seit Januar immer wieder gehört, daß wir 5, 6, 7, 8 Punkte hinter der SPD liegen, haben dies aber unterschiedlich geglaubt und im Grunde angenommen, wir können doch keine Wahl verlieren. Wir machen es wie die an der Saar, und dann werden wir es zum Schluß wieder schaffen.

Der Trend ist kein Naturereignis. Er ist abzustoppen. Aber wenn wir jetzt in die Ferien gehen und unser einziger Auftrag ist, eine Analyse zu machen und eine Kommission zu bilden – dem ich beiden zustimme –, dann ist der Trend festgefressen bis zum Oktober. Und wir werden dann in Hessen und wahrscheinlich auch in Bayern eine Menge weiterer böser Erfahrungen machen. Deshalb meine ich, wenn das stimmt, was ich sage, daß nämlich die Politik die eigentliche Schuld hat, daß wir ein Stück Einigung in Sachfragen vor dem Publikum sichtbar noch im Juli vollziehen müssen.

Ein vorzüglicher praktischer Grund ist der Besuch des französischen Staatspräsidenten,⁷¹ an dem wir eine ganze Menge innerer Schwierigkeiten und Debatten beenden können durch eine sichtbare Politik, etwa in dem Bemühen, die Dinge, die bis jetzt strittig sind, bis dahin abzuschließen.

Mir schien es zum Zweiten notwendig, daß das Präsidium, das für Samstag nächster Woche eingeladen ist, schon in dieser Woche tagen soll.⁷² Unsere Wähler und unsere Freunde draußen müssen sehen, wir nehmen das ganz ernst, was hier passiert ist, und wir tagen sofort und setzen uns zusammen. Das einzige, was ich zu dem mehr Analyti-

⁷¹ De Gaulle hielt sich am 21. Juli 1966 zu einem Arbeitsbesuch in Bonn auf. Vgl. OSTERHELD S. 328–333; AAPD 1966 Nr. 229, 230.

⁷² Vgl. das Protokoll der Präsidiumssitzung vom 14. Juli 1966 in ACDP 07–001–053/1. Die 10. Präsidiumssitzung fand am 23. Juli 1966 statt.

schen, was bisher gesagt wurde, hinzufügen möchte, ist folgendes, was ich aber für mich nicht auflösen kann: Es gibt Erfahrungen darüber, daß man, wenn man Sorge und Angst hat, sich dem Erfahreneren zuwendet, dem Bewährten, dem, der es bisher gut gemacht hat. Es gibt Sorgen und Existenzangst. Das ist alles richtig, was hier gesagt worden ist, aber man wendet sich vom Erfahreneren ab. Das ist das Phänomen und eine Fragestellung, auf die ich keine Antwort geben kann. Was die Düsseldorfer machen, das sollten wir sie auch selbst entscheiden lassen. Vielleicht wäre es gut, wenn wir ihnen deutlich machen, daß wir intern gehört werden und wissen möchten, was dort passiert; denn es ist auf jeden Fall von großer Auswirkung.

Ich würde warnen, in den Gesprächen und Interviews, die jetzt gegeben werden, irgendwo laut zu sagen, daß wir im Bundesrat noch die Mehrheit von einer Stimme haben, weil Berlin nicht mitstimmt. Wenn das gesagt würde, wäre das ganz verkehrt; denn die gesamtpolitischen Dinge spielen eine größere Rolle, als es oftmals in unserem Kreise angenommen wird.

Herr Bundeskanzler! Die ganze Stabilisierungsgesetzgebung einschließlich des Bundesanteils sind alle sehr kompliziert. Wenn das eine Bruchlandung werden sollte, dann würden wir im Herbst noch mit ganz anderen Gesichtern zusammensitzen. Es darf nicht sein! Deshalb sollten wir zum zweiten Punkt, neben dem außenpolitischen, den ich nannte, versuchen, mit unseren Ländern uns weitgehend zu verständigen; denn wir kriegen diese Gesetzgebung doch nur, wenn der Bundeskanzler mit unseren Ländern einig ist und die Fraktion dazu steht und wir dann mit dem Rückenwind der öffentlichen Meinung die SPD zwingen, mitzumachen. Das ist doch die einzig mögliche Methode; sonst kann es überhaupt nicht gehen.

Meine Damen und Herren! Zum Schluß noch einen Satz! Ich stimme all denen zu, die sagen, daß man dieses Ergebnis nicht ernst genug nehmen kann. Ich glaube nicht, daß es der Anfang vom Ende ist, vor allen Dingen dann nicht, wenn wir es selber wollen. Es kann der Anfang – wie Theo Blank mir zuruft – zu einer Besinnung sein. Es kann ein Neubeginn sein. Schaffen wir das nicht, dann werden wir im Jahre 1969 nicht diesen Erdbeben, sondern eine Lawine haben. Dies fürchte ich leider Gottes.

Wir sollten deshalb die Wochen im Juli noch nutzen, um den Trend nicht festfressen zu lassen; denn was die Leute erwarten, ist doch das, daß in Bonn gehandelt und entschieden wird. Und das wollen wir miteinander tun! (*Beifall.*)

Erhard: Herr Heck!

Heck: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Einige Worte zur Wahlanalyse, weil hier offensichtlich falsche Vorstellungen entstanden sind. Es ist ganz klar, daß eine Wahlanalyse, die statistisches Material aufarbeitet, weiter nichts bringt als Fakten, die Gegenstand einer Interpretation sein müssen. Sie müssen beispielsweise feststellen, ist durchgängig in allen Bereichen der Anteil der Frauenstimmen zurückgegangen? Oder gibt es hier Unterschiede? Wenn Unterschiede vorhanden sind, muß ich fragen, wo liegen die Ursachen? Das heißt, der erste Arbeitsgang einer jeden Wahlanalyse ist zwangsläufig psychologischer, statistischer, technischer Art, aber an den Fakten vorbei-

zugehen und nur das, was gerade so gemeint wird, als Analyse zu betreiben, halte ich für außerordentlich gefährlich.

Zum zweiten! Ich glaube, daß es möglich sein wird, Kollege Barzel, daß die Bundesgeschäftsstelle im Laufe dieser Woche eine erste grobe Analyse wird vorlegen können, die Grundlage einer Aussprache sein kann. Ich halte es auch für politisch außerordentlich wichtig, daß die ganze Geschichte der Öffentlichkeit gegenüber nicht so aussieht, als ob sie bei uns routinemäßig behandelt würde: Bundesvorstandssitzung, dann vier Wochen Ferien, dann Anfang September kommen wir wieder zusammen, dann beschäftigt sich das Plenum mit der Sache usw. Deswegen halte ich den Vorschlag für ausgezeichnet, daß wir für Freitag oder Samstag eine Präsidiumssitzung einberufen sollen mit der Aufgabe, hier einmal eine Generalaussprache aufgrund dieser Analyse durchzuführen, aber auch mit dem Ziel und Zweck, daraus gleich wenigstens einige Folgerungen zu ziehen, so daß die Öffentlichkeit sieht, hier ist eine Partei in Aktion.

Die nächsten Landtagswahlen sind im November in Hessen. Ich rede nicht von den bayerischen Wahlen⁷³, auf die haben wir keinen besonderen Einfluß. Die Parteiorganisation in Hessen ist sehr unterschiedlich. Wir können nicht sagen, daß die hessische Landespartei generell schlagkräftig durchorganisiert ist. Politisch ist die Situation der CDU in Hessen traditionell schwierig. Hier sollten wir uns keinen Täuschungen hingeben. Aber nach einer ersten Analyse, die die Bundesgeschäftsstelle durchgeführt hat, bestehen Möglichkeiten, 2, 3 oder 4% Stimmen hinzuzugewinnen. Es ist so, daß man mit diesem Stimmengewinn zwar keinen großen Einfluß auf die Regierungsbildung ausüben kann, aber ich halte es für außerordentlich wichtig, daß wir alles tun, um bei der nächsten Landtagswahl wenigstens einige Prozente hinzugewinnen, damit sich in der Öffentlichkeit nicht festfrißt, das ist ein allgemeiner Trend.

Wir sollten deswegen die hessische Landespartei mit allen Mitteln, wie das auch in Nordrhein-Westfalen geschehen ist, vielleicht nicht mit dieser Dichte des Rednereinsatzes in Nordrhein-Westfalen, unterstützen. Hier bin ich mir selber nicht im klaren darüber, ob man nicht die oberste Repräsentanz dadurch abwertet, daß in kleinen Städten sechs bis acht Bundesminister reden. Das scheint mir ein bißchen übertrieben zu sein. Mein Vorschlag ist, daß die Bundespartei die Landespartei in Hessen in jeder Weise unterstützt. Vielleicht wäre es gut, wenn wir zu dieser Präsidiumssitzung den Landesvorsitzenden von Hessen einladen würden.

Erhard: Herr Burgbacher!

Burgbacher: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich würde vorschlagen, daß Herr Dr. Kraske oder wen wir beauftragen in Düsseldorf anruft, um festzustellen, ob die Fraktion zu einer Entscheidung gekommen ist, damit wir dieses Ergebnis bekommen.

Erhard: Meine Damen und Herren! Wir müssen unterbrechen. Ich habe selber das Bedürfnis, noch einiges zu sagen. Es ist hier wieder eine Kontroverse aufgekommen, vor allen Dingen in der Richtung, daß gesagt wird, das und das hätte man tun oder nicht

⁷³ Am 20. November 1966.

tun sollen, und auf der anderen Seite sitzen wir zusammen und zerbrechen uns den Kopf über den Ausgleich des Haushalts und wie wir langfristige Maßnahmen für die nächsten drei Jahre ordnen sollen. Das paßt einfach nicht zusammen. Wenn es richtig ist, daß die Sorge wegen der steigenden Preise entstanden ist, dann kann es keinen Zweifel geben, daß das die Sorge Nr. 1 ist. Wenn aber die jungen Gymnasiasten unter Anführung ihres Schuldirektors und flankiert von sozialdemokratischen Stadträten in Moers auftreten⁷⁴, kann man nicht von einer Existenzangst sprechen, sondern es ist die Existenzangst von der SPD künstlich geschürt worden, um damit politische Geschäfte zu machen.

Wir werden auch einmal die Lügen zusammenstellen, die von dieser Seite vorgetragen worden sind. Das andere ist ein Thema, über das wir nachher noch einmal sprechen wollen. Man kann nicht beides zugleich machen. Man kann nicht Geld unter die Leute bringen und Anleihen aufnehmen und die Ausgaben vermehren und auf der anderen Seite sich dann darüber wundern, wenn die Preise steigen. Wenn hier gesagt wird, dadurch haben wir die Wahl verloren, dann müssen wir in der Beziehung Klarheit schaffen. Wenn wir vom Bund ein führendes Beispiel geben wollen in bezug auf die Stabilität, dann setzt uns das Grenzen.

Es wäre eine Grotteske, wenn die SPD dadurch die Wahl gewonnen haben soll, obwohl gerade sie durch ihr Verhalten eigentlich die Preissteigerungen bewirkt hat; (*Zuruf*: Mit bewirkt hat!) denn die SPD hat alles dazu getan, daß die Preise gestiegen sind. Ich denke daran, daß fast alle Großstädte pleite sind. Die haben doch geaaast in bezug auf Anleihen. Die gehen heute noch hausieren, an der Spitze Frankfurt, und bedienen sich der finstersten Kanäle, um Geld aufzutreiben. In der Schweiz sind schon Warnungen laut geworden, um Gottes willen, gebt kein Geld mehr an die deutschen Städte. Die bieten 11½ und 12% Zinsen. Sie sind bereit, sich kurzfristig zu verschulden für Anlagen, die sich niemals amortisieren lassen. Und wir sind dann für die Preissteigerungen verantwortlich, die die SPD verschuldet hat.

Ich weiß nicht, ob Sie die Fernsehsendung von der SPD gesehen haben. Ich will Ihnen nur einige Dinge daraus vorlesen: „Die Preise sind davongelaufen.“ „So kauft man besser noch heute, was morgen schon teurer ist.“ „Die deutschen Sparer bitten zur Kasse.“ „Die Mark ist heute überhaupt nichts mehr wert.“ „Ich hoffe, daß die Mark nicht ganz kaputtgeht.“ „Wir haben vor zwei Jahren bedeutend mehr verdient als jetzt.“ „Wenn unser Lohn so bleibt, wie er ist, dann ist sicher nichts mehr für uns da.“ So geht das weiter und weiter, auch in bezug auf die Preise: Die Geschäftsleute sind nicht schuld, die Arbeiter sind auch nicht schuld. Beide sind zusammen die Opfer dieser Entwicklung, da der Geldwert immer mehr heruntergeht. Und wir sind natürlich die Schuldigen. Auf dem Bildungssektor ist es ebenso schlecht. Auf dem Verkehrssektor stecken wir in einer Katastrophe.

74 Erhard war während seiner Wahlkampfturnee in Nordrhein-Westfalen am 6. und 7. Juli 1966 in Moers (vgl. ACDP 01-554-002/1). Bei verschiedenen Auftritten kam es zu schweren Zwischenfällen bis hin zum Abbruch der Reden (vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 8. Juli 1966).

Das sind also Fernsehsendungen der SPD. Darum sind für uns die Versammlungen unentbehrlich, weil wir eben den Arbeiter nicht am Arbeitsplatz berieseln können, was bei der SPD fortgesetzt der Fall ist. Ich habe mir in Nordrhein-Westfalen sagen lassen, daß die SPD vielfach bewußt auf Versammlungen verzichtet hat, weil sie die Arbeiterschaft an ihrem Arbeitsplatz sehr viel mehr beeinflussen kann. Die Kommunikationsmittel Rundfunk und Fernsehen arbeiten auch gegen uns. Wie und wo sollen wir überhaupt noch unsere Stimme erheben?

Aber, meine Damen und Herren, wir machen jetzt eine Pause.

Unterbrechung von 13.40 bis 14.10 Uhr.

KOOPTIERUNG VON DREI WEITEREN MITGLIEDERN DES BUNDESVORSTANDS NACH § 25 B

Kraske: Meine Damen und Herren, der Bundesvorstand hat nach § 25 b des Statuts die Aufgabe, jeweils nach seiner Neukonstituierung bis zu drei Mitglieder zu kooptieren. Der Bundesvorstand hat sich dieser Pflicht auf seiner konstituierenden Sitzung noch nicht entziehen können, weil er nicht beschlußfähig war. Das Präsidium schlägt dem Bundesvorstand einstimmig vor zu kooptieren: 1. Frau Dr. Becker-Döring aus Braunschweig, die auch dem letzten Bundesvorstand als kooptiertes Mitglied angehört hat; 2. Herrn Bundestagsabgeordneten Hermann-Josef Russe, der ebenfalls dem letzten Bundesvorstand angehörte, und 3. Herrn Dr. Richard Freiherr von Weizsäcker, den Präsidenten des Deutschen Evangelischen Kirchentages. Dieser Beschluß ist nach gründlicher Überlegung vom Präsidium einstimmig gefaßt worden, ohne weitere Vorschläge zu machen.

Ich darf noch eines zur Erläuterung sagen. Bei der Wahl von 15 Mitgliedern durch den Bundesausschuß waren bekanntlich auf Platz 15 stimmengleich Herr Dr. Dittmar und Herr Russe gewählt worden. Diese Entscheidung ist zunächst alphabetisch getroffen worden. Außerdem hat inzwischen auf Wunsch des Präsidiums auch noch ein Losentscheid stattgefunden, der ebenfalls nach der Reihenfolge des Alphabets ausgeht. Nach dem Losentscheid ist Herr Dr. Dittmar gewählt worden. Herr Russe ist bei gleicher Stimmenzahl im Bundesausschuß nicht gewählt worden.

Erhard: Meine Damen und Herren! Wollen wir im einzelnen abstimmen oder im ganzen? (*Zurufe:* Im ganzen!) – Herr Dr. Kraske!

Kraske: Er ist seit 1952 oder 1953 Mitglied der CDU, hat einmal im Jahr bei der Bundestagswahl 1953 auf der nordrhein-westfälischen Landesliste auf einem sehr zurückliegenden Platz für die CDU kandidiert und ist sowohl aufgrund seines Bekenntnisses zur CDU, aber auch seiner Ausstrahlungskraft nach draußen eine wichtige und wertvolle Ergänzung.

Erhard: Meine Damen und Herren! Wer mit diesem Vorschlag einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? Niemand. Enthält sich jemand? – Niemand! Ich danke Ihnen.

BERICHT ZUR LAGE

Wir kommen zum Punkt 1 der Tagesordnung: „Bericht zur Lage“. Zu einem großen Teil haben wir heute schon das Thema vorweggenommen, aber ich möchte noch sprechen von dem Stabilisierungsgesetz, weil es nach meiner Überzeugung eines der entscheidenden Gesetzgebungswerke ist, die wir zu behandeln haben.

Ich darf vorausschicken, ich habe mit dem derzeitigen Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz, mit Herrn Goppel⁷⁵, eine Besprechung gehabt, um möglichst ein Einvernehmen mit den Ländern zu erzielen, weil wir eine 2/3-Mehrheit brauchen. Wir haben am 22. [Juni] mit Wissen von Herrn Goppel diese Regierungsvorlage des Stabilisierungsgesetzes angenommen, aber noch nicht endgültig verabschiedet, um der Konferenz der Ministerpräsidenten am 30. Juni Gelegenheit zu geben, noch einmal ihre Meinung dazu zu äußern, so daß wir also hier nichts vorwegnehmen wollten, ohne mit den Ministerpräsidenten zu einer Verständigung, vor allen Dingen auch im Verfahren, zu gelangen.

Ich war bei dieser Konferenz am 30. Juni anwesend. Die Ministerpräsidenten glaubten zuerst, das Kabinett sollte nicht verabschiedet, sondern man sollte den Versuch machen, gemeinsam eine Vorlage zu erarbeiten, und wenn sie zu einer gemeinsamen Übereinstimmung führte, dann wäre die Weiterleitung an den Bundesrat nur noch eine Formsache, weil die Einigung schon vorher vollzogen wäre. Auf diesen Vorschlag konnte ich mich nicht einlassen; denn wir haben mit Wissen von Herrn Goppel vorher verkündet, daß das Kabinett unter allen Umständen am 4. Juli die Verabschiedung vornehmen werde. Wir haben das auch in der Öffentlichkeit erklärt, und es war also unabdingbar. Wir haben dann doch eine Lösung dahingehend gefunden, daß wir sagten, das Bundeskabinett verabschiedet am 4. Juli, so ist es auch geschehen, aber es ist nicht verpflichtet, nach Verabschiedung dieses Gesetz sofort an den Bundesrat weiterzuleiten. Wir werden also so lange warten, bis der Bundesrat am 15. August Gelegenheit hat, in sich selbst und gemeinsam mit der Bundesregierung bzw. den Ressorts die Dinge so weit zu beraten, daß wir dann bei der Überleitung nach Möglichkeit ein weitgehendes Einverständnis erzielen.⁷⁶

Ich habe mich auch bereit erklärt, mit der Opposition ein Gespräch dieser Art über das Stabilisierungsgesetz zu führen. Aber hier geht es um das Ganze. Meine verehrten Damen und Herren! Wenn wir aber damit anfangen und jedes Gremium glaubt, irgend etwas, was ihm persönlich nicht genehm ist, aus dem Gesetz herausnehmen zu können, dann haben wir eine leere Hülle ohne Inhalt in der Hand. Hier muß sich also der Zusammenhalt der CDU, wie wir ihn uns zugeschworen haben, auch bewähren. Ich will

75 Alfons Goppel (1905–1991), Jurist; 1954–1978 MdL Bayern (CSU), 1957/58 Staatssekretär im Justizministerium Bayern, 1958–1962 Staatsminister des Innern, 1962–1978 Ministerpräsident von Bayern, 1979–1984 MdEP. Vgl. LEXIKON S. 254–256.

76 Das Kabinett hat die am 4. Juli 1966 gebilligten Entwürfe für ein Stabilisierungsgesetz am 15. Juli in den Bundesrat eingebracht, wo am 5. August die erste Lesung erfolgte, vgl. dpa vom 15. Juli 1966 „Stabilisierungsgesetz im Bundesrat eingebracht“, „Süddeutsche Zeitung“ vom 5. Juli 1966 „Kabinett billigt Konjunkturgesetz“; vgl. auch Sten.Ber. des Bundesrats 298. Sitzung vom 5. August 1966 S. 163–193.

nicht glauben, daß das Stabilisierungsgesetz eine Wunderwaffe ist, denn wir kriegen nie in den Griff die Ausgabenwirtschaft der öffentlichen Hände von Bund, Ländern und den 25.000 Städten und Gemeinden. Es ist gar kein Zweifel, am stärksten verschuldet sind die Städte, vor allen Dingen die Großstädte, aber davon ist vor der Wahl auch nicht gesprochen worden.

Wir wollen nichts unterschlagen, aber doch erreichen, daß nicht nur der Bedarf der öffentlichen Hände durch den Kapitalmarkt befriedigt wird, die Nachfrage besteht auf beiden Seiten. Wir müssen dafür sorgen, daß der Kapitalmarkt für die Zwecke der konstruktiven Investitionen ausreichend zur Verfügung steht, denn wenn wir hier stehenbleiben, dann ist es mit unserer ganzen Währung, mit unserem Wohlstand und der sozialen Sicherheit sehr schnell vorbei. Deshalb gehört zu diesem Stabilisierungsgesetz ein entsprechendes Verhalten aller übrigen Sozialpartner, und zwar der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer.

Die Haushalte der öffentlichen Hand betragen insgesamt 145 Mrd. DM. Wenn Sie davon das abziehen, was unmittelbar mit der Konsumkraft der öffentlichen Haushalte zusammenhängt, dann ist die Finanzmasse, die zu staatlichen Zwecken zur Verfügung steht, gar nicht so furchtbar groß. Bei einem Bruttosozialprodukt von 460 Mrd. DM kann natürlich die öffentliche Hand allein die Dinge nicht bewältigen. Wir können annehmen – es sind zwar Schätzungen, aber sie liegen wahrscheinlich dicht bei der Wirklichkeit –, daß die Lohn- und Gehaltssummen und die der Renten, die angeschlossen sind, allein 250 Mrd. DM ausmachen. Wir nehmen einen Zuwachs von 4% des Bruttosozialproduktes an, dann sind das heute schon bei einer Schätzung nach der Obergrenze hin bei 450 Mrd. rund 18 Mrd. DM.

Wenn Sie bloß die Einkommen der abhängigen Leute mit Lohn und Gehalt nehmen – die Privatberufe nicht und die Unternehmereinkommen nicht –, dann ist damit nach dem heutigen Stand allein schon eine Erhöhung der Einkommen von 7 bis 8% zu verzeichnen. Von 350 Mrd. sind das 20 Mrd., d. h. die Steigerung des Bruttosozialproduktes ist also damit mindestens völlig aufgezehrt, und für andere Zwecke ist nichts mehr übrig. Dann werden die Bundesregierung und die Länderregierungen für die so wichtigen Sozialinvestitionen kein Geld zur Verfügung haben. Wenn Sie gleichzeitig bedenken, daß die Zuwachsrate der Spartätigkeit trotz erhöhter Preise geringer geworden ist, dann haben Sie das ganze Tableau, das nicht mehr zusammenpaßt. Ich sage das deshalb, weil wir die Dinge so nicht weitertreiben lassen können, wie es bisher der Fall ist. Am 10. August geraten wir in einen Trend immer weiterer Preissteigerungen. Darüber wird man noch besonders zu sprechen haben. Ich möchte Ihnen aber meine Sorgen nicht verhehlen, die liegen auf diesem Gebiet.

Wir haben jetzt in der Bundesregierung einen sogenannten Fünfer-Ausschuß gebildet, der sich mit den Fragen des Haushalts 1967 und gleichzeitig auch für 1968 befaßt wird.⁷⁷ Ich kann Ihnen sagen, daß das ein Titanen-Werk ist. Hierbei sind zwei Wege

⁷⁷ Dahlgrün, Schmücker, Niederalt, Stoltenberg und Katzer gehörten dem Fünfer-Ausschuß, „Streichquintett“ genannt, an, vgl. HILDEBRAND S. 208; HENTSCHEL S. 616.

denkbar: Entweder wir haben nicht den Mut, Ausgaben zu kürzen oder wenigstens nicht mehr zu erhöhen, dann werden mit Sicherheit die Preissteigerungen weitergreifen, dann wird man den Bund anklagen, wie schon geschehen, er hätte keine Führungsaufgabe, und wenn er selber nicht Disziplin bewahre, dann könne von den Ländern und den Gemeinden auch nichts Besseres erwartet werden, auch nicht von den Tarifpartnern. Aus diesem Grunde schaut die ganze Öffentlichkeit wie gebannt auf diesen Bundeshaushalt, ob der sich in den Grenzen des Produktivitätszuwachses und der Zunahme des Bruttosozialproduktes hält. Wenn sich aber die Bundesregierung und der Bundestag daran halten, dann fehlen uns 5 bis 6 Mrd. DM. Sie aufzutreiben durch Verkürzung der Ausgaben, das ist außerordentlich schwierig. Wenn wir aber die Einnahmen erhöhen, dann sind wir natürlich sofort wieder über der 10%-Grenze, die wir nicht überschreiten sollen in der Haushaltsgebarung. Das sind die Fragen, mit denen wir uns beschäftigen.

Ich muß sagen, daß hier doch etwas unterschiedliche Auffassungen bestehen, was der Bund tun soll und was er leisten kann und was vom einzelnen Gegenstand her moralisch durchaus berechtigt sein kann, aber es paßt dann dieses ganze Tableau nicht mehr in die Grenzen des Rahmens, der noch in das Verfügbare hineinpaßt. Also entweder – und das ist meiner Ansicht nach unmöglich – in den Ausgaben keine Rücksicht zu nehmen, also auf einen ausgeglichenen Haushalt, oder aber es zu tun und dann stark und mutig zu sein, um dann auch manche Wünsche und Vorstellungen abzuwehren.

Eine dritte Lösung gibt es nicht, um das gleich deutlich zu sagen. Hier stehen wir vor einer Weggabelung, deren wir uns bewußt sein müssen. Ich würde keinen anderen Weg zu gehen bereit sein als den der Erhaltung der Stabilität.

Heute früh wurde davon geredet, daß die Stabilität die entscheidende Ursache war für den Einbruch bei der Wahl in Nordrhein-Westfalen. Das stimmt auch. Das ist meine ehrliche Überzeugung; aber wir müssen auch alles tun, daß diejenigen, die die größten Treiber sind, um die Preise in die Höhe zu treiben, nicht auch noch die Nutznießer sind. Das ist doch eine groteske Situation; das grenzt doch an Schizophrenie. Deshalb scheint diese innenpolitische Frage von ausschlaggebender Bedeutung zu sein. – Das Wort hat Herr Kollege Barzel.

Barzel: Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß es sehr gut ist, daß der Herr Bundeskanzler diese wichtige Frage hier noch einmal zur Sprache gebracht hat. Es wäre gut, wenn wir in unser Kommuniké von heute aufnehmen könnten, daß der Bundesvorstand es begrüßt, daß dieses Stabilisierungsgesetzwerk da ist, daß wir es rasch verabschieden wollen.

In der Frage, die der Herr Bundeskanzler zur Sache angeschnitten hat, kann es überhaupt für uns nur den Weg geben, ihm zu folgen, nämlich in der Frage des Vorranges der Stabilität.

Die Frage scheint mit auch zu sein, das ist auch das Ergebnis dieses Wahlkampfes, daß man das natürlich auch richtig verpacken muß. Ich glaube, hier haben wir mit der Verpackung noch nicht den richtigen Weg gefunden. Es wäre gut, wenn noch im Juli Bundesregierung und Bundestag dartun würden, daß auch diese Stabilisierungsgesetze

nur Teil eines Gesamtprogrammes sind. Wir müssen einmal alles zusammenstellen, was wir versuchen, bei Bahn und Post, beim Haushalt und bei der Verfassungsergänzung usw. zu machen. Das Ganze muß popularisiert werden, es muß eine Überschrift haben, die die Leute verstehen. Wenn diese Überschrift populär ist, dann ist hier das Unbequeme gar keine Frage. Aber alles das hat nur dann einen Sinn, wenn wir nicht den Kanzler und die Regierung, um ganz offen zu sprechen, im Herbst ins totale Unglück rennen lassen wollen, daß sich hier unsere Ministerpräsidenten und die Spitze unserer Fraktion völlig klar darüber sind, daß, soweit ihr Atem reicht, sie wirklich zu der Sache stehen. Für die Bundestagsfraktion kann ich dies erklären. Es wäre dringend erwünscht, dies mit den Ministerpräsidenten zu machen.

Was unerläßlich ist, ist doch, dies als ein Programm mit einer Überschrift zu verkünden, und zwar nicht nur mit einer Verpackung, sondern daß man deutlich sagt, wozu und wohin. Das muß begreiflich und verständlich sein. Ich glaube, wir haben die Ansätze nicht nur für diese Gesetzgebung in der Politik der Bundesregierung, sondern auch bei der Bundesbahn, bei der Post, beim Öffentlichen Dienst usw. Man muß es einmal zusammenstellen und nach Gesichtspunkten der Werbung mit einer guten Überschrift versehen, so daß es auch ankommt. Dies scheint mir zwingend zu sein.

Noch eine praktische Frage, aber die können wir jetzt hier nicht behandeln, wir müssen sie jedoch sehen. Diese ganze Misere hängt natürlich auch mit persönlichen Geschichten zusammen. Der Bundesminister der Finanzen⁷⁸ ist ein reizender Mann, aber sehr schwach. Wir müssen einmal überlegen, Herr Bundeskanzler, ob wir nicht durch einen zweiten Staatssekretär oder irgendwie auch den Kontakt zwischen uns zu stärken. Es ist unmöglich, daß wir, was die Fraktion und die Partei angeht, in diesen wichtigen Fragen praktisch ohne die Spitze dieses Ministeriums beraten. Das ist nicht sehr gut. Ich will jetzt nicht die Forderung stellen, irgendwelche Kabinettsveränderungen zu machen, aber ich möchte doch wenigstens darauf hinweisen, daß hier ein schwacher Punkt ist, der so schwach ist, daß dieser Minister nicht einmal in seiner eigenen Fraktion die nötige Unterstützung hat. Wir stützen ihn, wenn's ums Sparen geht, die anderen stützen ihn gelegentlich, wenn es um die „längere“ Abteilung geht. Ich darf das hier sagen, Herr Etzel winkt mir zu. Das kann also auf die Dauer nicht gutgehen, weil es uns zu sehr belastet.

Erhard: Herr Etzel!

Etzel: Meine Damen und Herren! Wie Sie wissen, sitze ich seit langem dem Bundesausschuß für Wirtschaftspolitik vor. Der Bundesausschuß für Wirtschaftspolitik hat die Aufgabe, den Bundesvorstand zu beraten. Sie werden es deshalb verstehen, daß ich hier das Wort ergreife. Sie werden es auch verstehen, daß ich ein bißchen weiter aushole. Der Herr Bundeskanzler hat hier in der Tat ein zentrales Problem angesprochen, an dem wir stehen oder scheitern.

Es ist das Problem der Geldwertstabilität. Dieses Problem kann man nicht totreden. Wir wollen auch nicht über die Frage sprechen, ob das Inflation sei oder nicht. Es ist gar

⁷⁸ Rolf Dahlgrün (FDP).

nicht so wichtig. Es ist unabweisbar, daß wir in einer Situation des ständig geringer werdenden Geldwertes sind. Das erleben jeden Tag einige Millionen Hausfrauen in den Läden, und danach orientieren sie sich auch für ihr persönliches Verhalten. Das Problem, vor dem wir stehen, möchte ich an einem Bild klarmachen. Stellen Sie sich ein Auto vor. Ein Auto hat normalerweise vier Räder. Geben wir dem Bundeshaushalt die Rolle eines Rades; geben wir den Länderhaushalten die Rolle des zweiten Rades; geben wir den Gemeindehaushalten die Rolle des dritten Rades; und geben wir der Wirtschaft die Rolle des vierten Rades, wobei wir uns klar sein können, daß die Räder untereinander natürlich verschiedene Gewichte haben. Nun passiert seit Jahren folgendes: Die Bundesbank, die in ihrer Politik unabhängig ist von der täglichen Politik, tritt die Bremse des Rades der Wirtschaft. Theo Blank hat vorhin schon von den Restriktionen gesprochen. Diese Restriktionen haben Ergebnisse ausgelöst, die nicht ganz gleichgültig sind für das Wahlergebnis in Nordrhein-Westfalen. Sie haben nämlich zu folgendem geführt: Wir haben einen total zerstörten Kapitalmarkt. Der ist zerstört. Der Kapitalmarkt ist, wirtschaftspolitisch gesehen, aber das Herzstück. Wenn Sie heute eine Hypothek nehmen von einer Hypothekenbank und kriegen nur 90 ausbezahlt statt 100 und müssen 7½% Zinsen zahlen, dann sind das alles sehr sichtbare Ergebnisse dessen, was da passiert.

Ich nehme ein Zweites: Das ist der exorbitant hohe Zinssatz. Heute muß eine Bank wie meine Bank etwa 8% Zinsen für Einlagen zahlen. Da wir eine zweiprozentige Spanne brauchen, kostet draußen der Zins 10%. 10% sind Zinssätze, die an sich exotischen Ländern gleich sind. Ein holländischer Bankier sagte mir kürzlich: Euch kann man doch kein Geld mehr geben, wir wissen ja, was wir Schlechtes bei euch haben. Ihr zahlt meinetwegen 10%.

Das Dritte, die Preissteigerungen, die man bremsen wollte mit den Restriktionen, sind auch geblieben. Woran liegt das? Das hat eine Ursache, meine Damen und Herren. (*Lebhafte Unruhe.*) Ich bitte Sie aber, jetzt mal einen Augenblick zuzuhören. Diese Ursache liegt darin, daß das passiert ist, was jeder Volkswirtschaftler im ersten Semester lernt, nämlich wenn die monetäre policy, die die Bundesbank macht, nicht mit der fiscal policy der öffentlichen Hände in Übereinstimmung gebracht wird, dann läuft der Laden nicht. So ist es. Hier ist nämlich auf einem Rad gebremst worden. Wenn Sie zwei Jahre auf einem Rad bremsen, läuft Ihnen die Bremse aus, und sie kommt in die Gefahr des Auseinanderplatzens.

Hier ist also eine Gefahr. Diese Gefahr hat etwas ausgelöst, was unser Freund Gradl heute bei einem Gespräch in den Satz brachte: Die Leute haben Angst bekommen. Ja, unsere Leute haben Angst bekommen wegen der Stabilität, wegen der Preise, wegen des weiteren Verlaufs der Wirtschaft. Was muß also geschehen? Es muß die fiscal policy in Ordnung gebracht werden. Und seien wir, die Politiker, uns über eines klar, die Verantwortung für das, was in Deutschland passiert, schiebt man nicht der Wirtschaft zu, die auch gar nichts dafür kann, sondern die schiebt man der Politik zu. Wir Politiker sind in den Augen der Wähler verantwortlich. Und wir kriegen die Quittung eines Tages, wenn wir nicht aufpassen, indem man uns schlechthin nicht mehr wählt. Eine erste Abschlagszahlung haben wir bei der Wahl in Nordrhein-Westfalen bekommen.

Man muß also etwas Entscheidendes tun in der fiscal policy. Das Stabilisierungsgesetz, das uns hier von der Bundesregierung vorgelegt worden ist, ist der Versuch, die fiscal policy in Ordnung zu bringen. Herr Bundeskanzler, ich bin auch persönlich der Meinung, daß es sogar ein sehr schwacher Punkt ist. Wir haben es gar nicht leicht damit, aber es ist besser als gar nichts. Also, dieses Gesetz muß gemacht werden. Sie werden sich entsinnen, daß der Bundesausschuß für Wirtschaftspolitik, also Ihr Ausschuß, im Januar ein Gutachten von vier Seiten vorgelegt hat, worin wir gesagt haben: Grundsätzlich zur Stabilisierungspolitik!⁷⁹ Das haben Sie alle bekommen, aber wahrscheinlich nicht gelesen. Hätten Sie es gelesen, dann würden Sie gesehen haben, daß genau dieser Kreis, vertreten durch seinen Bundeswirtschaftsausschuß, dieses Gesetz mit angeregt hat, natürlich nicht ohne Kontakt mit der Regierung.

Also, wir als Partei sind meines Erachtens dringend daran interessiert, daß dieses Gesetz angenommen wird. Wir müssen alles tun, um es anzunehmen. Dieses Gesetz hat in der Gesetzgebungsmaschine einige Unschönheiten bekommen, die ich nicht akzeptiere, aber diese Unschönheiten sind nicht so entscheidend, daß das Gesetz daran irgendwie in Gefahr gebracht werden könnte. Das Gesetz muß akzeptiert werden, weil nämlich der Bundesbankpräsident erklärt hat, wenn dieses Gesetz angenommen wäre, sei er bereit, seine Bremstour etwas locker laufen zu lassen mit dem Ziel, daß damit das Geld vom Geld- und Kapitalmarkt wieder etwas lockerer wird. Wie schnell das geht, weiß ich nicht. Das Vertrauen ist gründlich zerstört. Aber immerhin, der Versuch muß gemacht werden, wenn wir überhaupt einen Versuch machen wollen.

Unsere Idee ist deswegen – darüber wird Herr Russe dem Präsidium einen Brief schreiben⁸⁰ –, den Bundeswirtschaftsausschuß zu bitten, von sich aus auf die Landesparteien einzuwirken, im engsten Kontakt mit den Damen und Herren, die hier sitzen, auch in den Länderparlamenten zu versuchen, dieses Gesetz durchzubringen. Das scheint mir eine Notwendigkeit zu sein; denn wenn je die Partei eine Funktion gehabt hat, dann doch die, die Politik in Bund, Ländern und Gemeinden auf einen Nenner zu bringen. Dafür ist sie da. Das muß sie tun. Sie muß dazu beraten werden. Dieser Kreis mit dem Bundesausschuß für Wirtschaftspolitik sollte diesen Weg gehen.

Ich stimme dem Herrn Bundeskanzler durchaus zu, wenn es nicht gelingt, die öffentliche Politik auf das Maß der vorhandenen Güter und Leistungen zu bringen, dann wird man gezwungen sein, den Haushalt irgendwie durch Steuererhöhungen auszugleichen. Wir können aber nicht ausgleichen über Steuererhöhungen, denn jede Steuererhöhung

79 „Empfehlungen zur Wirtschafts- und Finanzpolitik“ vom Januar 1966 in ACDP 07-004-071/1.

80 Schreiben nicht zu ermitteln. – Vgl. Protokoll der Sitzung des Bundesausschusses für Wirtschaftspolitik der CDU vom 6. Juli 1966, der bei der Beratung des Gesetzentwurfs zur Sicherung der wirtschaftspolitischen Stabilität beschlossen hatte, dem Vorsitzenden des Ausschusses ein Verhandlungsmandat zu erteilen, um „die Gegensätze zwischen den CDU-Politikern der verschiedenen Ebenen (Bund, Länder, Gemeinden) zu beseitigen. [...] Dabei sollten auch die Sozialausschüsse und die Junge Union als Gliederungen der Partei eingeschaltet werden.“ (ACDP 07-004-071/1).

geht in den Preis, und jede Preissteigerung ist wieder Unzufriedenheit und bedeutet auch Verringerung der Konkurrenzfähigkeit.

Alles dies zusammen ist doch wirklich so zwingend, daß an den Bundesvorstand appelliert werden muß, hier seine Funktion zu sehen und zu ergreifen. Jedenfalls muß der Grundsatz durchgeführt werden; das Gesetz muß also durchkommen.

Daneben haben wir noch einige andere Sachen, auf die wir keinen unmittelbaren Einfluß haben. Ich denke z. B. an das Problem der Tarifautonomie, das wir nicht ohne weiteres in den Griff bekommen. Darüber muß noch mehr gedacht und getan werden. Wir haben auch noch das sogenannte Währungsabkommen von Bretton Woods mit der Konvertibilität.⁸¹ Das will ich aber nicht zur Diskussion stellen. Wir haben aber Probleme, deren Zusammenhänge wir kennen und sehen müssen. Und wenn wir entschlossen sind, sie zu lösen auf der politischen Ebene, dann wird es auch der CDU möglich sein, hier weiter voranzukommen. (*Beifall.*)

Erhard: Es kam mir nicht darauf an, eine Diskussion hier einzuleiten, sondern bloß Ihrer Zustimmung gewiß zu sein, wie Kollege Barzel es kurz formuliert hat. Wir gehen den Weg der Stabilität, auch wenn wir dabei noch einmal durch ein Tal der Nöte für den deutschen Staatsbürger hindurch müssen. Aber wenn sich die Früchte zeigen, dann haben wir gewonnen.

Es ist gar kein Zweifel, die Wirtschaft ist heute dahingehend strukturiert, daß wir zu wenig produktiv und zu viel unproduktiv investieren, so daß überhaupt der Verbrauch zu stark kopflastig geworden ist gegenüber den Gesamtinvestitionen. Das wird man mit diesem Gesetz allein nicht hinbekommen.

Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen in meinem Bericht zur Lage weiter etwas sagen zur Außenpolitik. Hier steht in erster Linie das Thema zur Diskussion, das durch den Austritt Frankreichs aus der Integration der NATO⁸² auf uns zugekommen ist, ein Thema, das nicht nur uns berührt, sondern alle Partner der atlantischen Allianz. Die Dinge sind heute so, daß ohne Widerspruch von irgendeiner Seite, auch nicht von französischer Seite, das Thema dahin lautet, nachdem der Versuch, Frankreich in der Integration zu halten, aussichtslos war und ist, wie kommen wir zu Rande, Frankreich im Bündnis der Allianz zu halten, ohne daß es die Integration der NATO akzeptiert und daran teilnimmt; eine Frage, die sehr stark strategischen Charakter hat, aber sie hat natürlich auch einen eminenten politischen Charakter. Einigkeit besteht darüber, daß zwei Dinge notwendig sind. Es muß zwischen Frankreich und der NATO eine Einigung herbeigeführt werden, welchen Auftrag will und wird dieses Frankreich im Rahmen der Allianz, aber ohne NATO, erfüllen; denn schließlich ist ja die NATO kein Luxusspiel, sondern sie hat im Hintergrund doch eine sehr ernste Aufgabe, die Abschreckung auf alle Fälle glaubhaft zu machen und gegebenenfalls auch zur Verteidigung anzutreten.

81 1944 fand die Finanz- und Währungskonferenz der Vereinten Nationen in Bretton Woods/USA statt. Auf dieser Konferenz wurden die Gründung der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung sowie des Internationalen Währungsfonds und ein System fester Wechselkurse beschlossen (wurde 1973 aufgegeben).

82 Vgl. Nr.5 Anm. 11.

Also wird man den Weg finden müssen, und zwar in einem zweiseitigen Gespräch, welchen Auftrag Frankreich zu übernehmen bereit ist.

Das ist sehr unterschiedlich zu bewerten in bezug auf die Landstreitkräfte. Da kann man Vereinbarungen treffen. Es ist sehr viel schwieriger in der Frage der Luftverteidigung. Hier kann man eine Zusammenarbeit nicht durch Vereinbarungen erst schaffen, wenn Gefahr und Not in Verzug sind. Eine andere Frage, die politisch zur Diskussion steht, lautet: Wie wird sich der Aufenthalt französischer Truppen auf deutschem Boden gestalten. Die Frage interessiert auch unsere anderen Partner; denn die Amerikaner und die Briten stehen aufgrund der gleichen Rechtsbasis auf deutschem Boden, und die haben natürlich Bedenken, ein unterschiedliches Recht zwischen ihnen gelten zu lassen. Es spielt auch eine Rolle, daß zwar nicht mit der NATO automatisch jeder einzelne Partner verpflichtet ist, im Verteidigungsfalle sich mit vollem Einsatz zu verteidigen, aber immerhin haben die Ratsbeschlüsse innerhalb der NATO dazu geführt, daß der Automatismus der Verpflichtung praktisch doch eine Bindung darstellt. In der WEU ist es so, daß eine automatische Beistandsverpflichtung gegeben ist.

Nun wird de Gaulle am 21. Juli hierherkommen. Ich hoffe, daß ich im Einvernehmen mit ihm eine Lösung finden werde. Nachdem die ersten Noten usw. mehr den formalen politischen Standpunkt herausgestellt haben, ist man doch mehr und mehr auf die politische Substanz gegangen. Ich erinnere an meine Erklärung vor dem Bundestag am 25. Mai,⁸³ wo wir ganz klar ausgesprochen haben, wir wünschen den Aufenthalt der französischen Truppen in Deutschland. Wir wünschen auch die Teilnahme an der Verteidigung, in welcher Form sie auch immer ausgehandelt wird, unter Wahrung der deutschen Gebietshoheit und der Vereinbarung neuer Regelungen, wie der Aufenthalt und die Verbindung zwischen Deutschland und dem französischen Oberkommando hergestellt wird. Es ist von den Franzosen auch akzeptiert worden, daß wir einen Beauftragten ernennen. Ich glaube, in der Person von Herrn Köhler⁸⁴ haben wir eine gute Wahl vorgenommen. General Köhler ist sorgfältig ausgewählt worden bei dem Besuch von General de Gaulle hier. Er war sein ständiger Begleiter. Er spricht fließend französisch. Er ist kein Haudegen, sondern eher ein Diplomat. Er hat das Kommandokreuz der Ehrenlegion erhalten. Er hat Adenauer wieder nach Paris begleitet und hat dort ein Bild bekommen von de Gaulle mit persönlicher Widmung, nachdem er ihn ständig auf Schritt und Tritt begleitet hatte. Sie können also annehmen, daß gegen diese Persönlichkeit nichts einzuwenden ist. Wir haben auch nichts dergleichen gehört.

Jetzt soll es darum gehen, daß wir die Frage des Beitrags Frankreichs zur Verteidigung verbinden mit der Funktion und der Rechte, die die französischen Truppen auf deutschem Boden haben. Es ist ganz klar, daß die französischen Truppen zu einer Beistandspflicht stehen und bereit sind, ganz bestimmte Aufträge im Rahmen der europäi-

83 Vgl. Sten.Ber. 5. WP 43. Sitzung vom 25. Mai 1966 S. 2027–2029.

84 Paul Köhler (1906–2001), Generalmajor; 1925 Eintritt in die Reichswehr, 1949 Angestellter beim Bundesministerium für Wirtschaft, 1958 Übernahme als Oberst in die Bundeswehr, 1962 stv. Personalchef im Bundesministerium der Verteidigung, 1966 Beauftragter der Bundesregierung für die in der Bundesrepublik stationierten französischen Truppen.

schen Verteidigung zu übernehmen. Im Augenblick werden keine Noten gewechselt. Wir haben eine einseitige Erklärung abgegeben;⁸⁵ die war notwendig geworden, weil mir General de Gaulle das Datum des 1. Juli gesetzt hatte, wobei er erklärte, an diesem Tage scheiden wir aus der NATO aus. Nun, das ist also vorüber, davon wird nicht mehr gesprochen. Ich hoffe, daß wir eine gute Lösung finden werden. Mehr kann ich in diesem Augenblick nicht sagen.

Wir stehen also in Verbindung mit unseren NATO-Partnern, mit dem NATO-Rat, aber auch unmittelbar mit der französischen Regierung. Ich hoffe, daß sich durch den Besuch de Gaulles in Bonn auch die Atmosphäre für die bilateralen Gespräche bessern wird. Jedenfalls haben wir im Kabinett beschlossen, daß wir jetzt keine Noten mehr wechseln und keine Briefe mehr schreiben, sondern daß wir in die Verhandlungen eintreten.

Im übrigen habe ich in dieser Zeit einige Briefe mit dem französischen Staatspräsidenten gewechselt, die durchweg ein sehr gutes Klima geschaffen haben und von französischer Seite auch positiv beurteilt worden sind.⁸⁶ Obwohl wir vom deutschen Standpunkt aus politisch und militärisch nichts preisgeben dürfen, werden wir doch alle Versuche machen, um mit Frankreich zu einer Regelung zu gelangen, die der freundschaftlichen Verbundenheit nicht zuwiderläuft.

Ich habe Ihnen noch zu berichten über die jüngsten Ereignisse und die Verhandlungen mit der Zone über die Passierscheinstelle für Härtefälle. Ich will nicht vom Redneraustausch sprechen.⁸⁷ Da mag man unterschiedlicher Auffassung sein, ich bin der Meinung, daß wir uns sowohl als Regierung wie auch als Partei richtig verhalten haben, wenn wir nicht gleich mit grobem Geschütz da hineingeschossen haben, sondern erklärten, wenn ihr es fertigbringt, die Stimme der Freiheit dort anzubringen, dann tut es. Alles andere wäre schlecht gewesen. Aber es ist gescheitert. Wir hatten angenommen, und zwar von Anfang an, daß es scheitern würde, wie alles scheitert, was wir unternehmen, um dort aus humanitären Gründen mit der Bevölkerung zu einer Zusammengehörigkeit zu kommen. Der Redneraustausch wird scheitern. Die Kontaktaufnahme auf der unteren Ebene wird scheitern. Unsere Bemühungen um eine Intensivierung des Interzonenhandels werden auch keine großen Aussichten haben. Kurz und gut, man merkt, die Ostzone will unter gar keinen Umständen irgendetwas tun, was den Charakter ihrer Souveränität antastet. Das ist auch entscheidend bei den Gesprächen um die Passierscheinstelle für Härtefälle. Wir hatten in den früheren Vereinbarungen die sogenannte salvatorische Klausel, d. h. auf gut deutsch, es ist die Nichtanerkennung der SBZ, auch wenn in den Formularen „Deutsche Demokratische Republik“ steht. Es sind beide Seiten übereingekommen, alles das, was vereinbart wird, bedeutet keine Anerkennung der DDR. Die DDR kann glauben, daß die Unterschriften in keiner Weise als

85 Zur Erklärung der Bundesregierung vom 6. April 1966 vgl. BULLETIN Nr. 48 vom 7. April 1966 S. 377; AAPD 1966 Nr. 102; OSTERHELD S. 310–312.

86 Vgl. Nr. 4 Anm. 42.

87 Vgl. HILDEBRAND S. 92–95, S. 196f. Vgl. auch Nr. 6 Anm. 5. Zur Diskussion in der Fraktion über den Redneraustausch vgl. CDU/CSU-FRAKTIONSprotokolle S. 1837–1845. Vgl. auch Anm. 67.

eine Verständigung über den staatspolitischen Inhalt dieser Vereinbarung gelten. Dieses Mal ist also lange, lange verhandelt worden über die Zulassung bei Härtefällen. Die Zone hat immer wieder erklärt, ihr könnt tun und lassen, was ihr wollt, aber eine salvatorische Klausel wird es nicht mehr geben. Wir sind nicht bereit, sozusagen unseren eigenen Staat zu vernichten und zu leugnen. Ihr könnt eine Regelung haben, aber nicht mehr die salvatorische Klausel; d. h. es ist der Versuch gemacht worden, die Anerkennung der DDR zu erzwingen oder wenigstens wieder eine ganz schöne Scheibe von der Nichtanerkennung abzuschneiden. Ich werde den Regierenden Bürgermeister noch fragen, was er sich eigentlich gedacht hat, wenn man neun Stunden insgesamt über den Gegenstand diskutiert und sich nicht einigen konnte, bis dann schließlich eine Formel gefunden wurde, daß die Protokolle, die seinerzeit gewechselt worden sind über den Grenzübergang in Härtefällen, zur Anwendung kommen sollen. Darauf sind sie eingegangen. Die Bundesregierung war der Meinung, nach allem, was in der jüngsten Zeit vorgefallen ist und was insbesondere die SPD erlebt hat und was wir an Unterwanderung usw. erfahren, müssen wir doppelt vorsichtig sein.⁸⁸ Das Kabinett kam zu der Auffassung, wir können die vorgeschlagenen Dinge des Berliner Senats nicht akzeptieren. Diese Frage droht zu einer hochpolitischen Frage zu werden. Unsere deutsche Presse sagt, das sind doch Kleinigkeiten, und wegen dieser Kleinigkeiten will man uns unsere deutschen Menschen, gerade wenn sie in Not sind, nicht zusammenkommen lassen.

Ich bin der Meinung: Wann endlich fangen wir an, einmal Härte zu zeigen gegenüber der DDR! (*Zurufe*: Sehr richtig!) Wir sollten sagen: Wir lassen uns das nicht mehr gefallen; ihr könnt machen, was ihr wollt, wir erkennen euch nicht an. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Darum geht es doch. – Bitte sehr, Herr Fricke!

Fricke: Herr Bundeskanzler, verträgt es sich mit der Loyalität in einem Bundeskabinett, daß der Herr Vizekanzler Mende in den letzten Tagen vor der Wahl in aller Offenheit erklärt hat, er und sein Staatssekretär Krautwig⁸⁹ hätten sich leider im Kabinett nicht durchsetzen können?⁹⁰ (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.*)

Amrehn: Meine Damen und Herren! Die eine Frage läßt sich nur an der anderen Frage entscheiden, was man in der deutschen Politik überhaupt will. Hier stehen wir in einem Ringen um die Frage, ob man zur Anerkennung der Zone durchstoßen soll oder nicht. Für mich ist völlig klar, daß maßgebende Herren des Berliner Senats, womit ich nicht einmal

88 Vermutlich Anspielung auf den Fall Armin Korn, der als Vertreter der Berliner Senatsverwaltung für Bundesangelegenheiten während der Leipziger Messe an einem offiziellen Empfang teilgenommen hatte, vgl. „Welt“ vom 12. März 1965 „Verfahren gegen Referenten des Berliner Senats“. Vgl. auch UiD Nr. 28 vom 15. Juli 1965 S. 3 „Wirksame Kontrolle? Berliner Senat will kommunistische Infiltration eindämmen“.

89 Dr. Carl Krautwig (1904–1981), Rechtsanwalt; 1953–1963 Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung IV im Bundesministerium für Wirtschaft, 1963–1968 Staatssekretär im Ministerium für gesamtdeutsche Fragen und 1963–1969 Bevollmächtigter der Bundesrepublik in West-Berlin.

90 Vgl. dpa vom 10. Juli 1966 „Mende hatte Annahme des umstrittenen Passierschein-Protokollentwurfs empfohlen“; „Rheinische Post“ vom 11. Juli 1966 „Mende: Ich wollte Angebot aus Ostberlin annehmen“.

unbedingt Herrn Brandt meine, sondern andere Leute im Senat, die Anerkennung wollen und das seit längerer Zeit verbreiten. Wenn man das will, muß man natürlich jede Form, wie sie von drüben angeboten wird, akzeptieren, oder man will es nicht.

Nun bin ich in einer schlechten Position. Das war ja auch alles voraussehbar, Herr Bundeskanzler, was sich jetzt vollzieht. Der erste Schritt wurde im Dezember 1963 fälschlich getan, indem man sich überhaupt auf ein Dokument eingelassen hatte mit befristeter Dauer. Wir haben jetzt vor uns liegen ein Papier, das für sechs Monate, nämlich bis zum 31. Januar, nicht die Regelung für die Passierscheine, wie sie in der Vergangenheit bestanden hat, verlängert, sondern nur für die Härtefälle. Damit haben wir eine Trennung überhaupt im bisherigen Abkommen.

Das bedeutet, daß wir noch in der zweiten Hälfte dieses Jahres wieder verhandeln müssen, und zwar hin auf Weihnachten zu, wenn alle Emotionen kommen; dann wird diese Formel auch schon nicht mehr aufrechterhalten. Ich habe vorhin schon an anderer Stelle gesagt im Gespräch mit Herrn Dr. Westrick, daß sich jetzt der Streit auf einen Ausdruck zuspitze, ob „gültig bleiben“ oder „anwenden“. Das ist der Streit. Die Bundesregierung wollte gern „gültig bleiben“, und es ist hingeschrieben worden „anwenden“. Das ist deshalb so unglücklich, weil ein Schritt vorher der Wegfall der Klausel als solcher überhaupt nicht hingenommen werden mußte. Es stand bisher für vier Vereinbarungen die Klausel im Wortlaut, und die durfte man nicht aufheben.

Nun sage ich natürlich, an jeder Stelle, wo man die Sache halten kann, nun versucht einmal, Halt zu machen. Aber ich lese heute morgen auch in der Zeitung das, was eben von Herrn Dr. Fricke ausgeführt worden ist. Das ist gestern über sämtliche Rundfunk- und Fernsehanstalten gelaufen. Herr Mende verkündet in der „Welt“, er hält es für annehmbar und sein Staatssekretär auch, aber leider habe er sich nicht durchsetzen können. Und das, Herr Bundeskanzler, ist der Punkt, der vielleicht in die erste Diskussion hineingehört hätte. Wir können über Symptome sprechen. Wir können zielgerichtete Politik auf Frauen, auf die Jugend oder die Arbeitnehmer machen. Alle Leute wären aber sehr dankbar, wenn man nicht viele Dinge nur erörtert, sondern auch Entscheidungen trifft. Solange es möglich ist, daß das Bundeskabinett entscheidet und der zweite Mann des Kabinetts mit seinem Minister im Lande umherreist und sagt, wir hätten eine bessere Politik gemacht, denn wir sind mehr für die Menschen, solange können sich der Kanzler und sein Kabinett in der Volksüberzeugung nicht durchsetzen! Das steht also hier mit zur Erörterung. (*Beifall.*)

Erhard: Das Wort hat Herr Klepsch.

Klepsch: Herr Bundeskanzler, ich möchte das unterstützen, was Herr Amrehn gesagt hat. Wenn wir uns hinter die Bundesregierung stellen, dann muß sie aber auch an dieser Stelle stehenbleiben. Wenn wir schon drei oder vier Wochen lang unter dem Druck der FDP stehen, die zweifellos diese Kampagne weiter ausüben wird, und das dann dazu führt, daß wir es doch machen, dann wäre es allerdings besser, es gleich zu machen und hinzunehmen.

Ich bin in der Sache der Auffassung von Herrn Amrehn, daß weitere Zugeständnisse nicht gemacht werden sollen. Wenn diese Salami-Taktik von der Mehrheit gewollt

wird, dann soll sich auch die Mehrheit entschließen, das klipp und klar zu sagen, dann wäre es für die Christlich-Demokratische Union besser, sie würde radikal eine ganz andere Politik, meinetwegen die der SPD und der FDP, machen. Ich bin nicht für diese Politik. Jedenfalls wäre es dann besser, als diese Politik Zug um Zug anzunehmen. Ich bin also dankbar dafür, daß die Bundesregierung klar gesagt hat: Wir machen es nicht. Dann muß das aber jetzt auch der Standpunkt bleiben. Solange irgendwie über diesen Punkt diskutiert wird, können wir hier nicht nachgeben! (*Beifall.*)

Erhard: Bitte sehr, Herr Kollege Barzel!

Barzel: Es ist ganz dringend, auch im Hinblick auf die Tatsache, daß die Fragen, die hier zur Debatte stehen, aufgesplittert sind mit den Härtestellen, ob langfristig, kurzfristig usw., und im Zusammenhang mit der Taktik der Kommunisten stehen, indem sie jetzt mit dieser aufgeweichten scheinbaren salvatorischen Klausel kommen. Das ist natürlich nicht zu machen. Wenn wir die Politik der Nichtanerkennung wirklich meinen, müssen wir auch Ja dazu sagen.

Wenn man immer sagt, man kann alles ausnutzen unterhalb der Schwelle der Anerkennung, so ist dies die gefährlichste Politik, die man überhaupt betreiben kann. Die Zone lotet den Ort aus, wo ist der Ort usw. Das wird unterschrieben. Und in den nächsten zwei Jahren versucht sie, diesen Raum zu überspringen. Und da stehen wir jetzt. Von solchen Sachen darf man überhaupt nicht reden. Ich bedaure, daß der Bundeskanzler nicht da ist, aber ich habe ja Gelegenheit, ihm das noch persönlich zu sagen. Ich fürchte in der Tat – und in der Fraktion gibt es viele Kritik an diesem Kontakt, wie ihn die Bundesregierung beschlossen hat –, daß wir, wenn wir die innerdeutschen Dinge weiter betreiben, auf eine emotionelle Basis der Sackgasse kommen, die direkt in die Konföderation hineingeht. (*Zuruf:* Sehr richtig!) Wie kann man das abwehren? Hier sind wir doch, wenn wir die öffentliche Meinung ansehen, erpreßbar. Also muß man versuchen, auch diese innerdeutschen Dinge mit dem Westen zusammen zu machen. Wir haben das bereits im einzelnen versucht anzuschneiden; wir werden das weiter fortsetzen müssen.

Das Dritte, es war auch im Wahlkampf bedauerlich, war die Tatsache, daß dieser Streit zur Unzeit laut ausbrach. Dadurch wurde den Kommunisten die Chance gegen, uns gegenseitig wieder auseinanderzureißen. Was sie also beim Redneraustausch nicht erreicht haben, haben sie 14 Tage später bei einer scheinbar kleinen Frage erreicht.

Ich will hier nicht nur an Mende und die Kabinettsitzung erinnern, sondern wir müssen ruhig miteinander sprechen über die Frage, ob die Organisation insoweit in Ordnung ist. Sie wissen, daß wir den Druck des Koalitionspartners haben, einen sehr starken Druck, die entsprechenden internen Gremien der Bundesregierung dem Vorsitz von Herrn Mende zu überantworten. Wir haben das bisher immer abgelehnt. Den Vorsitz hat in dem sogenannten Koordinierungsausschuß Herr Minister Westrick. Herr Mende verlangt ihn ebenso wie Herr Margulies⁹¹, und es könnte sein, daß man im Vor-

91 Robert Margulies (1908–1974), Unternehmer; 1946–1949 MdL Württemberg-Baden (FDP), 1949–1964 MdB, 1958–1964 MdEP.

feld der Düsseldorfer Dinge noch einmal versuchen wird, das hochzuspielen. Es könnte sein, daß wir hier an dieser Stelle einen ernsthaften Koalitionsknatsch kriegen; denn bei dieser Haltung, die Herr Mende hier einnimmt, wird unsere Bundestagsfraktion, die in der Sache anderer Meinung ist, gar nicht anders können, als ihm den Vorsitz in dieser Sache vorzuenthalten. Im übrigen kann ich nur sagen, wir werden die Bundesregierung ermuntern, ihre Haltung auch durchzuhalten, wie es eben Herr Klepsch gesagt hat. (*Lebhafte Beifall.*)

Erhard: Herr Amrehn!

Amrehn: Noch zur Information! Die Formel, die der Senat akzeptiert hat, war vorher nicht mit der Bundesregierung abgesprochen. Es waren drei Formeln an die Hand gegeben; keine der drei Formeln ist angenommen worden. Daraufhin hat Herr Brandt dem Herrn Korber⁹² die Ermächtigung gegeben, eine noch weitergehende Formulierung anzubieten. Die hat man akzeptiert und hat dann die Bundesregierung wieder vor die Frage gestellt, ja oder nein. Das ist im Verlaufe dieser Geschichte dreimal passiert. Jedesmal hat die Bundesregierung am Ende nachgegeben. Aber es ist die gleiche Situation, in der Herr Brandt dann meint, durch einen solchen Alleingang mit Hilfe der öffentlichen Meinung die Barrikaden nehmen zu können, und zwar mit dem Hinzufügen in der Öffentlichkeit, die Alliierten hätten dem bereits zugestimmt. Das ist so nicht wahr. Mir hat der amerikanische General⁹³ in Berlin gesagt, sie erklärten lediglich, ihre Interessen seien nicht berührt. Diese Mitteilung sei auch nicht verwendbar und im übrigen nur gegeben für den Fall, daß sich alle deutschen Stellen darüber einig seien. Wenn die Stellungnahme der Bundesregierung noch nicht vorgelegen hat, war also die Erklärung der Amerikaner nicht zu verwenden.

Barzel: Herr Klepsch, bitte!

Klepsch: Wir kommen aus der ganzen Sache nur heraus, wenn wir in der Deutschlandpolitik zu unserer vorhergehenden sehr klaren Haltung zurückkehren und bereit sind, darüber auch eine große Diskussion auf uns zu nehmen. Ich bin der Meinung, wenn wir das nicht erreichen, dann sollten wir es lieber jetzt gleich sagen. Die Freien Demokraten erklären jetzt auch noch, daß ihre Zunahme bei der Wahl darauf zurückzuführen sei, daß sie eine konsequente Deutschlandpolitik getrieben hätten, und uns wird in den Augen der Bevölkerung vorgeworfen, daß wir hin und her schwanken.

Ich bin dafür, an der bisherigen Wiedervereinigungspolitik festzuhalten und das auch ganz energisch und ganz klar zu vertreten. Aber ich halte nichts davon, daß wir eine Salami-Taktik betreiben. Dann halte ich schon besser ein Ende mit Schrecken. Dann lassen Sie uns an die Spitze der Bewegung der Anerkennung der Teilung Deutschlands stellen. Das ist die Alternative. Dann soll man es aber jetzt tun und uns nicht erst von

92 Horst Korber (1927–1981), Richter; 1945 SPD, 1954/55 Richter am Landgericht Berlin, 1955–1967 Beamter beim Senator für Bundesangelegenheiten, 1967 Senatsdirektor für Justiz in Berlin, 1967–1971 Senator für Familie, Jugend und Sport, 1975–1977 für Arbeit und Soziales, 1977–1979 für Bundesangelegenheiten, 1980/81 MdB.

93 Amerikanischer Stadtkommandant von Berlin war von 1964 bis 1967 Generalmajor John F. Franklin Jr.

den Sozialdemokraten und den Freien Demokraten Zug um Zug dahingleiten lassen. Alle dazwischen liegenden Formeln bringen uns psychologisch und propagandistisch nur weitere Mißkredite ein.

Barzel: Bitte sehr, Herr Blumenfeld!

Blumenfeld: Die Tatsache, daß seit langer Zeit die Frage der Kompetenz, wer nun wirklich entscheidet, welche Stelle dem Berliner Senat gegenüber sagt, so oder so, ist leider nicht geklärt [sic!]. In diesem Fall habe ich mir sagen lassen, daß Herr Krautwig dem Berliner Senat gesagt hat, die Bundesregierung wird das akzeptieren, ohne daß er mit Herrn Westrick bzw. mit dem Herrn Bundeskanzler gesprochen hat. (*Amrehn:* Das hat Krautwig nicht gesagt nach dem, was er mir mitgeteilt hat.) Es sind zu viele Stellen in diesem Spiel. Das muß nur eine Stelle machen. Und das ist der Bundeskanzler! (*Lebhafter Beifall.*) Hier laufen aber mindestens drei Leute mit dieser Frage herum. Der Erfolg ist, daß wir in der Öffentlichkeit völlig unglaubwürdig sind und auf eine abschüssige Ebene kommen. Wir befinden uns schon im Rutschen und können es nicht mehr anhalten. Das ist nach meiner Meinung der Kardinalpunkt. Hier muß die Entscheidung getroffen werden. Nur einer kann es. Das ist der Bundeskanzler. Alle anderen müssen da hinausgestellt werden. Da muß einmal ein Machtwort gesprochen werden, selbst wenn es über Herrn Mende hinausgeht! (*Beifall.*)

Erhard: Ich glaube nicht, daß der Berliner Senat es wagen würde, von sich aus eine Entscheidung zu treffen ohne die Bundesregierung. (*Lebhafte Unruhe.*) Aber die Dinge haben einen sehr viel weiteren Aspekt. Wenn wir jetzt da nachgeben, dann möchte ich Sie einmal fragen, wie können wir den blockfreien neutralen Ländern, die doch gar kein Verständnis haben für diese tieferen Probleme und was da für uns auf dem Spiele steht, glaubhaft machen, daß wir die Zone nicht anerkennen dürfen. Das versteht doch von denen überhaupt kein Mensch; das versteht selbst im deutschen Volk kaum mehr jemand, so sehr ist die Verwirrung schon. (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.*) Die SPD treibt hier ein teuflisches Spiel. Sie fordert uns jeden Tag heraus, wir sollten eine neue Deutschlandkonzeption machen. Wenn wir dem nicht folgen, dann heißt es, wir hätten keine Konzeption. Sie selbst aber hat noch nie eine klare Konzeption vorgelegt.

Nun habe ich hier eine Meldung. Ich habe gerade mit dem Kollegen Dufhues gesprochen. Die haben noch weiter beraten und ein Fünf-Männer-Gremium gewählt, das zur Behandlung dieser Fragen zusammensitzt. Es sind die Herren Meyers, Dufhues, Grundmann, Lenz⁹⁴ und Hennemann⁹⁵. Die seien sich alle einig, die Fraktion sei auch im ganzen einig, daß man nicht in eine große Koalition gehen wolle. (*Sehr starker, langanhaltender Beifall.*) Ich habe gesagt, der Bundesvorstand hat die gleiche Auffassung

94 Dr. Wilhelm Lenz (geb. 1921), Geschäftsführer; 1958–1980 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU), 1962–1970 Vorsitzender der Landtagsfraktion, 1963–1972 Vorsitzender des KV Köln-Stadt, 1967–1977 Mitglied des Landespräsidiums der CDU Nordrhein-Westfalen (1969/70 Vorsitzender des Landespräsidiums der CDU Nordrhein-Westfalen), 1971–1977 Vorsitzender des WDR-Verwaltungsrats.

95 Josef Hennemann (1908–1968), Geschäftsführer; bis 1933 Mitglied der Windthorstbunde, bis 1952 Kreisgeschäftsführer der CDU Olpe, bis 1960 Mitglied des Landesvorstands der CDU Westfalen, 1954–1970 MdL Nordrhein-Westfalen. Vgl. DUD Nr. 83 vom 30. April 1968 S. 4.

geäußert, und sie sollten auf alle Fälle standhaft sein. Sie sagten, bei ihnen sei gar kein Zweifel.

Im Augenblick ist Herr Weyer bei ihnen. Herr Weyer ist auch dieser Meinung. Die CDU hat die delikate Frage gestellt, ob denn die Mitglieder der FDP so standhaft wären, daß nicht der eine oder andere sich herausrauben lasse. Daraufhin hat Herr Weyer gesagt, er sei seiner Mannen auch in dieser Sache sicher. Auf die Frage, wie lange sie verhandeln wollten, sagt Dufhues, sie selber seien der Meinung, daß man es möglichst schnell zu Ende bringen sollte, denn je länger es dauere, desto größer werde die Gefahr, daß eine brüchige Stelle auftreten könnte.

Also, das ist die Situation jetzt. Herr Dufhues will uns ständig über die Sache, die sich da vollzieht, unterrichten. – Das Wort hat Herr Stingl.

Stingl: Ich glaube, daß wir voriges Jahr einen entscheidenden Fehler gemacht haben, daß wir praktisch die Wohlfahrtsklausel bekommen haben, und zwar dadurch, daß die Befristung so kurz gewesen ist. Im übrigen teile ich die Meinung von Blumenfeld, es muß hier eine Stelle zuständig sein, die entscheidet; und das müssen Sie sein, Herr Bundeskanzler! Ich bitte Sie aber darum, es nicht so zu machen, wie Sie es vorhin gemacht haben, daß Sie von der „DDR“ gesprochen haben; denn die Anführungszeichen hört man nicht. Man muß sich auch im Sprachgebrauch danach richten, daß es für uns kein Staat ist, daß es also nicht die „DDR“ ist, auch wenn man im internen Kreis davon spricht. (*Lebhafte Unruhe.*) Sie fragen nach der Deutschlandpolitik, Herr Bundeskanzler. Es ist immer noch das, was Herr Brandt will, nämlich durch Annäherung näherzukommen, an deren Ende dann die Koexistenz steht.⁹⁶ Das ist doch seine Denkart. (*Anhaltende sehr starke Unruhe.*) Herr Bundeskanzler! Ich mache Sie auf Tendenzen aufmerksam im gesamtdeutschen Ministerium, die wir nicht an uns vorbeigehen lassen dürfen. Sie haben von Herrn Staatssekretär Krautwig uns gegenüber behauptet, das sei unser Vertrauensmann. Der persönliche Referent von Herrn Krautwig ist jetzt der Richtlinienmann des Ministeriums geworden. (*Zuruf:* Hoesch⁹⁷!) Er hat einmal erklärt, was er von der CDU halte: Das sei eine klerikal-faschistische Partei. Herr Bundeskanzler! Das ist aber der persönliche Referent von Herrn Krautwig, (*Lebhafte Unruhe.*) von dem Sie uns gesagt haben, den würden Sie zu dem Staatssekretär tun; ein Mann, der im Jahre 1952 aus unserer Partei ausgetreten ist und einen Mann als persönlichen Referenten hat, der sagt, die CDU sei eine klerikal-faschistische Partei.

Auch die Pressestelle war einmal in unserer Hand. Jetzt ist sie in der Hand der FDP. Sie ist nun besetzt worden von einem FDP-Mann.⁹⁸ Ein Mann von uns ist noch drin,

96 Hinweis auf die Rede von Egon Bahr am 15. Juli 1963 in der Evangelischen Akademie Tutzing. Vgl. Andreas VOGTMEIER: Egon Bahr und die deutsche Frage. Zur Entwicklung der sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik vom Kriegsende bis zur Vereinigung (Politik und Gesellschaftsgeschichte 44). Bonn 1996 S. 59–73.

97 In der Vorlage: Hösche. – Jan Hoesch (geb. 1932), Ministerialrat, seit 1998 Vorsitzender des Vorstands der Stiftung Reichspräsident Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, 1998 Mitgründer und Vorsitzender der Roger Loewig Gesellschaft.

98 Rolf Goßmann, später Referatsleiter im BMI.

aber gänzlich ausgeschaltet und kann nicht mitwirken. Herr Mende hat sich ein Ministerium geschaffen, in dem Herr Krautwig für ihn da ist, aber nicht für uns.

Erhard: Wir wollen hier keine Personalpolitik treiben, aber daß Herr Krautwig eng mit uns zusammenarbeitet und schon viel, viel verhindert hat, möchte ich doch mit aller Deutlichkeit sagen.

Stingl: Herr Bundeskanzler! Ich würde Sie bitten, Frau Pieser einmal zu fragen, was sie zu leiden hat, weil wir das Ministerium abgegeben haben. Herr Bundeskanzler, gehen Sie doch mal gelegentlich vorbei. Das ist der Staatssekretär Krautwig. (*Blank:* Ist der aus Sympathie zu uns aus unserer Partei ausgetreten? Ich kann mir das nicht erklären. – *Starke Unruhe.*)

Erhard: Bitte sehr, Herr Heck!

Heck: Ich habe eine Frage. Herr Amrehn hat gesagt, daß wir die zwischen dem Senat und dem Vertreter der Zone gefundene Formel ablehnen, aber wenn es auf Weihnachten zugeht, würde diese Formel akzeptiert. Habe ich richtig verstanden? (*Amrehn:* Sie sagen es!) Wir sollten darüber jetzt hinweggehen. Ich möchte nämlich ein anderes Beispiel bringen. Es ist ganz klar, daß das Problem auf dem Gebiete des Sports sich eines Tages auf den Punkt zuspitzen wird, an dem wir vor der Frage stehen, entweder wir überlassen weltweite Pläne im Sport der Zone, oder wir machen es.⁹⁹ Wir sollten jetzt nicht ohne weiteres eine Entscheidung fällen; denn es gibt nichts Blamableres, als alle halbe Jahre einen kleinen Schritt nachzugeben. Wir sollten sehr sorgfältig überlegen, was wir über einige Jahre hinweg durchhalten können.

Erhard: Herr Kollege Barzel!

Barzel: Der wichtige Hinweis auf den Sport zeigt zweierlei: a) daß man es mit dem Westen machen muß; denn die Probleme, die sich hier stellen, stellen sich dort schon längst. Vielleicht kann man heute noch dafür etwas einhandeln. Dann: b) es ist natürlich, wenn wir schon eine salvatorische Klausel haben in den Papieren, die förmlich unterzeichnet sind, dann ist der Anblick visuell eines bösen Emblems immerhin etwas weniger als eine salvatorische Klausel, die ich unterschreibe. Es ist viel spannender, wenn die mit voller Uniform, mit Fahnen und Ehrenzeichen erscheinen; aber das muß mit dem Westen erörtert werden. Es ist eine Position, wo man heute ausrechnen kann, wie lange sie hält. Das muß man in Ruhe erörtern.

Erhard: Wir haben neulich im Kabinett darüber gesprochen. Schon bei den Olympischen Spielen 1972 in München wird diese Frage möglicherweise auftreten. (*Mehrere Zurufe:* Mit Sicherheit!) Wir haben die Zustimmung der Bundesregierung zu den Olympischen Spielen mit all den Unterstützungen, die damit verbunden sind, davon abhängig gemacht, daß bei der Olympiade in München die Spielregeln von Madrid und Mexiko gelten. (*Stingl:* Das halten Sie doch nicht durch, wenn der ganze Ostblock sagt, er kommt nicht. – *Lebhafte Unruhe.*)

⁹⁹ Vgl. Günter BUCHSTAB: Sport und Politik im geteilten Deutschland, in: HPM 8 (2001) S. 113–130.

Amrehn: Ich bitte klar zu sehen, daß hier der eigentliche Gegner bei den Passierscheinen nicht in der SPD zu sehen ist, sondern daß die immer größer werdende Gefahr für Ihre Politik, Herr Bundeskanzler, in Ihren eigenen Kabinettsmitgliedern zu sehen ist, die der FDP angehören. Was Herr Mende neulich auf den Tisch gelegt hat im Deutschlandgespräch¹⁰⁰ über die Auffassung, was Anerkennung ist, ist bereits ein Stück Abrücken durch die Definition des Begriffs von dem, was wir früher gesagt haben. Ich will es an einem anderen Beispiel deutlicher machen. Er hat in seinem Schriftstück niedergelegt, die salvatorische Klausel gestatte dem Berliner Senat, in dem Unterhändler Staatssekretär von der anderen Seite einen Beauftragten des Magistrats von Ost-Berlin zu sehen. Ich muß sagen, woher er das nimmt, ist mir ganz unerfindlich. Aber auch das ist ein Stück Interpretation, die mit der Deutschlandpolitik getrieben wird, was man nicht mehr begreifen kann. (*Blank:* Wer hat denn diesen Satz erfunden?) Ich habe den Hausmanager gefragt, ob er das eigentlich einmal gesehen habe. Da habe ich eine sehr deutliche Antwort bekommen. Anscheinend ist es nur im gesamtdeutschen Ministerium so. Aber das wird auch als die Meinung der Bundesregierung nunmehr den anderen Parteien hingelegt.

Nichts ist so notwendig, Herr Bundeskanzler, daß in solchen wesentlichen Fragen die Einheit des Kabinetts hergestellt wird. Entweder ist der Punkt des Nein-Sagens ein existentieller Punkt der Deutschlandpolitik, dann muß ein Minister, der das nicht tragen will, zurücktreten, aber er kann sich nicht in den Rücken stellen und sagen, er würde das nicht machen. Das ist ein Punkt, an dem entweder die Frage nicht existentiell notwendig zu verneinen ist oder wo ein Teil unserer Politik nicht mehr fortgesetzt werden kann. Hier würden es die Sozialdemokraten zu einem Teil vielleicht besser mit uns machen – womit nicht eine Assoziation verbunden werden soll –, denn es gibt Sozialdemokraten in Berlin, die ihre Bedenken mit uns teilen. Ich möchte keinen Namen nennen.

Erhard: Herr Kohl!

Kohl: Herr Bundeskanzler! Wir haben in der letzten Sitzung des Bundesvorstands, da waren wir auch ein kleiner Kreis, zum Schluß beschlossen, (*Zuruf:* Am Anfang schon!) daß wir uns über Fragen der Deutschlandpolitik und der Außenpolitik im Herbst auf alle Fälle hier noch einmal, und zwar als ausschließlichen Tagespunkt, unterhalten wollen. Ich habe gehört, daß sich das Präsidium diesem Thema zuwenden will. Ich würde sehr darum bitten, daß wir das Gespräch, wie wir es formell beschlossen haben, auch führen.

Meine konkrete Frage ist, ich weiß nicht, ob sie beantwortet werden kann: Ist denn unsere Haltung – Herr Barzel sprach von der Fraktion, ich habe auch keinen Zweifel daran, daß dem so ist – seitens der CDU auch im Kabinett völlig eindeutig?

100 Handschriftliche Notizen Gradls zum 3. Deutschlandgespräch des Kabinetts am 28. Juni 1966 in ACDP 01–294–070/4; Teilnehmerliste in ACDP 01–554–001/2. Vgl. auch „Handelsblatt“ vom 29. Juni 1968 „Für Kontakte mit der Zonen-Bevölkerung“; Erich MENDE: Von Wende zu Wende 1962–1982. München/Berlin 1986 S. 229.

Erhard: Das Votum war von allen CDU- und CSU-Ministern völlig übereinstimmend.

Kohl: Also hat auch die Äußerung von Herrn Mende und seinem Staatssekretär niemand seitens der CDU-Minister des Bundeskabinetts gebilligt?

Erhard: Weder noch!

Barzel: Es wird Sie interessieren, Herr Kohl, daß ich vor dem letzten Deutschlandgespräch die Fraktion in aller Form gefragt habe, ob irgendeines der Mitglieder der Auffassung sei, daß wir in den Fragen der Kontakte bis zur de facto-Anerkennung gehen können.¹⁰¹ Es war niemand dieser Auffassung. Ich habe das extra festgestellt, weil es auch Gerüchte gab, daß neben Mitgliedern der Bundesregierung andere in einem Gespräch das gesagt haben sollten.

Kohl: Ich würde bitten, daß wir in der nächsten Sitzung in Anwesenheit aller Ressortminister in einem formellen Beschluß unsere Haltung fixieren.

Heck: Herr Bundeskanzler, man kann schon sagen, daß der Kollege Mende seine Geschäftsordnungskompetenz bis zur äußersten Grenze ausdehnt und auch überschreitet. Mir scheint es deshalb sehr notwendig zu sein, daß speziell in gesamtdeutschen Fragen Sie von Ihrer Kompetenz sehr konsequent Gebrauch machen müssen. Wenn ich mir überlege, daß wir hier in einem Parteiengespräch in der Sache einfach überrumpelt worden sind, so ist das sehr bezeichnend. Mit dem, was von Herrn Mende vorgetragen wurde, erregte er den Anschein, daß es von der Bundesregierung gebilligt sei. Praktisch konnten wir in Anwesenheit der Vertreter der SPD nicht dieses Dokument in Frage stellen. Ich würde empfehlen, wenn sich so etwas wiederholt, dann sollte ein solches Dokument im Kabinett behandelt werden, so daß die Grundlage, die zu einer Aussprache vorgelegt wird, nicht so einseitig von Herrn Mende ausgelegt werden kann.

Erhard: Meine Herren! Ich darf dazu folgendes sagen. Die ganze Berlinfrage wird hier im Haus unter dem Vorsitz von Herrn Westrick im sogenannten Staatssekretärausschuß behandelt. Darin hat das gesamtdeutsche Ministerium einen Sitz und eine Stimme.

Ich habe es immer wieder abgelehnt, einen Kabinettsausschuß für gesamtdeutsche Fragen zu gründen. Ich habe der FDP gesagt, das kommt gar nicht in Frage. Das ist eine so hochpolitische Angelegenheit, daß darüber der Bundeskanzler entscheidet aufgrund seiner Richtlinienkompetenz. Also, alle Angriffe der FDP, hier weiter vorzudringen, haben wir abgelehnt.

Kohl: Mir geht es nur darum – und ich glaube, auch den Kollegen hier –, daß wir uns draußen zur Wehr setzen müssen. Es ist eine Sache, was hier in Bonn geschieht, und es ist eine andere Sache, was jetzt überall sein wird, wo Wahlen stattfinden. Die Freien Demokraten haben aus ihrer Sicht ganz vernünftig Wahlkampf vorbereitungen durch Podiumsgespräche gemacht, und zwar bereits ein Jahr vor dem eigentlichen Wahl-

¹⁰¹ Hintergrund war die umstrittene deutschlandpolitische Rede Barzels am 17. Juni 1966 bei einer Veranstaltung des „American Council on Germany“ in New York (Wortlaut der Rede in DzD IV/12 S. 900–912). Vgl. auch Anm. 52. – Die Fraktionssitzung fand am 21. Juni 1966 statt, vgl. CDU/CSU-FRAKTIONSprotokolle Nr. 346.

kampf. Wir beobachten das auch bei uns. Das ist das, was Herr Amrehn aus der „Welt“ von heute zitiert, diese Äußerungen aus dem Deutschlandfunk von gestern abend¹⁰² sind im Gespräch. Ich habe gestern abend im Fernsehen auch Herrn Weyer gehört. Er hat ausdrücklich diesen Erfolg mit auf die neuen Wege und die Initiative in der Deutschlandpolitik zurückgeführt.

Wir kommen draußen durch dieses fortdauernde Gerede der SPD in Gesprächen im Fernsehen in den Hintergrund. Die FDP macht es noch zusätzlich. Wir kommen dadurch draußen in den Geruch von Leuten, die völlig statisch sind, die die dynamische Politik nicht mehr kapieren, wodurch wir total ins Hintertreffen kommen.

Erhard: Herr Dübel¹⁰³!

Dübel: Herr Bundeskanzler! Wir stehen in einer Situation, wo die CDU ihre Deutschlandpolitik von Grund auf überlegen sollte. Ich bin der Meinung, daß man damals, als man die Grundlagen mit der Hallstein-Doktrin¹⁰⁴ legte, dies als eine Sache für eine längere Zeit betrachtete, was sie auch war. Man sollte also nicht ohne weiteres von dieser Grundlage abweichen. Ich halte es für bedenklich und gefährlich, wenn wir von der bisherigen Deutschlandpolitik einer Konföderationspolitik nähertreten; denn dahinter stecken ungeheure Konsequenzen, die leider von der SPD und von der FDP nicht ausgesprochen werden. Ich halte es auch nicht für gut, wenn wir schrittweise dann doch auf eine Anerkennung der Zone hinauskämen. Wir sollten deutlich machen, welche Konsequenzen eine solche Hinnahme bedeutet.

Noch eines, Herr Bundeskanzler! Ich bin selbst von Jakob Kaiser aus im gesamtdeutschen Ministerium gewesen und habe zehn Jahre in diesem Haus gearbeitet. Ich kann nur sagen, es ist erschütternd und erschreckend, was sich seit meinem Weggang in diesem Haus getan hat.

Erhard: Ich nehme das gerne zur Kenntnis.

Wir haben dann noch entgegenzunehmen den Bericht über die Arbeit des Präsidiums. – Das Wort hat Herr Heck.

BERICHT ÜBER DIE ARBEIT DES PRÄSIDIUMS

Heck: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich will es ganz kurz machen, aber ich glaube, daß der Bundesvorstand wissen möchte, wie das Präsidium, das auf dem letzten Parteitag gewählt worden ist und auf das vom Parteitag viele Erwartun-

102 Wahrscheinlich bezieht sich Kohl auf die Äußerung von Wolfgang Mischnick („Welt“ vom 11. Juli 1966 „Siegestimmung bei den Sozialdemokraten in Düsseldorf“), der den Zuwachs der FDP „auf die von den Freien Demokraten vertretene ‚Haltung in der Deutschlandpolitik‘“ zurückführte.

103 Siegfried Dübel (geb. 1924), Diplom-Psychologe; 1945 CDU, Kreisjugendreferent beim KV Blankenburg, 1947/48 Vorsitzender der CDU-Hochschulgruppe an der Universität Halle, 1948 Flucht nach West-Berlin, Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Schöneberg, ab 1952 Tätigkeit im Büro „Bonner Berichte“ des gesamtdeutschen Ministeriums, 1953 Mitglied im JU-Bundesvorstand, 1987–1991 Vorsitzender der Exil-CDU.

104 Vgl. Werner KILIAN (S. XXVI Anm. 103).

gen gesetzt worden sind, arbeitet. Das Präsidium ist unmittelbar nach der Wahl konstituiert worden und hat seither regelmäßig in voller Besetzung gearbeitet.¹⁰⁵

Das ist wirklich das Neue gegenüber den Präsidiumssitzungen, die vorausgegangen sind. Ich war bei diesen Präsidiumssitzungen teilweise anwesend, aber der Herr Bundeskanzler Adenauer hat mir erklärt, daß teilweise nur drei oder vier Mitglieder anwesend gewesen seien. Herr Kollege Blank, Sie wissen das vielleicht besser. (*Blank*: Das war nicht so!) Aber eines ist doch wahr, daß die Sitzungen bisher immer mit voller Besetzung abgehalten wurden.

Zweitens möchte ich sagen, wir haben einmal eine ganztägige Sitzung am Himmelfahrtstage mit dem Ziel abgehalten, gemeinsam zu überlegen, 1. wie ein Programm für die kommenden Jahre entwickelt werden kann, 2. wie die Partearbeit als solche aktiviert werden kann. Dieses Programm ist von mir vorgetragen worden. Es wurde ausführlich diskutiert und im großen und ganzen gebilligt. Über dieses Programm wird dem Bundesvorstand in der nächsten Sitzung ausführlich berichtet werden müssen. Das kann man wirklich nicht so angehängt tun, wie es heute hier möglich wäre.

Dann ist beschlossen worden, daß sich das Präsidium in einer weiteren ganztägigen Sitzung einmal mit unserer Deutschlandpolitik und mit unserer Außenpolitik insgesamt befassen soll. Es ist keine Frage, unsere Außenpolitik wird, wenn ich mich ganz neutral und zurückhaltend ausdrücke, von der Öffentlichkeit nicht einheitlich bewertet und beurteilt. (*Lebhafte Heiterkeit.*) Es soll heute keine Darlegung als Grundlage für eine Sitzung vorgegeben werden. Ich halte es nur für notwendig, wir können mit einem Dualismus in unserer Außenpolitik, und wenn er nur in der Vorstellung der Öffentlichkeit vorhanden sein sollte, nicht auf die Bundestagswahl 1969 losmarschieren. Daran ist kein Zweifel.

Dann ist außerdem vorgesehen, daß, bevor die Entscheidungen im Kabinett über die langfristige Haushaltspolitik und über einen Katalog der Priorität fallen, im Präsidium darüber beraten werden soll, aber nicht etwa, um den Bundeskanzler vom Präsidium her festzulegen, sondern einfach deswegen, weil wir es für notwendig halten, daß der Bundeskanzler, ehe er selber die letzte Entscheidung fällt, weiß, wie das Präsidium darüber denkt. Mir scheint es notwendig und nützlich zu sein, es auf diese Weise zu versuchen, indem wir möglichst viel in die Verantwortung mit einbeziehen, um zu verhindern, daß nachher zu viele Solostimmen die Deutschlandpolitik und uns vertreten. Das sind im großen und ganzen die Dinge gewesen, die wir im Präsidium erledigt haben.

Erhard: Auf der Tagesordnung steht noch die Vorlage des Bundesausschusses für Sozialpolitik¹⁰⁶ und Verschiedenes. (*Zwischenruf*: Das ist doch beschlossen!)

VORLAGE DES BUNDESAUSSCHUSSES FÜR SOZIALPOLITIK. VERSCHIEDENES

Kraske: Das Präsidium hat sich mit der Vorlage des sozialpolitischen Ausschusses befaßt und einstimmig beschlossen, dem Bundesvorstand zu empfehlen, diese Vorlage der Bundestagsfraktion zu überweisen. Können wir so beschließen? (*Noltenius*: Was

¹⁰⁵ Protokolle (ohne Anwesenheitslisten) in ACDP 07-001-1401.

¹⁰⁶ Vorlage vom 21. Januar 1966. Vgl. Nr. 4 Anm. 26.

bedeutet das denn, wenn wir es lediglich überweisen? – *Stingl*: Daß man gesetzgebend tätig werden soll. – *Noltenius*: Das sind drei verschiedene Dinge. Es entsteht die Frage, was es für Geld kostet.) Da diese Frage im Bundesvorstand außerordentlich schwer zu klären ist, hat das Präsidium gefunden, daß der eigentliche Adressat die Bundestagsfraktion ist. Sie müssen hier nur zustimmen, Herr Noltenius, weil nach unserer Geschäftsordnung die Fachausschüsse nicht von sich aus für die Bundesregierung oder für die Fraktion oder für die Öffentlichkeit arbeiten können, sondern nur für diesen Vorstand. Aber der Vorstand kann sagen, darüber können wir hier nicht im einzelnen befinden, deswegen geben wir das der Fraktion, und die soll es dann in ihre Beratung einbeziehen. (*Noltenius*: Also ein ganz neutraler Vorgang!)

Barzel: Ich würde sagen, ein geschäftsleitender Beschluß, der heute hier praktiziert wird. Ich werde also nicht dem Fraktionsvorstand sagen, wir haben das von der Partei bekommen, um das sofort zu machen, sondern weil wir den Problemen näher sind. So, glaube ich, ist es gemeint. (*Stingl*: Es geht also von Stingl an Stingl. – *Heiterkeit*.)

Kraske: Mit einem kleinen Umweg!

Erhard: Meine Herren! Das Präsidium tagt regelmäßig und nimmt sein Arbeiten sehr ernst. Wir haben Sitzungen von drei bis zu acht Stunden gehabt. Das ist ein Beweis dafür, wie ernsthaft diskutiert wird. Wie ist es mit unserem Kommuniké?

Kraske: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Wir waren nicht der Meinung, nachdem Erklärungen bereits heute nacht im Fernsehen abgegeben worden sind, sowohl von Bundesminister Heck und Ministerpräsident Meyers wie auch den beiden Landesvorsitzenden¹⁰⁷, daß es gut oder auch nur nötig wäre, in diesem Kommuniké nochmals eine Darstellung zu geben, ob das nun eine Niederlage oder ein Rückschlag oder dieses oder jenes sei. Außerdem waren wir der Meinung, daß es zu diesem Zeitpunkt auch nicht gut sei, im Kommuniké Einzelheiten der Begründung hineinzunehmen, ob Bundes- oder Landespolitik. Deshalb haben wir den Punkt der Wahl in Nordrhein-Westfalen relativ knapp gefaßt.

Er lautet: „Der Bundesvorstand der CDU trat am 11. Juli unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Professor Dr. Erhard in Bonn zusammen. Der Vorstand erörterte eingehend das Ergebnis der nordrhein-westfälischen Landtagswahl. Die Gründe für den Stimmenrückgang der CDU und die Stimmengewinne der SPD bedürfen nach Ansicht des Vorstands einer sorgfältigen Analyse, mit deren Ergebnis sich zunächst das Parteipräsidium auf seiner nächsten Sitzung befassen wird.“

Trotz des für die CDU unbefriedigenden Wahlausganges sprach der Vorstand allen Wählern der CDU seinen Dank für ihr Vertrauen aus. Außerdem dankte er allen Rednern und Helfern, an ihrer Spitze Ministerpräsident Dr. Meyers und Bundeskanzler Professor Dr. Erhard, für ihren vorbildlichen Einsatz im Wahlkampf.

Der Bundesvorstand begrüßte die von der Bundesregierung verabschiedeten Stabilisierungsgesetze. Ihre zügige Beratung und Verabschiedung im Bundestag seien drin-

¹⁰⁷ Vorsitzender des LV Rheinland war Konrad Grundmann (1963–1969), des LV Westfalen-Lippe Josef Hermann Dufhuus (1959–1971). – Vgl. DUD Nr. 128 vom 11. Juli 1966 S. 1–3: „Nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen“.

gend erforderlich. Deshalb sei dankbar anzuerkennen, daß die CDU/CSU-Bundestagsfraktion beschlossen habe, die parlamentarische Arbeit nach der Sommerpause drei Wochen früher als vorgesehen wiederaufzunehmen.

Der Bundesvorstand beschloß einstimmig, nach § 25 b des Statuts, Frau Dr. Becker-Döring, Herrn Hermann Josef Russe und Herrn Dr. Richard Freiherr von Weizsäcker zu kooptieren.“

Erhard: Ich würde das mit der Satzung herausnehmen.

Kohl: Ist es richtig, „trotz des unbefriedigenden Wahlausganges“ zu sagen?

Kraske: „Trotz des unbefriedigenden Wahlausganges“ heißt, das Lob für die Arbeit hängt nicht davon ab, ob wir eine Wahl gewonnen haben oder nicht.

Barzel: Ich bitte, das Wort „vorbildlich“ zu streichen.

Kohl: Ich würde „ungeachtet“ sagen. (*Anhaltende Unruhe.*)¹⁰⁸

Kraske: Dann müssen Sie den unbefriedigenden Wahlausgang weglassen. Ich würde sagen: „Der Vorstand sprach allen Wählern der CDU den Dank für ihr Vertrauen aus ...“ (*Anhaltende Unruhe.*)

Erhard: Ich darf damit die Sitzung schließen.

108 Vgl. UiD Nr.28 vom 15. Juli 1966 S. 1f. „„Schwarzmalerei‘ zahlte sich aus“.